



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Januar 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

18. Dezember 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
Edhar Yuralaits – 123rf (S. 5), Jakub Jirsak – 123rf (S. 6),
tai11 – shutterstock (S. 12), Electriceye – Fotolia (S. 16),
Winhorse – iStock (S. 17), Andriy Popov – 123rf (S. 18),
BMWi/Holger Vonderlind (S. 19), racorn – 123rf (S. 25),
BMWi/Holger Vonderlind (S. 27), Dr. Thorsten Fröhlich/
Projektträger Jülich (S. 28), BMWi/Espen Eichhöfer (S. 29),
Yuri Arcurs – iStock (S. 31), Willyam Bradberry – shutterstock
(S. 32), gajatz – Fotolia (S. 33), Westend61 – Fotolia (S.34),
Nicholas Rigg – Getty Images (S. 35)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	10
Energieeffizienzstrategie Gebäude.....	12
Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft.....	19
Modelle für das Energiesystem der Zukunft.....	25
9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen.....	29
Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung.....	31
II. Wirtschaftliche Lage.....	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	40
III. Übersichten und Grafiken.....	51
1. Gesamtwirtschaft.....	52
2. Produzierendes Gewerbe.....	60
3. Privater Konsum.....	68
4. Außenwirtschaft.....	70
5. Arbeitsmarkt.....	72
6. Preise.....	74
7. Monetäre Entwicklung.....	78
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	80
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	82

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die Flüchtlingskrise bestimmt derzeit den öffentlichen und privaten Diskurs und steht im Zentrum unserer Politik. Sie ist die vielleicht größte Herausforderung für die Bundesregierung in dieser und den kommenden Legislaturperioden. Wir alle sind gefordert – gesellschaftlich, politisch, finanziell und ökonomisch. Aber wir sind gut vorbereitet, diese Herausforderung zu meistern, auch weil wir in den letzten beiden Jahren ein starkes ökonomisches Umfeld geschaffen haben – mit einem stabilen Wirtschaftswachstum, steigenden Erwerbstätigen- und sinkenden Arbeitslosenzahlen, einem auch durch die Einführung des Mindestlohns getragenen hohen Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gesunden Staatsfinanzen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ein guter Zeitpunkt, um eine positive Halbzeitbilanz zu ziehen.

Wir haben für diese Legislaturperiode die Förderung von **öffentlichen und privaten Investitionen** in das Zentrum unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik gestellt. Die Investitionen von heute sind die Voraussetzung für das Wachstum, die Beschäftigung und unseren Wohlstand von morgen. Die von mir eingesetzte Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter Vorsitz des DIW-Präsidenten Professor Fratzscher hat zielführende Vorschläge erarbeitet, in welchen Bereichen eine Steigerung der öffentlichen und privaten Investitionen erzielt werden kann. Diese Vorschläge bestätigen, dass die Bundesregierung mit ihrer wirtschaftspolitischen Strategie die richtigen Prioritäten gesetzt hat.

So hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode weitreichende Beschlüsse gefasst, um die öffentlichen

Investitionen deutlich zu stärken. Gerade für die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau, Energieeffizienz und Klimaschutz werden erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Um den bestehenden Investitionsrückstand in Deutschland zu schließen, werden wir die Länder und Kommunen bis 2018 um mehr als 20 Milliarden Euro finanziell entlasten – unter anderem in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Hochschulen und Städtebau. Mit der Reform des Vergaberechts haben wir die Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge übersichtlicher und transparenter gemacht. Vergabeverfahren werden beschleunigt und Möglichkeiten zur Berücksichtigung sozialer, umweltbezogener und sozialer Aspekte werden gestärkt.

Und auch zur Belebung der **privaten Investitionstätigkeit** hat die Bundesregierung wichtige Schritte unternommen. Mit der deutlichen Ausweitung öffentlicher Ko-Investments in Wagniskapital leisten wir einen wichtigen Beitrag, um zusätzlich auch dringend benötigtes privates Kapital für junge, innovative Unternehmen zu mobilisieren. Das neue Bürokratieentlastungsgesetz ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen, insbesondere mit Blick auf Unternehmensgründungen, junge Unternehmen und den Mittelstand. Wir entlasten mit diesem Gesetz die Wirtschaft um 744 Millionen Euro jährlich von Bürokratiekosten. Gleichzeitig haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Erfolge beim Bürokratieabbau dauerhaft zu sichern und zu diesem Zweck mit der „Bürokratiebremse“ die Regel aufgestellt, dass jede neue Belastung durch eine Entlastung ausgeglichen werden soll. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“, das wir mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften gegründet haben, wird eine neue industriepolitische Agenda mit mittel- bis langfristigen Perspektiven für die deutsche Industrie erarbeiten. Die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit steht im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer wirtschaftspolitischen Arbeit ist die **Energiewende**. Wir haben seit dieser Legislaturperiode im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Zuständigkeiten für die Energiewende gebündelt und mit unserer 10-Punkte-Energie-Agenda den anstehenden Aufgaben eine klare Struktur gegeben. Bei der Umsetzung liegen wir im Zeitplan: Mit der EEG-Novelle 2014 haben wir dafür gesorgt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energie weiter konsequent fortgesetzt wird und zugleich die Kosten stabilisiert und gerechter verteilt werden.

Jetzt sind wir dabei, mit einer weiteren Novelle die Förderung wettbewerbsfähig zu gestalten, indem im Wege von

Ausschreibungen die günstigsten Fördersätze ermittelt werden. Wir haben die Entscheidung für den Strommarkt 2.0 getroffen und schaffen so mehr Planungssicherheit für Investoren und Marktteilnehmer. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen, dass auch bei steigenden Anteilen erneuerbarer Energien die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Wir sichern das zusätzlich durch eine Kapazitätsreserve ab.

Wir stehen zu unseren Klimazielen. Alte Kohlekraftwerke werden in eine Sicherheitsbereitschaft überführt und dann stillgelegt. Auch mit der Novellierung des Gesetzes zur Kraft-Wärme-Kopplung leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Klimaziele der Bundesregierung erreichen zu können. Wir haben den Netzausbau vorangebracht und mit der Entscheidung für Erdkabel den Bedenken vieler Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen. Kernanliegen der Energiewende ist es, die Energieeffizienz zu steigern und den Energieverbrauch zu senken. Hierzu haben wir den Nationalen Aktionsplan zur Energieeffizienz vorgelegt und das Anreizprogramm Energieeffizienz aufgesetzt. Mit der Gebäudestrategie verfolgen wir konsequent unser Ziel, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Wir rechnen damit, bis 2020 zusätzliche Investitionen von bis zu 80 Milliarden Euro anzustoßen.

Die **Digitalisierung** ist ein wichtiges Feld für Investitionen in eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Mit unserer digitalen Agenda haben wir deshalb neue Schwerpunkte bei der Technologieförderung gesetzt und ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Förderung des Einsatzes digitaler Technologien in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt aufgelegt. Mit ca. 465 Millionen Euro fördern wir bis 2018 den Ausbau der Industrie 4.0, neue Smart Services und auch Maßnahmen zur Verbesserung der Datensicherheit. Wir stehen auf unserer Plattform Industrie 4.0 und der Initiative Mittelstand 4.0 im direkten Kontakt und Austausch insbesondere mit der mittelständischen Wirtschaft. In diesem Jahr haben wir zusätzliche elf Millionen Euro für fünf Kompetenzzentren zur Sensibilisierung und Unterstützung des Mittelstandes im Hinblick auf die Digitalisierung bereitgestellt und im nächsten Jahr sollen weitere 14 Millionen Euro in diese Maßnahme fließen.

Wir sind überzeugt, dass die fortschreitende Digitalisierung einen wichtigen Beitrag für die zukünftige **Wettbewerbsfähigkeit** der Wirtschaft leisten kann. Die Bundesregierung hat mit der neuen Hightech-Strategie die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft besser gebündelt, damit innovative Ideen schneller in neue Produkte und Dienstleistungen überführt werden können.

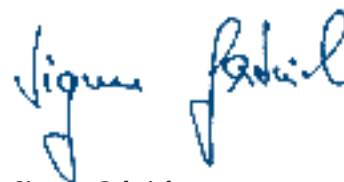
Um auch weiterhin den **Fachkräftenachwuchs** für die deutschen Unternehmen zu sichern, haben wir die Allianz für Aus- und Weiterbildung ins Leben gerufen. Wir wollen dabei helfen, dass jeder junge Mensch die Chance auf eine betriebliche Ausbildung bekommt. Mit dem neuen Förderinstrument der assistierten Ausbildung konnten wir im Jahr 2015 bundesweit rund 5.200 Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche fördern. Unter dem Dach der Allianz werden seit Sommer letzten Jahres auch wichtige Schritte zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung abgestimmt. Dazu gehören die neuen „Willkommenslotsen“ als Mittler zwischen Flüchtlingen und Betrieben sowie zusätzliche Angebote von Sprach- und Integrationskursen.

Die **Integration der Flüchtlinge** wird uns nur gelingen, wenn sie schnell Arbeit finden. Je schneller und je höherwertiger die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, desto niedriger werden die Kosten für die öffentlichen Haushalte sein. Diese Integrationsleistung ist riesig und nicht zum Nulltarif zu haben; aber sie bringt auch große Chancen. Wenn wir heute die politischen Weichen richtig stellen, kann die Zuwanderung unser Land mittel- und langfristig stärken. Die zusätzlichen Ausgaben für die Aufnahme der Flüchtlinge werden das Wachstum der Wirtschaftsleistung in diesem und dem kommenden Jahr positiv beeinflussen. Vor allem aber kann das mittel- und langfristige Wachstumspotenzial Deutschlands durch eine erfolgreiche Integration von zusätzlichen Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt erheblich gesteigert werden.

Die vergangenen zwei Jahre waren aus Sicht der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwei sehr erfolgreiche Jahre. Sie bilden die ökonomische Grundlage, um die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern und die vor uns liegenden Chancen des technologischen Wandels zu ergreifen.

Wie immer wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre der Beiträge dieser Schlaglichter, vor allem aber Ihnen und Ihren Familien einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016.

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Verbesserung der Bürgschaftskonditionen für Energiespar-Contracting



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat sich zum Ziel gesetzt, dem Energiespar-Contracting zu mehr Verbreitung in der Praxis zu verhelfen. Gemeinsam mit den Ländern sollen Hemmnisse beseitigt werden, die der verstärkten Nutzung dieses Instruments insbesondere für kleinere Energieeffizienzprojekte bisher im Wege stehen. Typische Risiken von Contracting haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass Banken bei der Vergabe von Krediten für Contracting-Projekte gezögert haben. Zu diesen Risiken gehören beispielsweise hohe Erstinvestitionen, die der Contractor vorfinanzieren muss, lange Vertragslaufzeiten, die Übernahme des Gewährleistungsrisikos durch den Contractor oder die ungewisse Bonitätslage des Contractingnehmers. Ein weiteres wesentliches Hemmnis liegt in den üblicherweise sehr komplexen Verträgen zwischen Contractinggeber und -nehmer.

Um die Attraktivität von Energiespar-Contracting zu erhöhen und entsprechende Projekte zu befördern, werden im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz die 16 regionalen Bürgschaftsbanken ab dem 1. Januar 2016 den Bürgschaftshöchstbetrag von 1,25 auf zwei Millionen Euro anheben. Abgesichert werden können Maßnahmen, die gegenüber dem Status quo mindestens 25 Prozent Energie einsparen. Ziel ist es, vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen (KMU) in die Lage zu versetzen, Energiespar-Contracting als Dienstleistung anzubieten.

Das Bearbeitungsverfahren bei den Bürgschaftsbanken wird durch weitestmögliche Standardisierung vereinfacht.

Beispielsweise werden Contracting-Musterverträge für kleine Betriebe und Handwerksunternehmen angeboten. Damit soll einerseits KMU der Abschluss von Contracting-Verträgen erleichtert und andererseits der Prüfaufwand bei den Bürgschaftsbanken begrenzt werden.

Abgesichert werden können sowohl Investitionskredite an einen KMU-Contractor für die Vorfinanzierung einer Contracting-Maßnahme als auch Avale. Bei den abzusichernden Avalen kann es sich um Vertragserfüllungsavale handeln, die die Hausbank des Contractors gegenüber dessen Vertragspartner abgibt, oder um die Verbürgung eines Zahlungsavals eines privaten Contractingnehmers gegenüber dem Contractinggeber.

Weitergehende Informationen erhalten Sie auf den Webseiten des Verbandes Deutscher Bürgschaftsbanken (VDB) unter:



www.vdb-info.de

und unter:



www.contracting-buergschaft.de

Was ist Energiespar-Contracting?

Das BMWi möchte Anreize schaffen, damit Energieeffizienz stärker als bisher zu einem Geschäftsmodell für Unternehmen wird. Die Dienstleistung des Energiespar-Contractings entspricht diesem Ziel besonders gut, da hier der Dienstleister (Contractor) ein wirtschaftliches Eigeninteresse am Einsparerfolg des Kunden (Contractingnehmer) hat: Der Contractor setzt Effizienzmaßnahmen in Partnerschaft mit dem Kunden/Auftraggeber um und garantiert diesem feste Energie- und Kosteneinsparungen. Die Refinanzierung erfolgt aus diesen Kosteneinsparungen, die der Contractor – je nach Vertragsgestaltung – entweder ganz erhält oder sich mit dem Kunden/Auftraggeber teilt. Energiespar-Contracting bietet somit die Möglichkeit, erhebliche Effizienzverbesserungen ohne bilanzielle Belastung des Kunden/Auftraggebers umzusetzen.

Daten und Fakten zu den Bürgschaftsbanken

Bürgschaftsbanken sind Kreditinstitute im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen. Sie unterstützen gewerbliche Unternehmen und Freie Berufe seit 60 Jahren bei der Kredit- oder Beteiligungsfinanzierung. Im Jahr 2014 sicherten die deutschen Bürgschaftsbanken rund 6.500 Finanzierungsvorhaben ab. Das übernommene Bürgschafts- und Garantievolumen lag 2014 bei fast 1,1 Milliarden Euro. Damit wurden Kredite und Beteiligungen von mehr als 1,5 Milliarden Euro abgesichert.

Das Risiko der Bürgschaftsbanken bei der Übernahme von Bürgschaften wird durch anteilige Rückbürgschaften des Bundes und der Länder reduziert.

Kontakt: Iris Miklis
Referat: Inlandsbürgschaften, spezielle Finanzierungsfragen

Neues Förderprogramm „Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen“ startet zum 01. Januar 2016



Innovationen, also neue Produkte und Dienstleistungen, sind die Triebfeder des Erfolgs der deutschen Wirtschaft. Sie müssen möglichst bekannt sein und möglichst breit genutzt werden können, um auf dem Markt Fuß zu fassen. Ziel der Innovationspolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist daher nicht nur die Förderung des Entstehens von Innovationen, sondern auch deren rasche Verbreitung durch Wissens- und Technologietransfer.

Das BMWi möchte diesen Bereich zukünftig noch besser unterstützen und hat hierzu die Struktur seiner Förderprogramme im Bereich der Patent- und Normungsförderung neu gegliedert. Die Richtlinie „WIPANO – Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen“ bündelt und ersetzt die bewährten Förderprogramme „Schutz von Ideen für die Gewerbliche Nutzung“ (SIGNO), „Transfer von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen durch Normung

und Standardisierung" (TNS) und „Innovation mit Normen und Standards" (INS).

Die Richtlinie hat zwei Schwerpunkte: Im Patentbereich können Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Patentanmeldung unterstützt werden. Dadurch wird sowohl die rechtliche Sicherung und bessere wirtschaftliche Verwertung von innovativen Ideen gefördert als auch das (technologische) Wissen aus dem Patent durch dessen Veröffentlichung breit gestreut.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Förderung von Projekten zur Diffusion neuester Forschungsergebnisse durch Normung und Standardisierung. Normen und Standards sind als Abbild des Standes der Technik ein enormer Wissensvorrat, der von allen Unternehmen genutzt werden kann. Forschungsergebnisse werden für die Normung aufbereitet, das darin enthaltene Wissen wird Teil dieses Pools und steht umgehend allen Unternehmen und Entwicklern zur Verfügung. Auch können Normen helfen, den Markteintritt neuer Technologien zu beschleunigen, etwa durch Festlegung von Test- und Prüfverfahren.

Neben der Zusammenlegung der Programme gibt es auch einige inhaltliche Änderungen: Die Leistungspakete für öffentliche Forschung und KMU werden vereinheitlicht und machen das Programm auf diese Weise übersichtlicher. Die maximale Fördersumme für KMU steigt außerdem deutlich von 8.000 Euro auf 16.575 Euro. Damit soll vor allem die internationale Patentanmeldung erleichtert werden. Festbeträge in der Förderung der öffentlichen Forschung steigern den Wettbewerb unter den Dienstleistern für Patentverwertung. Im Normungsbereich stärkt die Fokussierung auf Kooperationsprojekte zwischen öffentlicher Forschung und Unternehmen den Transfergedanken. Zudem steigt die Fördersumme auf bis zu 200.000 Euro pro Projektpartner; eine Förderquote von 85 Prozent (bisher 75 Prozent) für öffentliche Forschung erleichtert die Teilnahme an dem Programm.

Die neue Förderperiode beginnt zum 01. Januar 2016 und endet am 31. Dezember 2019.

Weitere Informationen zum Programm stehen Ihnen unter folgender Website zur Verfügung:



www.wipano.de

Kontakt: Matthias Marx
Referat: Technologietransfer durch Normung und Patente, Grundsatzfragen der Normungs- und Patentpolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Januar 2016	
07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
13.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14./15.01.	Eurogruppe und ECOFIN
28./29.01.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Amsterdam
Ende Januar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2016	
02.02.	Informeller Handelsrat in Amsterdam
05.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
08.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11./12.02.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
18./19.02.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
29.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Februar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
März 2016	
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
07./08.03.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
18./19.03.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende März 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

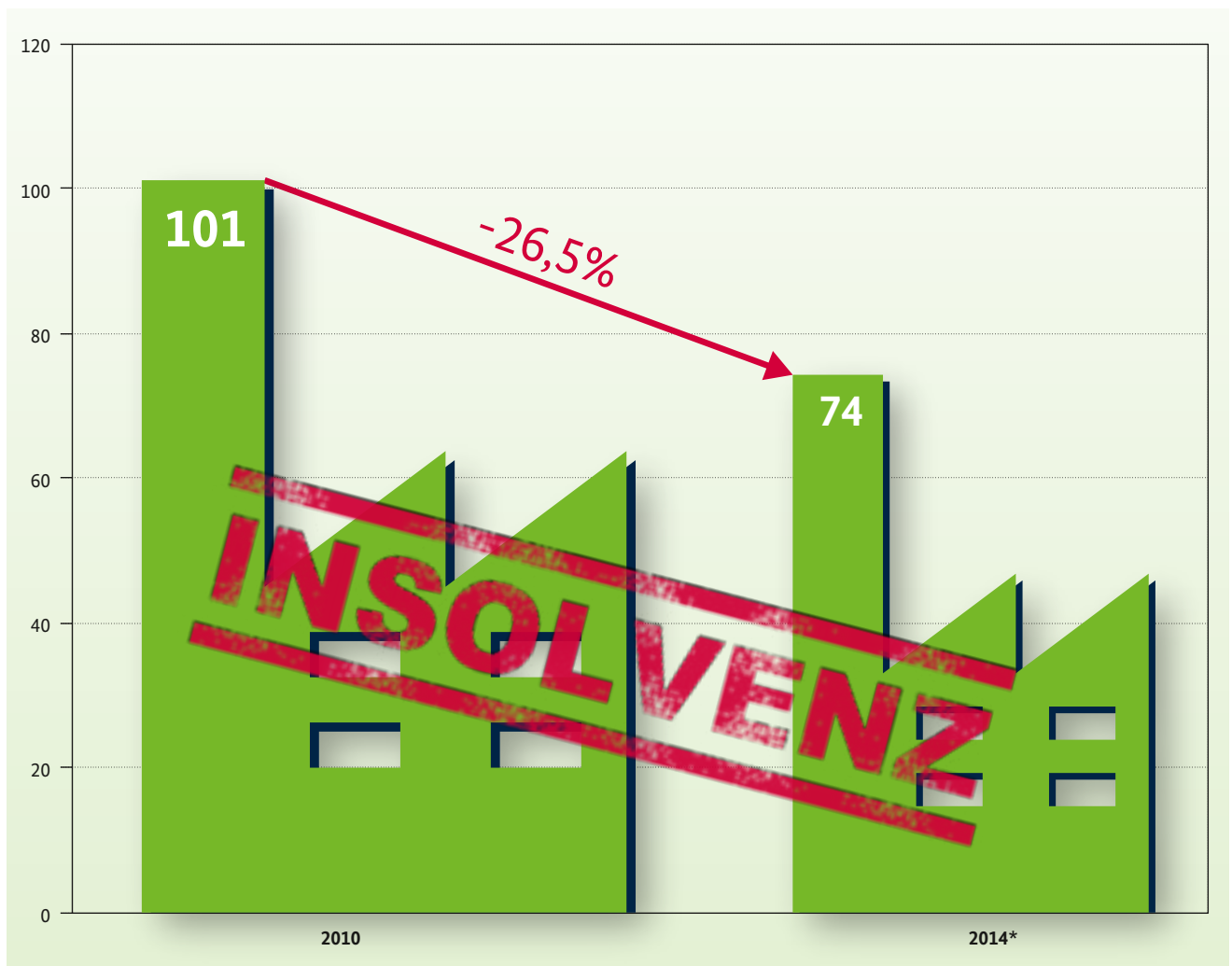


Grafik des Monats

Die Insolvenzen von Unternehmen ...

... in Deutschland sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Insolvenzhäufigkeit lag nicht zuletzt wegen der starken wirtschaftlichen Verfassung der deutschen Volkswirtschaft und günstigen Finanzierungsbedingungen im Jahr 2014 um 26,5 Prozent niedriger als vier Jahre zuvor. Während im Jahr 2010 unter 10.000 Unternehmen noch mehr als 100 Unternehmen Insolvenz angemeldet haben, waren es im Jahr 2014 nur noch 74.

Insolvenzen je 10.000 Unternehmen



* Die Zahl der Insolvenzen wird auf die Unternehmenszahl des Jahres 2013 bezogen, da aktuellere Zahlen in der Umsatzsteuerstatistik noch nicht vorliegen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Expansionskurs, allerdings mit leichtem Gegenwind aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld.
- ▶ Die Industrie beginnt, ihre Schwächephase aus dem dritten Quartal zu überwinden. Sowohl die Aufträge als auch die Produktion entwickelten sich zuletzt positiv. Die Bauwirtschaft hat ihre ruhigere Gangart vorerst beibehalten.
- ▶ Die stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche sind weiter im Aufwärtstrend.
- ▶ Der Arbeitsmarkt verzeichnet weiterhin solide Beschäftigungszuwächse.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Expansionskurs.¹ Die Industrie startete positiv in das Jahresschlussquartal und hat begonnen, ihre Schwächephase des dritten Quartals zu überwinden. Nach drei Monaten mit rückläufiger Nachfrage zogen die Auftragseingänge zuletzt wieder etwas an. Impulse kamen sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland. Auch das Geschäftsklima in der Industrie erholte sich im November deutlich. Insbesondere die Geschäftserwartungen haben sich nunmehr drei Monate in Folge merklich verbessert. Die Bauproduktion entwickelte sich nach dem starken Jahresbeginn bisher seitwärts. Allerdings hat sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe seit dem Frühjahr erheblich aufgehellt. In den kommenden Monaten dürfte sich insbesondere der Wohnungsbau beleben. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist weiter stabil aufwärtsgerichtet. Eine zentrale Rolle für die robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung spielt dabei nach wie vor die anhaltend positive Lage des Arbeitsmarktes mit einer hohen und weiter steigenden Beschäftigung und einer guten Einkommensentwicklung. Weitere Stützen der Konjunktur bleiben der niedrige Ölpreis und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Weitere wirtschaftliche Impulse, wenn auch in begrenztem Umfang, gehen von der zusätzlichen Nachfrage durch die Flüchtlingsmigration aus. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland daher auch im Schlussquartal ausgeweitet werden.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft verlief im Jahr 2015 schwächer als erwartet. Insbesondere die Nachfrage aus den Schwellenländern zeigte sich weniger dynamisch. Die Wirtschaft der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien wird nach wie vor durch das niedrige Öl- und Rohstoffpreinsniveau belastet. In den Industrieländern war das Wirtschaftswachstum dagegen relativ robust. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2015 auf das Jahr annualisiert um 2,1 %. Im Eurogebiet setzte sich die moderate konjunkturelle Erholung fort. Bis September war die weltweite Industrieproduktion im Trend leicht aufwärtsgerichtet. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima geht allerdings seit dem zweiten Vierteljahr zurück und signalisiert keine deutliche Verbesserung. Die internationalen Organisationen – OECD, IWF – erwarten jedoch, dass sich die Konjunktur in den Schwellenländern trotz der generell zu beobachtenden Wachstumsnormalisierung teilweise wieder etwas belebt.

Die deutschen Unternehmen haben ihre Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik im Berichtsmonat Oktober merklich reduziert. Schon die Entwicklung im dritten Quartal war schwach verlaufen. Im Vergleich zum Vormonat sanken im Oktober die nominalen Ausfuhren um 1,7%.² Hier zeigt sich die wenig dynamische weltwirtschaftliche Nachfrage. Die nominalen Wareneinfuhren waren im Berichtsmonat Oktober mit 4,5 % noch deutlich stärker rückläufig als die Ausfuhren. Im gesamten dritten Quartal gingen die nominalen Warenausfuhren – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – um saisonbereinigt 0,1 % zurück; die Wareneinfuhren legten um 0,8 % zu. Dabei waren Ein- und Ausfuhrpreise rückläufig.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im Berichtsmonat Oktober nach einem schwachen dritten Quartal leicht erholt. Spürbare positive Impulse aus der Industrie und dem Baugewerbe überkompensierten den starken Rückgang bei der Energieerzeugung. Während sich die Produktion von Vorleistungsgütern abschwächte und die Erzeugung von Konsumgütern stagnierte, weiteten die Hersteller von Investitionsgütern ihre Produktion im Oktober deutlich aus. Insbesondere der Maschinenbau und die Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen meldeten kräftige Produktionssteigerungen. Impulse für

³ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Dezember 2015 vorlagen.

⁴ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

die Industrie kamen, gemessen an den Umsatzsteigerungen im Oktober, vor allem von der Inlandsnachfrage nach industriellen Produkten sowie der Nachfrage aus Staaten außerhalb des Euroraums. Insgesamt ist die Industrie noch durch die deutliche Abschwächung der Auftragseingänge im dritten Quartal vorbelastet. Die Erholung der Auftragseingänge im Oktober aus dem In- und Ausland deutet jedoch eine Wende an. Die anziehende Nachfrage sowie die sich spürbar aufhellenden Stimmungsindikatoren stimmen daher zuversichtlich für das Jahresschlussquartal und den Einstieg in das Jahr 2016. Die Dynamik des Wachstums dürfte jedoch noch verhalten ausfallen.

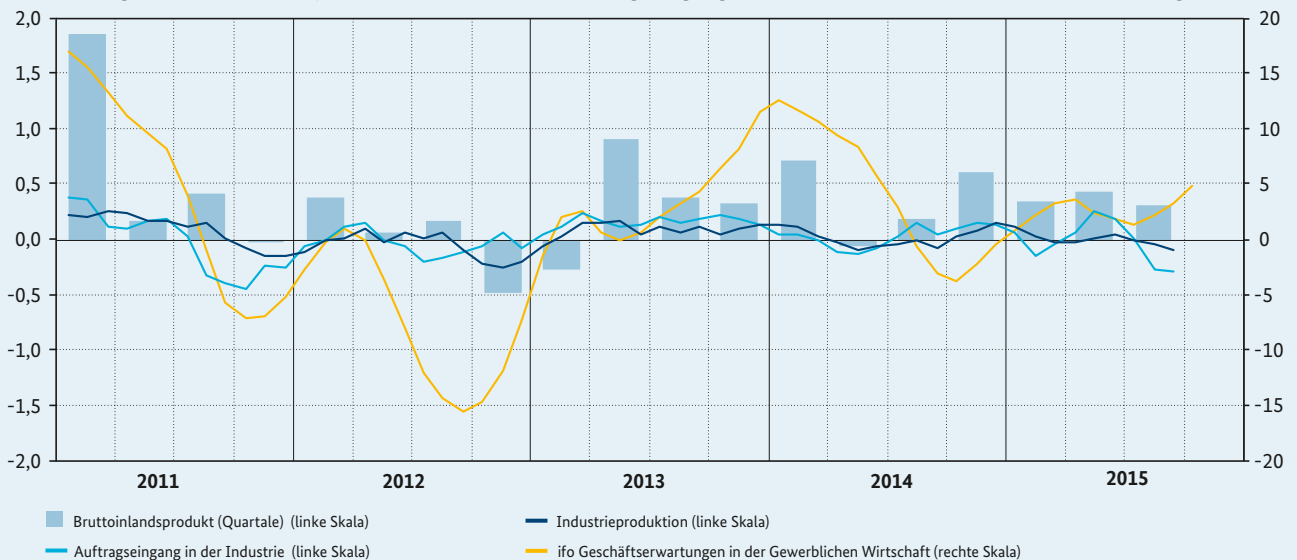
Nach wie vor ist der private Konsum die tragende Wachstumssäule. Weiter steigende Erwerbstätigenzahlen und reale Einkommenszuwächse führten im dritten Quartal zu einer merklichen Zunahme der privaten Konsumausgaben von preisbereinigt 0,6%. Der Start in das Schlussquartal blieb jedoch verhalten, die Umsätze im Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge gingen leicht um 0,1% zurück. Auch die Stimmung von Konsumenten und Einzelhändlern hat sich

etwas abgeschwächt. Die Konsumlaune und das Geschäftsklima bewegen sich jedoch weiter auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Die Aussichten für den privaten Konsum sind angesichts einer moderaten Preisniveausteigerung, eines hohen Beschäftigungsstands und einer guten Einkommensentwicklung positiv.

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an, unterstützt durch den moderaten wirtschaftlichen Aufschwung. Mit einem Zuwachs von 385.000 Personen binnen Jahresfrist liegt die Erwerbstätigkeit im Inland im Oktober bei 43,5 Mio. Personen (Ursprungszahl). Sie nahm im Monatsverlauf saisonbereinigt um 27.000 Personen erneut deutlich zu. Dabei stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im September stärker als die Erwerbstätigkeit. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im November saisonbereinigt um 13.000 Personen ab. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,633 Mio. Personen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiterhin spürbar zu. Alles spricht für eine Fortsetzung der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Energieeffizienzstrategie Gebäude

Wege zu einem nahezu klimaneutralen Gebäudebestand

Mit der Energieeffizienzstrategie Gebäude (ESG) unterstreicht die Bundesregierung die Schlüsselfunktion des Gebäudebereichs zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele. Die Strategie zeigt Wege zu einem nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 durch eine Kombination aus Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien auf.



Gebäudebereich im Fokus der Energiewende

Deutschland beschreitet mit den energie- und klimapolitischen Beschlüssen der Bundesregierung vom September 2010 und vom Juni 2011 den Weg in eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Zukunft der Energieversorgung. Dabei bedarf es sowohl eines effizienteren Umgangs mit Energie als auch des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

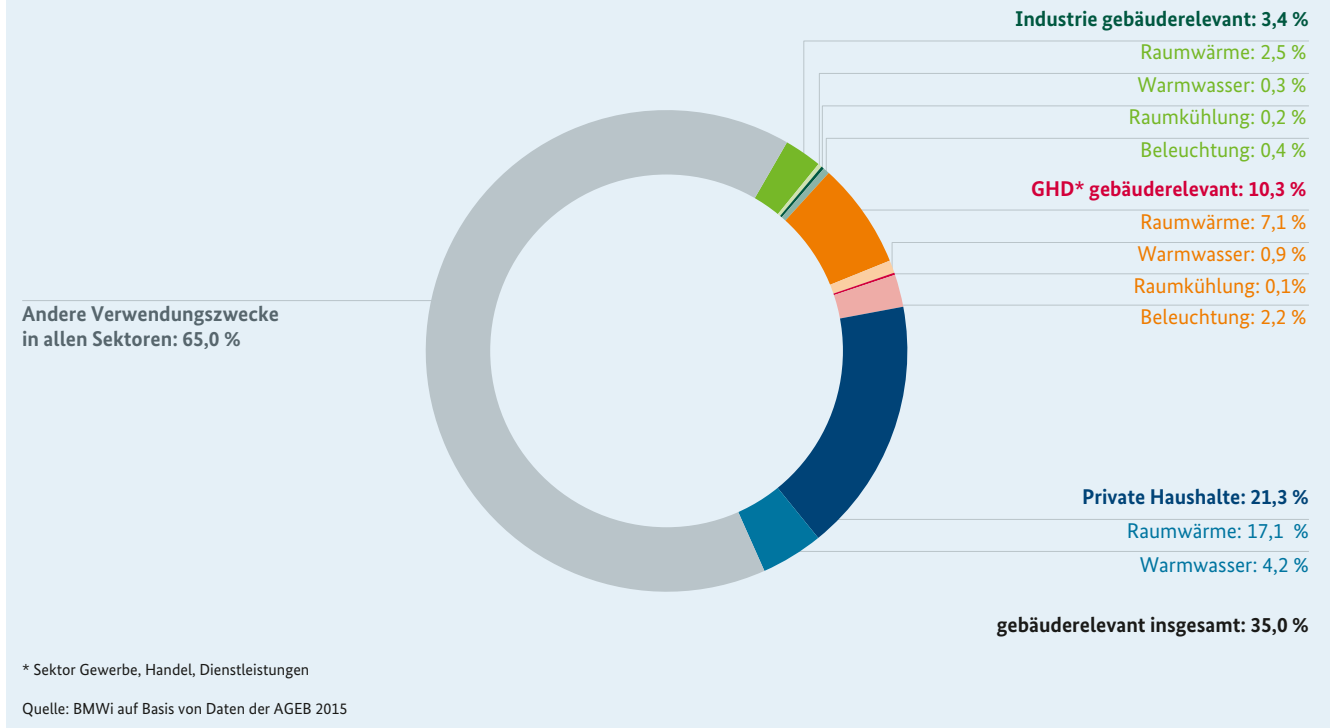
Zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele kommt dem Gebäudebereich eine Schlüsselfunktion zu, da auf diesen Bereich rund 35 Prozent des Endenergieverbrauchs (Abbildung 1) und rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Deutschland entfallen. Entsprechend der Energieeinsparverordnung wird hierbei auf den Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser, Kühlung, Lüftung und Raumtechnik sowie auf die Beleuchtung in Nichtwohngebäuden abgestellt. Die Bundesregierung hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies bedeutet, dass der Primärenergiebedarf in einer Größenordnung von 80 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 gesenkt werden soll.

Primärenergie- vs. Endenergiebedarf

Der Primärenergiebedarf eines Gebäudes ist nach den technischen Regelwerken gemäß Energieeinsparverordnung zu ermitteln. Er ist definiert als die berechnete Energiemenge, die zusätzlich zum Energieinhalt des notwendigen Brennstoffs und der Hilfsenergien für die Anlagentechnik auch die Energiemengen einbezieht, die durch vorgelagerte Prozessketten außerhalb des Gebäudes bei der Gewinnung, Umwandlung und Verteilung der jeweils eingesetzten Brennstoffe entstehen. Der Primärenergiebedarf wird aus dem Endenergiebedarf bestimmt, wobei die Endenergie je nach Energieträger mit Faktoren hinsichtlich ihrer Umweltwirksamkeit (sog. Primärenergiefaktoren) bewertet wird.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Energieeffizienzstrategie Gebäude – Langfassung, S. 34.

Abbildung 1: Anteil des gebäuderelevanten Endenergieverbrauchs am gesamten Endenergieverbrauch im Jahr 2014



Mit dem *Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz* (NAPE) hat die Bundesregierung Ende 2014 ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Der NAPE ist ein wesentlicher Baustein der Effizienzstrategie der Bundesregierung. Im Rahmen des NAPE wurden erste Eckpunkte und die Erarbeitung einer langfristigen Energieeffizienzstrategie Gebäude (ESG) beschlossen.

Die ESG ist das Strategiepapier für die Energiewende im Gebäudebereich, das neben den technischen und energetischen Aspekten auch erste Ansätze ökonomischer und gesellschaftspolitischer Belange des Gebäudebereichs im Blick hat. Darüber hinaus werden übergreifende energiepolitische Fragen berücksichtigt, zum Beispiel nach den Einsatzmöglichkeiten der verschiedenen erneuerbaren Energien für unterschiedliche Verwendungen.

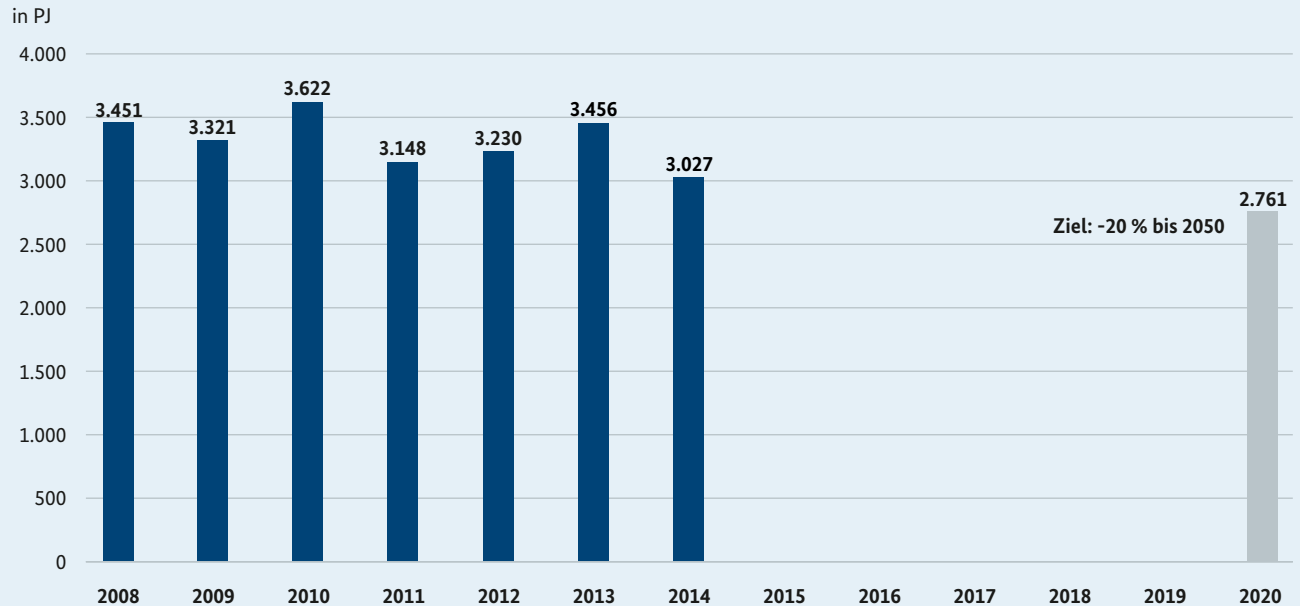
Mit der ESG wird aufgezeigt, wie der Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand im Jahr 2050 zu beschreiten ist. Dabei werden sowohl Bestandsgebäude als auch Neubauten betrachtet. Die Gebäudestrategie wird im Rahmen des Monitorings zur Energiewende dynamisch an neue Erkenntnisse angepasst und weiterentwickelt werden.

Bereits vorhandene Instrumente

Deutschland verfügt bereits heute über einen breiten Instrumentenmix zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Stärkung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt. Im Rahmen des NAPE wurden 2014 auch im Gebäudebereich zusätzliche Sofortmaßnahmen und weiterführende Arbeitsprozesse zur Energieeffizienzsteigerung angestoßen. Die etablierten Instrumente lassen sich in vier Kategorien einordnen:

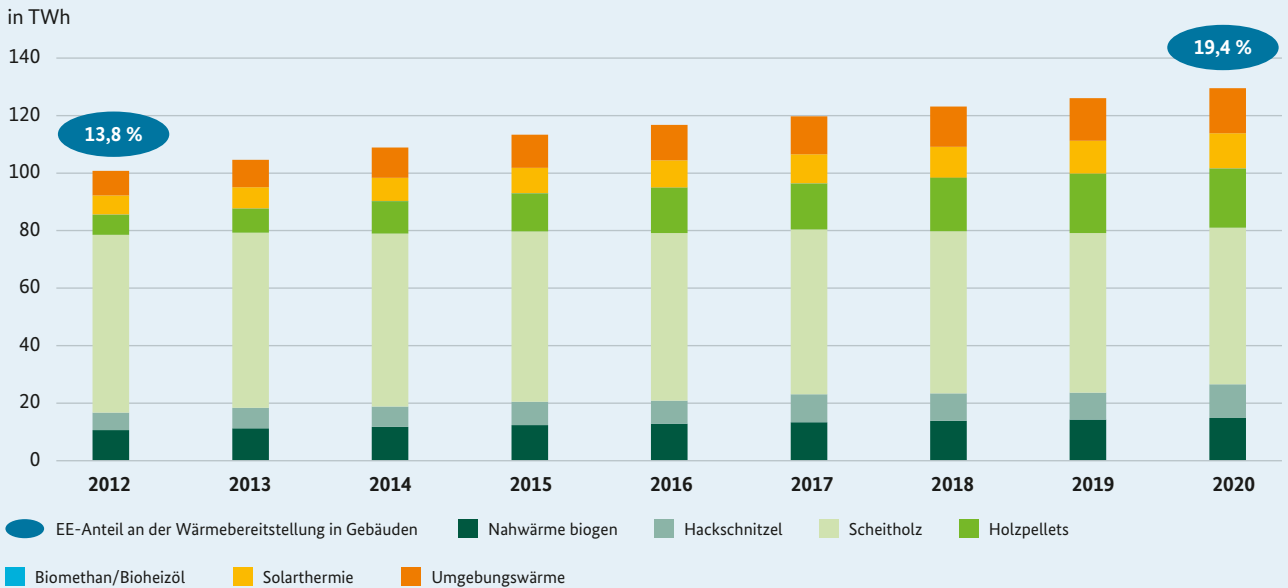
- ▶ **Informieren und Beraten**, z. B. „Vor-Ort-Beratung“, „Energieberatung im Mittelstand“ und „Energieberatung Kommunen“,
- ▶ **Fördern**, z. B. CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, u. a. mit den KfW-Förderprogrammen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien (MAP),
- ▶ **Fordern**, z. B. Energieeinsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) sowie
- ▶ **Forschung**, z. B. Forschungsnetzwerk „Energie in Gebäuden und Quartieren“.

Abbildung 2: Endenergieverbrauch in Gebäuden



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 09/2015, Monitoringbericht 2015

Abbildung 3: Entwicklung der erneuerbaren Energien zur Wärmebereitstellung in Gebäuden*



* ohne Raumwärme in der Industrie und EE in der Fernwärme, inklusive biogene Nahwärme

Quelle: Erfahrungsbericht EEWärmeG 2015

Bereits heute sind erste Erfolge im Gebäudebereich erkennbar:

Der Endenergieverbrauch in Gebäuden nimmt seit 2008 in der Tendenz ab. Im langfristigen Trend konnte der Endenergieverbrauch gegenüber 2008 um durchschnittlich 1,7 Prozent pro Jahr reduziert werden (lt. Expertenkommission zum Monitoringprozess „Energie der Zukunft“) (Abbildung 2).

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in Gebäuden steigt. Bereits im Jahr 2012 lag dieser Anteil in Wohngebäuden und im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistung bei knapp 14 Prozent. Prognosen zeigen, dass der Anteil bis 2020 auf über 19 Prozent ansteigen könnte (Abbildung 3).

Kernpunkte der ESG – Energie- und Klimaziele: Szenarien für den Gebäudebereich

Bestehende Lücke zur Zielerreichung

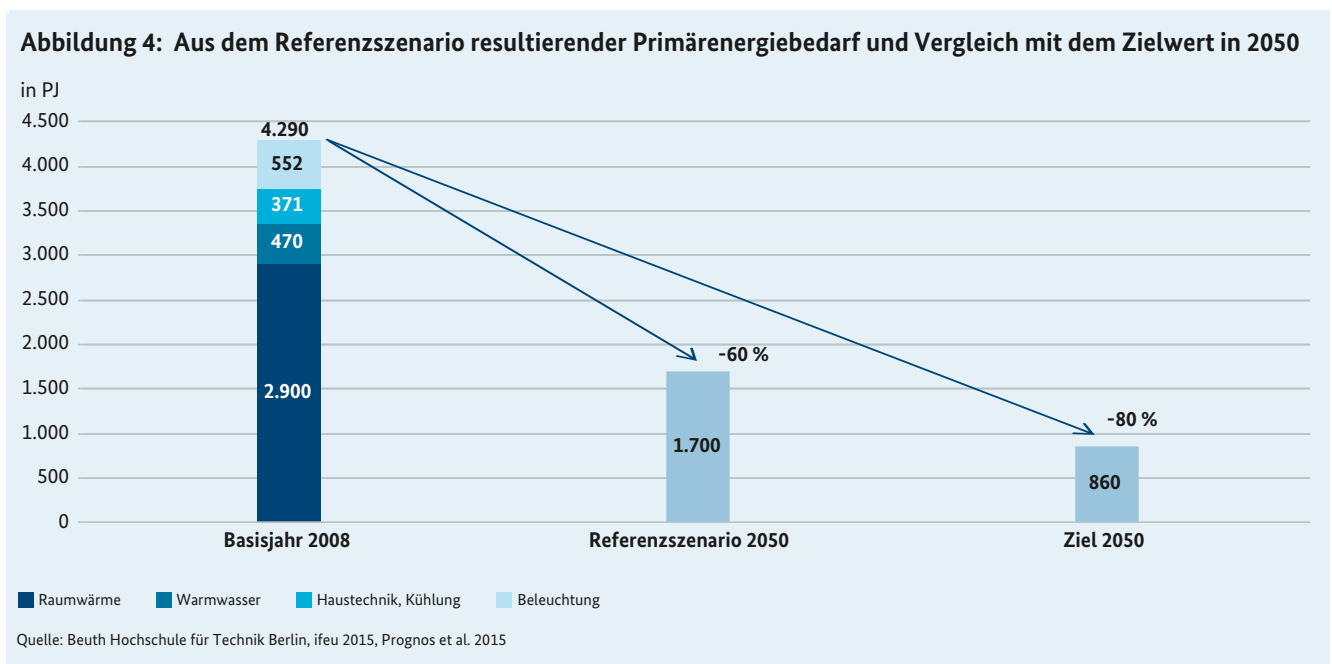
Das Ziel, einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu erreichen, ist ambitioniert, aber machbar. Die ESG zeigt in einem Referenzszenario auf, dass mit den bereits beschlossenen und bestehenden Maßnahmen der Primärenergiebedarf bis 2050 um rund 60 Prozent (ggü.

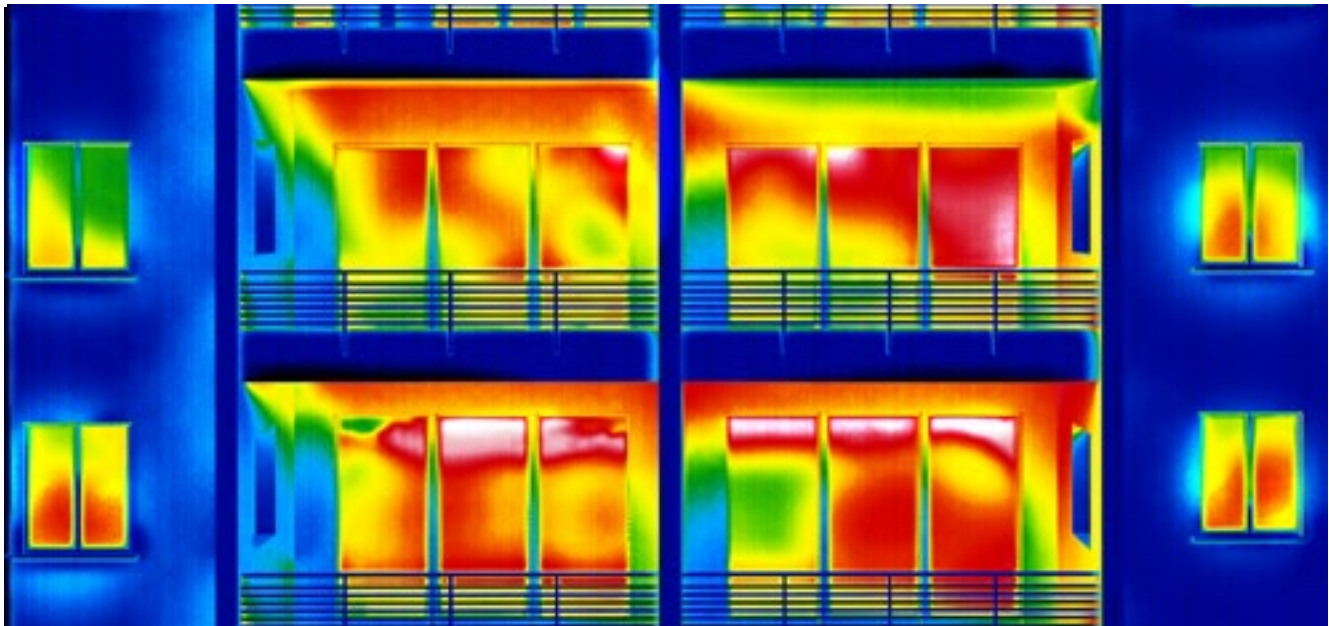
2008) sinken würde. Unter den getroffenen Annahmen und nach dem heutigen Stand des Wissens beträgt demnach die bestehende Lücke zum klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 rund 20 Prozentpunkte (ca. 800 Petajoule) (Abbildung 4).

Handlungsoptionen zur Zielerreichung

Um diese Lücke zu schließen, bedarf es sowohl einer Steigerung der Energieeffizienz, die den Endenergieverbrauch senkt, als auch einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien. Dazu wurden für die ESG neben dem Referenzszenario zusätzlich zwei Zielszenarien erarbeitet, die einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 abbilden.

- ▶ **Zielszenario Energieeffizienz:** Dieses Szenario setzt auf eine maximale Steigerung der Energieeffizienz bis 2050 durch Energieeinsparung bis zur aus heutiger Sicht maximal erreichbaren Grenze von -54 Prozent.
- ▶ **Zielszenario Erneuerbare Energien:** Dieses Szenario setzt primär auf den Ausbau erneuerbarer Energien bis zur aus heutiger Sicht maximalen Potenzialgrenze eines Anteils von 69 Prozent am Endenergieverbrauch im Jahr 2050 (das EE-Potenzial wird auf 1.400 bis 1.800 Petajoule geschätzt).





Im Ergebnis zeigen die Szenarien, dass eine Minderung des Primärenergiebedarfs des deutschen Gebäudebestandes in der Größenordnung um 80 Prozent gegenüber 2008 grundsätzlich realisierbar wäre. Allerdings bestehen gleichzeitig technische und wirtschaftliche Restriktionen und Potenzialgrenzen. So kann z. B. die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien nicht beliebig ausgeweitet werden. Ebenso sind Energieeinsparungen nicht unbegrenzt steigerungsfähig. Unter Berücksichtigung dieser Restriktionen konnte ein Korridor möglicher Zielerreichungspfade berechnet werden. Für das Einsparziel, den Primärenergiebedarf bis 2050 um rund 80 Prozent zu senken, wurde ein durch zwei Grenzfälle aufgespannter Korridor ermittelt, innerhalb dessen die angestrebte Reduktion des Primärenergiebedarfs erreicht werden kann. So wäre bei voller Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale (-54 Prozent) eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 57 Prozent erforderlich. Beim maximal möglichen Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien (auf 69 Prozent) braucht man demgegenüber eine Energieeinsparung von 36 Prozent, um das 80-Prozent-Minderungsziel im Hinblick auf den Primärenergiebedarf zu erreichen.

Wirtschaftliche und technische Grenzen für Effizienzmaßnahmen

Die beiden Zielszenarien zeigen, dass das **Zielszenario Energieeffizienz** voraussichtlich im Jahr 2050 einen deutlich geringeren Strombedarf aufweist als das heutige Niveau. Das heißt, dass der Anpassungsbedarf der Ausbaupfade

für erneuerbare Energien geringer sein dürfte. Allerdings würde das Szenario bei Wohngebäuden zu höheren Kosten aus Investitionen führen. So sind im **Gebäudebereich erhebliche Effizienzpotenziale** durch Maßnahmen wie Dämmung der Gebäudehülle, Einsatz effizienter Fenstersysteme sowie dem Einsatz hocheffizienter anlagentechnischer Systeme vorhanden. Allerdings bestehen sowohl technische als auch wirtschaftliche Grenzen: Zum einen lässt sich die energetische Qualität beispielsweise der Außenwände oder Fenster sowie der Anlagentechnik nicht beliebig verbessern. Zum anderen sind bei der Sanierung von Bestandsgebäuden anfängliche Effizienzgewinne noch relativ günstig zu erreichen, zusätzliche Effizienzfortschritte aber oft mit deutlich ansteigenden Kosten verbunden.

Potenziale und Ausbaugrenzen für Erneuerbare Energien

Das **Zielszenario Erneuerbare Energien** zeigt, dass im **Gebäudebereich erhebliche Potenziale für den Einsatz erneuerbarer Energien bestehen**. Durch den Einsatz nachhaltiger, vorwiegend fester Biomasse, Nutzung der Umweltwärme sowie durch Solarthermie und Photovoltaik lassen sich diese Potenziale heben. Auch hierbei bestehen jedoch technische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung. Für flüssige Biomasse ist zum Beispiel von Nutzungskonkurrenzen mit dem Verkehrssektor auszugehen, für die Solarthermie von Flächennutzungskonkurrenzen mit der Photovoltaik. Auch ergeben sich technisch-wirtschaftliche Grenzen für den möglichen Einsatz von Wärmepumpen, da diese im Bestand nicht immer nachgerüstet werden können.

Durch Interdependenzen und Nutzungskonkurrenzen zwischen den Sektoren Strom, Gebäude, Industrie und Verkehr ist es möglich, dass ein Szenario, welches im Gebäudesektor zu geringeren Kosten führt, gesamtwirtschaftlich höhere Kosten aufweist.

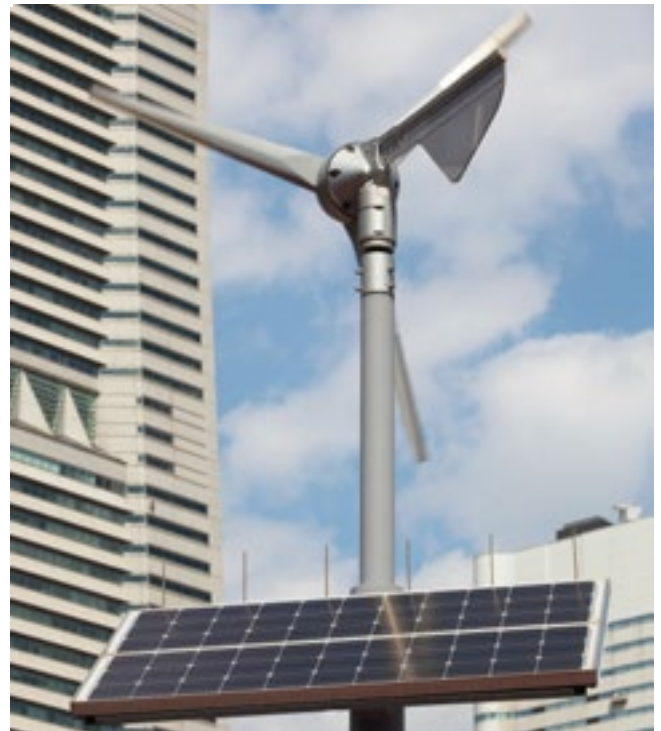
Wege zur Zielerreichung: Fördermaßnahmen weiterentwickeln und verzahnen, Chancen aufzeigen

Neben den bereits laufenden NAPE-Maßnahmen entwickelt die ESG Vorschläge für die Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen, mit denen der Endenergieverbrauch in Gebäuden gesenkt und der Zubau erneuerbarer Energien beschleunigt werden kann. Dabei setzt die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Steigerung der Effektivität der bestehenden Maßnahmen. Die ESG benennt darüber hinaus mögliche weitere Optionen. Diese sind als erste Grundlage einer weiterführenden Debatte zu verstehen. Dazu wird die Bundesregierung einen Diskussionsprozess starten und in diesem unter anderem die in der Energieeffizienzstrategie aufgeworfenen Handlungsoptionen öffentlich konsultieren.

Weitere Maßnahmen und Handlungsoptionen

Einen wichtigen Ansatzpunkt bilden dabei die **gebäudeindividuellen Sanierungsfahrpläne**. Die Mehrzahl der Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden wird nicht als umfassende Komplettsanierung durchgeführt. Häufig ist den Gebäudeeigentümern auch nicht klar, welche Chancen sich durch eine gezielte Kopplung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen bieten. Hier setzt der gebäudeindividuelle Sanierungsfahrplan an, der dem Gebäudeeigentümer eine verlässliche Strategie für eine ganzheitliche Betrachtung und über mehrere Jahre laufende energetische Sanierung seines Gebäudes an die Hand gibt. Gleichzeitig werden Finanzierungs- bzw. Fördermöglichkeiten aufgezeigt.

Dafür sind die **Weiterentwicklung und der Ausbau der Energieberatung und eines Informationssystems** nötig, welche ebenfalls in der ESG verankert sind. Ziel ist es, ein ganzheitliches, stringent aufeinander aufbauendes Informations- und Beratungssystem anzubieten, das den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Eigentümer von Wohn- und Nichtwohngebäuden gerecht wird.



Als weitere Maßnahmen sind die **Investitionsförderung für ambitionierte energetische Gebäudesanierungen und energieeffiziente Neubauten**, wie die KfW-Programme des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms sowie das Marktanzreizprogramm (MAP) zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien, zu nennen. Diese werden ergänzt durch die **Förderung für die energetische Stadt- und Quartierssanierung** über das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“. Im Rahmen des **Schaufensters Erneuerbare Energien** werden innovative Gesamtkonzepte wie **Niedertemperaturwärmenetze** in Form von Pilotprojekten erprobt und demonstriert werden. Für das Erreichen eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands ist auch die **Weiterentwicklung des Energieeinsparrechts bei Gebäuden** unabdingbar. Ziel ist ein aufeinander abgestimmtes Regelungssystem für die energetischen Anforderungen an Neubauten und Bestandsgebäude und den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung. Dazu wird ein Abgleich des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) mit dem Energieeinsparungsgesetz (EnEG) und der daraus abgeleiteten Energieeinsparverordnung (EnEV) angestrebt. Nicht zu vergessen sind auch die Herausforderungen im Bereich der Energieforschung. Dort sollen eine **zielgerichtete Technologieförderung und ein beschleunigter Praxistransfer** die Technologieentwicklung und die Beschleunigung des Ergebnistransfers in die Praxis unterstützen.



Die ESG stößt neben der Weiterentwicklung der genannten Maßnahmen und Instrumente auch einen Diskussionsprozess für weitere Optionen an. So können zum Beispiel künftig die **neuen Möglichkeiten durch Digitalisierung** auf dem Weg zum nahezu klimaneutralen Gebäudebestand einen wichtigen Beitrag leisten. Von einzelnen Wohnungen bis hin zu Quartierslösungen kann eine intelligente Anlagensteuerung sowie Auswertung von Nutzungsprofilen (unter Berücksichtigung des Datenschutzes) zu erheblichen Energieeinsparungen führen.

Ein weiterer Schritt ist die **Weiterentwicklung des Mietrechts** in Bezug auf **energetische Aspekte**. Zum einen durch die Verbreitung von energetisch differenzierten Mietpreisspiegeln, zum anderen durch eine Weiterentwicklung der Modernisierungsmieterhöhung, wobei selbstverständlich auch **soziale Aspekte** berücksichtigt werden müssen.

Ausblick

Die in der ESG erarbeiteten Vorschläge und Maßnahmen werden die Energieeffizienz weiter steigern und den Einsatz erneuerbarer Energien erhöhen. Ob das Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 erreicht wird, hängt insbesondere auch von der Entwicklung der ökonomischen, wohnungspolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Eine wichtige Steuerungsfunktion auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebe-

stand wird dabei der weiteren Konkretisierung und Fortschreibung der ESG zukommen.

Die ESG muss den Investoren einerseits eine ausreichende Planungssicherheit geben. Andererseits muss sie angesichts der bestehenden Unsicherheiten eines bis zum Jahr 2050 reichenden Horizonts flexibel genug sein, um auf neue technische Entwicklungen und Herausforderungen reagieren zu können. Die Energieeffizienzstrategie Gebäude wird daher als „lernende“ Strategie verstanden, die bei Bedarf und auf Grundlage neuer Erkenntnisse und veränderter Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung weiterentwickelt wird.

Für eine dynamische Begleitung der ESG bedarf es einer laufenden Evaluierung der Strategie, etwa bei den Maßnahmen und Instrumenten sowie der Zielerreichung. Die ESG fügt sich daher in den Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ ein, der die Umsetzung der Energiewende insgesamt betrachtet. Die den Monitoring-Prozess begleitende wissenschaftliche Expertenkommission nimmt ergänzend eine unabhängige Bewertung der ESG vor und soll die Entwicklung der Umsetzung kritisch begleiten. Die Energieeffizienzstrategie Gebäude kann unter http://bit.ly/BMWi_ESG_2015 heruntergeladen werden.

Kontakt: Dr. Stefanie Greil und Johannes Thomas
Referat: Energiepolitische Grundsatzfragen im Gebäudesektor

Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft

Förderprogramm SINTEG bringt Schub für die Energiewende – 600 Millionen Euro Investitionen geplant

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat am 1. Dezember die Projektauswahl im Rahmen des Förderprogramms „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) bekannt gegeben. Damit ist der Startschuss für fünf Modellregionen erfolgt, in denen innovative Technologien und Verfahren für die Energieversorgung der Zukunft demonstriert werden sollen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt hierfür bis zu 230 Millionen Euro aus dem Energieeffizienzfonds bereit. Die über 200 beteiligten Unternehmen wollen zusätzlich 370 Millionen Euro investieren.



Energiewende ist Treiber für Innovationen

Die Energiewende ist mit einer grundlegenden Umgestaltung der Energieversorgung in Deutschland verbunden. Die fluktuierend einspeisenden erneuerbaren Energien Wind und Photovoltaik werden eine immer wichtigere Säule der Energieversorgung. Gleichzeitig soll Energie immer effizienter genutzt werden.

Die Ziele der Bundesregierung sind mindestens 55 bis 60 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis zum Jahr 2035 und mindestens 80 Prozent bis 2050. Deshalb werden sich mehr und mehr Regionen der Herausforderung der Integration der erneuerbaren Energien in die Energieversorgung stellen müssen. Parallel dazu soll die Energieeffizienz gesteigert werden: Bis 2020 soll der Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gesenkt werden.

Dieser Wandel in der Energieerzeugung stellt das gesamte Energieversorgungssystem vor große Herausforderungen. Die Entwicklung erfordert einen zügigen und effizienten Netzausbau sowie eine grundlegende Modernisierung der Netzinfrastruktur. Dabei müssen Versorgungssicherheit und Systemstabilität, die bisher v.a. von konventionellen Kraftwerken und fossilen Energieträgern erbracht werden, weiterhin sichergestellt werden. Erzeugung, Netze, Verbrauch und Speicherung müssen technisch so ausgestattet sein, dass eine sichere und effiziente Energieversorgung auch auf Basis hoher Anteile erneuerbarer Energien – zeitweise bis zu 100 Prozent – gewährleistet ist. Um bei witterungsbedingt schwankender Stromerzeugung und zugleich im Tages- und Jahresverlauf schwankendem Stromverbrauch jederzeit den Ausgleich von Produktion und Verbrauch sicherzustellen, wird eine höhere Flexibilität auf Erzeugungs- und Nachfrageseite benötigt. Zudem müssen sichere, effiziente und massengeschäftstaugliche Verfahren,

Systemführungskonzepte, innovative Technologien und Marktmechanismen für flexible, intelligente Netze und Märkte entwickelt werden.

Die Energiewende ist deshalb auch eine große Chance. Von ihr gehen Impulse für Innovationen und neue Technologien aus, beispielsweise für die Digitalisierung der Energiewelt, d.h. die Verknüpfung der klassischen Energiewirtschaft mit der IT-basierten Steuerung einer komplexen Stromversorgung.

Großflächige Schaufenster entwickeln Musterlösungen

Das Förderprogramm SINTEG geht diese Herausforderungen der Energiewende gezielt an. In fünf großflächigen Modellregionen („Schaufenster“) sollen massentaugliche Musterlösungen für eine klimafreundliche, sichere und effiziente Energieversorgung bei hohen Anteilen von Wind- und Sonnenenergie entwickelt und demonstriert werden. Im Zentrum stehen dabei die intelligente Vernetzung von Erzeugung und Verbrauch und der Einsatz innovativer Netztechnologien und -betriebskonzepte.

Dadurch sollen mit dem Förderprogramm vor allem folgende Ziele erreicht werden:

- ▶ Sicherer und effizienter Netzbetrieb bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien,
- ▶ Hebung von Effizienz- und Flexibilitätpotenzialen (markt- und netzseitig),
- ▶ effizientes und sicheres Zusammenspiel aller Akteure im intelligenten Energienetz,
- ▶ effizientere Nutzung der vorhandenen Netzstruktur,
- ▶ Reduktion von Netzausbaubedarf auf Verteilnetzebene.

Das Förderprogramm thematisiert damit zentrale Herausforderungen der Energiewende wie Systemintegration, Flexibilität, Versorgungssicherheit, Systemstabilität und Energieeffizienz sowie den Aufbau intelligenter Energienetze und Marktstrukturen.

Die Schaufenster bauen auch auf Ergebnissen und Erfahrungen bisheriger Forschungs- und Demonstrationsprojekte auf – wie z.B. des Förderprogramms „E-Energy“ und der Förderinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“. Bisherige

und neue Erkenntnisse sollen insbesondere massentauglich weiterentwickelt werden. Das Förderprogramm ist auch Teil des Maßnahmenpakets „Innovative Digitalisierung der Deutschen Wirtschaft“ und damit ein wichtiger Baustein zur Umsetzung der Digitalen Agenda der Bundesregierung.

Die für eine Förderung vorgesehenen Schaufenster wurden im Rahmen eines Förderwettbewerbs ermittelt. Am 1. Dezember 2015 hat Bundesminister Gabriel die Auswahl der fünf besten Schaufenster bekannt gegeben. Jedes der vorgesehenen Schaufenster zielt dabei auf spezifische Aspekte, die künftig besonders relevant sind. Die ausgewählten Schaufenster sind:

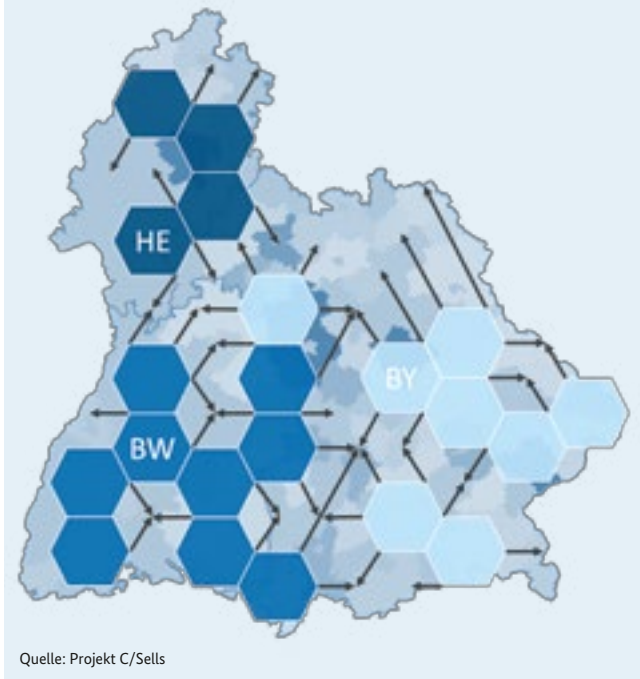
1. „C/sells: Großflächiges Schaufenster im Solarbogen Süddeutschland“

Das Schaufenster „C/sells“ überspannt im Süden Deutschlands die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Es repräsentiert 500 Megawatt (MW) solare Erzeugung aus mehr als 15.000 dezentralen Photovoltaikanlagen. Neben der Photovoltaik (PV) werden auch Strom aus Biogas sowie sektorenübergreifend der Energiebedarf für Wärme und Verkehr berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die Schaffung von Flexibilitäten, die zum Ausgleich der fluktuierenden Stromerzeugung benötigt werden. Im Fokus steht die regionale Optimierung von Erzeugung und Verbrauch.

Kern des Schaufensters ist die Demonstration eines zellulär strukturierten Energiesystems, in dem „regionale Zellen“ im überregionalen Verbund miteinander agieren. Die Größe der Zellen ist dabei sehr unterschiedlich. Das können einzelne Liegenschaften oder ganze Verteilnetzbereiche sein. Jede Zelle versorgt dabei zunächst sich selbst, indem Energieerzeugung und Last möglichst direkt vor Ort ausgeglichen werden. Die verbleibenden Energiebilanzen werden dann mit anderen Zellen ausgetauscht, um so das Energiesystem insgesamt zu optimieren. Durch den Zellverbund entsteht eine effiziente und robuste Energieinfrastruktur.

Ein zentraler Bestandteil des Projektes ist die Schaffung eines Infrastruktur- und Informationssystems. Zwölf Teilprojekte fokussieren die Systemstabilität bei einem hohen Anteil erneuerbarer Energien und beschreiben die Interaktion von (Markt-)Akteuren. Hierzu ist ein großflächiger Einsatz intelligenter Netztechnik geplant, wie z.B. die Installation von mehr als 10.000 intelligenten Messsystemen („Smart Meter“) und der dazugehörigen Gateway-Infrastruktur.

Abbildung 1: „C/sells“ als Schaufenster für ein zellulares Energiesystem



In verschiedenen Demonstrationsprojekten werden darüber hinaus die regionalen Märkte für den Einsatz von Systemdienstleistungen, die Lastverschiebung in Haushalten sowie in Industrie und Gewerbe sowie die Energieeffizienz und die Verschiebepotenziale von Wärmespeichern in Quartieren und Gebäuden untersucht.

Die Koordination der 63 Verbundpartner sowie der 15 assoziierten Partner und Unterauftragnehmer soll durch eine Projektgesellschaft über die Smart Grids-Plattform Baden-Württemberg e.V. erfolgen. Zwölf Forschungseinrichtungen bzw. Hochschulen begleiten wissenschaftlich die Unternehmen. Beteiligt sind u. a. Netz- und Anlagenbetreiber sowie Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche.

2. „Designnetz: Baukasten Energiewende – Von Einzelösungen zum effizienten System der Zukunft“

„Designnetz“ zeigt als Schaufenster die optimierte markt-, netz- und systemdienliche Nutzung von Flexibilität in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf. Es sollen Lösungen entwickelt werden, wie dezentral bereitgestellte Energie aus Sonne und Wind für die Versorgung von Lastzentren genutzt werden kann. Das Schaufenster repräsentiert dabei die in vielen Regionen Deutschlands

typische Situation, in der sich ländliche Strukturen mit urbanen Ballungszentren und Industriestandorten abwechseln.

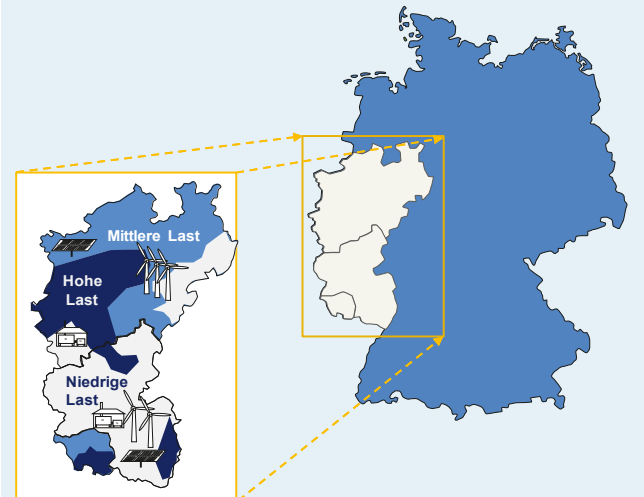
Um die Versorgung sicher und effizient zu gestalten, wird in dem Projekt eine hierarchische Systemverantwortung zugrunde gelegt. Aus übergeordneten Netzebenen werden Flexibilitätsanfragen an untergeordnete Netzebenen gesendet. Aus den untergeordneten Netzebenen werden umgekehrt die Prognosen des Netzzustandes und der verfügbaren Flexibilität in die übergeordneten Netzebenen gespeist.

Das Schaufenster Designnetz baut auf Vorprojekten und Einzellösungen auf, welche durch ein „Virtuelles System-Cockpit“ mit neuen Demonstrationsprojekten verbunden werden. Für die Umsetzung werden über 7.000 Haushalte und ca. 140.000 installierte Messzähler einbezogen.

Um die Demonstrationsprojekte des Schaufensters erlebbar zu gestalten, werden u. a. eine Website im Stil eines „virtuellen Schaufensters“ mit Online-Energiewende-Konfigurator zur Visualisierung des Zusammenwirkens der Demonstrationsprojekte sowie eine „Straße der Energie (wende)“ mit Informationstafeln mit einscannbaren Codes für Handys zu weiterführenden Informationen (QR-Codes) die Arbeiten und Ergebnisse des Schaufensters veranschaulichen.

Die 35 Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft werden durch 14 assoziierte Partner und Unterauftragnehmer unterstützt. Die Koordination des Verbundvorhabens übernimmt die RWE Deutschland AG.

Abbildung 2: Schaufenster „Designnetz“ mit ländlichen Regionen und Ballungszentren im Wechsel



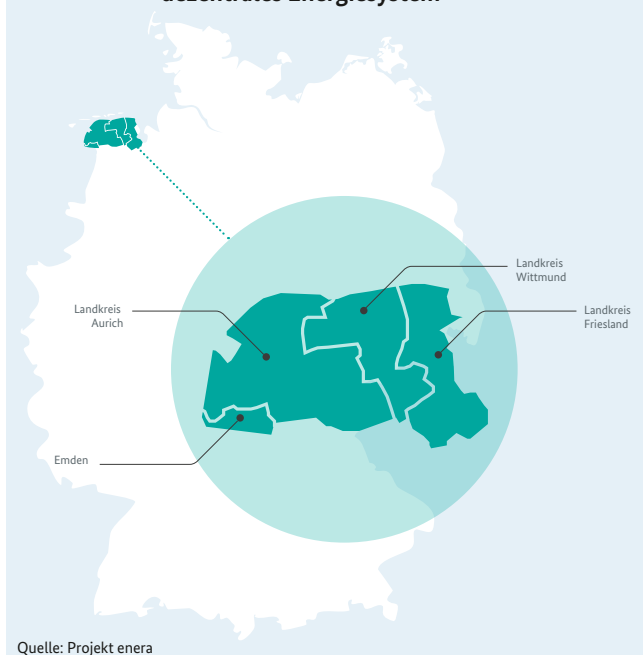
3. „enera: Der nächste große Schritt der Energiewende“

Das Schaufenster „enera“ im Nordwesten Niedersachsens adressiert die drei Themenschwerpunkte Netz, Markt und Daten und will Antworten sowie Lösungsvorschläge für wichtige Herausforderungen der Energiewende liefern: den Wandel vom statischen zum dynamischen, vom zentralen zum dezentralen System.

Zu diesem Zweck werden die drei Themenschwerpunkte Netz, Markt und Daten herangezogen und durch einen Rollout von intelligenten Messsystemen und Netzbetriebsmitteln zur effizienteren Netzauslastung unterstützt. Durch technisches Nachrüsten von Erzeugern, Verbrauchern und Speichern bzw. deren Neuinstallation und durch die Ertüchtigung des Netzes mit neuen Betriebsmitteln soll das Energiesystem technisch flexibilisiert werden.

Dezentralen Anlagen soll es ermöglicht werden, regionale Systemdienstleistungen wie z. B. zur Spannungshaltung zu erbringen, um das Netz lokal zu stabilisieren. Dadurch kann die Zuverlässigkeit der zukünftigen Stromversorgung erhöht werden. Die regionalen Systemdienstleistungen sollen an den Strommärkten gehandelt werden können. Hierzu soll der Handel an der Strombörse um regionale Informationen erweitert werden. Die dafür notwendigen Daten- und Kommunikationsstrukturen werden ebenfalls im Projekt geschaffen.

Abbildung 3: „enera“ als Schaufenster für ein dynamisches, dezentrales Energiesystem



Im Detail wird das Stromnetz im Rahmen des enera-Schaufensters mit 40.000 Sensoren und Aktoren ausgerüstet und an das Kommunikationsnetz angebunden. Dies erlaubt eine Echtzeitsteuerung und -messung des Netzzustandes. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Kommunikationsmöglichkeiten und Technologien erprobt, um die wirtschaftlichste bzw. am besten auf andere Gebiete übertragbare Lösung zu finden. Die Daten werden in einer Smart-Data- und Service-Plattformen gesammelt, mit zusätzlichen Informationen versehen und weiterverarbeitet, um eine vielfältige Verwertung zu ermöglichen. Die Datenbank bildet wiederum den Grundstein für einen „Energiewende-AppStore“, welcher im Rahmen des Vorhabens entwickelt werden soll.

Darüber hinaus sollen Start-up-Unternehmen im Projekt neue Geschäftsmodelle für die intelligente Energieversorgung der Zukunft entwickeln, zum Beispiel zur Verbesserung der Energieeffizienz in Gebäuden.

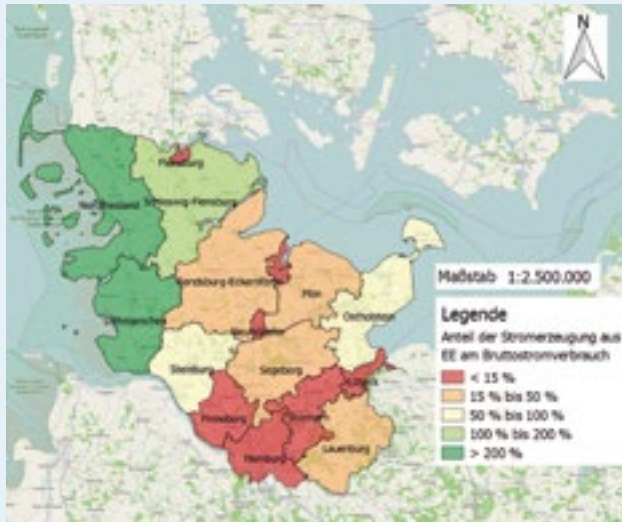
Das Konsortium aus 30 Projektpartnern und 19 assoziierten Partnern und Unterauftragnehmern wird durch die EWE AG als Konsortialpartner koordiniert.

4. „NEW 4.0: Norddeutsche EnergieWende 4.0“

Das Schaufenster „NEW 4.0“ besteht aus Hamburg als großem Energieverbrauchszentrum und Schleswig-Holstein als bedeutendem Windenergie-Erzeugungszentrum. Das Schaufenster will aufzeigen, dass die Gesamtregion bereits 2025 sicher und zuverlässig mit 70 Prozent regenerativer Energie versorgt werden kann. Hierfür sollen Erzeugung und Verbrauch mittels modernster Technologien und weiterentwickelter Marktregeln optimal aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist insbesondere ein effizienter Umgang mit lokalen Stromüberschüssen.

Im Rahmen einer Doppelstrategie sollen regionale Abregelungen von Windenergieanlagen einerseits durch einen verbesserten Stromexport in andere Regionen reduziert werden. Gleichzeitig soll die energetische Nutzung vor Ort durch geeignete Flexibilitätskonzepte gesteigert werden. Die Flexibilisierung soll insbesondere durch eine Regelung des Verbrauchs über Lastmanagement, Speicher und Sektorenkopplung erreicht werden. Die verstärkte Flexibilisierung soll auch die Last reduzieren, die bei geringer regenerativer Erzeugung durch konventionelle Kraftwerke abzudecken ist.

Abbildung 4: Schaufenster „NEW 4.0“ mit starken Erzeugungs- und Lastzentren



Quelle: Projekt C/Sells

30 Demonstrationsvorhaben mit unterschiedlichen technologischen Lösungsansätzen sollen die vollständige Integration der erneuerbaren Energien in einer Region mit extremen Unterschieden zwischen Verbrauch und Erzeugung aufzeigen. Neben der Stabilität des Systems und der Sicherheit der Versorgung sind die Marktorientierung und Bezahlbarkeit, der substantielle Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele sowie die gesellschaftliche Akzeptanz wesentliche Zielkriterien. Gleichzeitig soll die Übertragbarkeit auf andere Regionen in Deutschland und Europa dargestellt werden.

Das Konsortium aus 43 Projektpartnern und 16 assoziierten Partnern und Unterauftragnehmern wird von einer Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der Projektpartner am Competence Center Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (CC4E) an der HAW Hamburg koordiniert.

5. „WindNODE: Das Schaufenster für intelligente Energie aus dem Nordosten Deutschlands“

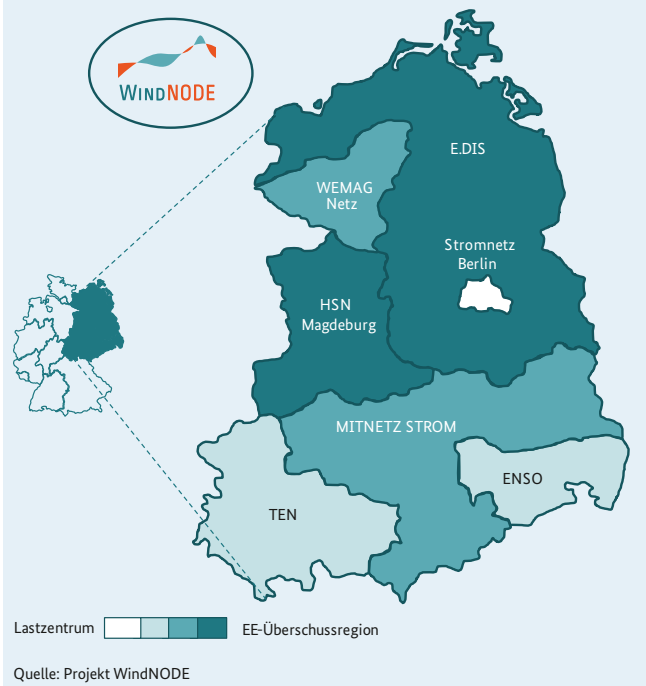
Die Schaufensterregion umfasst die fünf ostdeutschen Bundesländer und Berlin und entspricht somit der Regelzone des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz. Ziel des Schaufensters „WindNODE“ ist das effiziente Zusammenspiel von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten, Stromnetzen und Energienutzern auf Basis einer digitalen Vernetzung.

Im Fokus des Schaufensters steht die effiziente Einbindung großer Mengen erneuerbarer Energien in einem energieträgerübergreifend optimierten System aus Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor sowie das Zusammenspiel von Flexibilitätsoptionen auf allen Ebenen. Konkrete Ziele sind u. a. die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen, die das klassische Geschäft des mengenbasierten Energieabsatzes ergänzen. Ferner sollen Verbraucherschutz- und Datensicherheitsstandards geschaffen werden, um die beteiligten Menschen und Unternehmen wirksam vor Datenmissbrauch in einem „Internet der Energie“ zu schützen und höchste Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das Schaufenster behandelt auch Fragen des Marketdesigns und der Systemarchitektur („Wer steuert was?“).

Die Umsetzung der Ziele erfolgt über verschiedene Demonstrationsvorhaben. Neben dem Zusammenschluss von vier Regionalkraftwerken und einer engen Stadt-Umland-(Energie-)Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg werden u. a. auch über 800 Supermarktfilialen als flexibilisierbare Verbraucher eingebunden.

Es sind insgesamt mehr als 30.000 intelligente Messsysteme sowie eine Flexibilitätsplattform für die Integration von dezentralen Kleinanlagen in das Energiesystem geplant. Eine IKT-Plattform verbindet dabei Erzeuger, Nutzer, Stromnetz

Abbildung 5: „WindNODE“ als Schaufenster für die energieträgerübergreifende Einbindung großer Mengen erneuerbarer Energien



Quelle: Projekt WindNODE

und Märkte und koordiniert Flexibilitäten, wie z. B. verschiebbare industrielle Lasten, die Nutzung von Strom zur Wärme- oder Kältegewinnung („Power-to-Heat“ bzw. „Power-to-Cold“), zur Gaserzeugung („Power-to-Gas“) und für die Elektromobilität. Die Ergebnisse des Schaufensters werden an ausgewählten Orten, die besichtigt werden können, erlebbar gemacht und in den Kontext des Gesamtsystems gestellt.

Das Konsortium aus 43 Projektpartnern und 16 assoziierten Partnern und Unterauftragnehmern wird durch den Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz als Konsortialführer koordiniert.

Die ausgewählten fünf Schaufenster können im nächsten Schritt ihre Projektanträge beim Projektträger Jülich einreichen. Nach Abschluss der Antragsphase sollen die Einzelprojekte in den Schaufensterregionen im zweiten Halbjahr 2016 starten. Die Projektlaufzeit beträgt vier Jahre.

Schaufenster als „Blaupause“ für die Energiewende

Die fünf Schaufenster sollen die technischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Herausforderungen der Energiewende der nächsten Jahrzehnte angehen und in der Praxis getestete Musterlösungen liefern. Sie sollen als „Blaupause“ für eine breite Übertragung und Umsetzung dienen. Ziel ist ein bundesweiter Innovationsprozess.

Im Rahmen des Förderprogramms ist auch ein Begleitforschungsprojekt geplant, um die nachhaltige Breitenwirksamkeit des Förderprogramms zu erhöhen. Dadurch soll die flächendeckende Umstellung zu einer effizienten und intelligenten Energieversorgung beschleunigt werden. Die Begleitforschung soll auch für eine über die Projektaktivitäten der einzelnen Schaufenster hinausgehende übergreifende Kooperation und Netzwerkbildung sorgen – u. a. zu Rahmenbedingungen und Standardisierung. Weitere Aspekte sind die Ableitung von Anpassungs- bzw. Handlungsempfehlungen und die Schaffung von verallgemeinerungsfähigem Know-how.

Insgesamt werden durch das Förderprogramm SINTEG voraussichtlich 600 Millionen Euro in die Modernisierung des Energiesektors investiert. Dadurch wird die notwendige Größe erreicht, um aussagekräftige Ergebnisse für eine breite Umsetzung in die Praxis zu erhalten. Das Förderprogramm zeigt, dass auch die Wirtschaft die Herausforderungen der Energiewende aktiv angeht. Es ist ein wichtiges Signal und ein starker Schub für die Energiewende und den Innovationsstandort Deutschland.

Kontakt: Alexander Folz
Referat: Flexibilität der Nachfrage, technische Systemintegration, Speicher, Strom im Verkehr

Modelle für das Energiesystem der Zukunft

Das neue Forschungsnetzwerk Energiesystemanalyse wird zur strategischen Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik

Die Weiterentwicklung des Energiesystems im Zuge der Energiewende erfordert umfangreiches und detailliertes Orientierungswissen, um die Energieversorgung in Deutschland sicher, kosten- und ressourceneffizient zu gestalten. Dieses Wissen stellt die Systemanalyse durch Modelle und Simulationen von Zukunftsszenarien bereit und zeigt potenzielle Entwicklungspfade auf. Zur Qualitätssicherung sind wissenschaftlich fundierte Methoden genauso wichtig wie Kohärenz, Transparenz und Interdisziplinarität.



Modelle, die komplexe Systeme simulieren, gewinnen in immer mehr Politikbereichen an Bedeutung und können aufgrund der immer höheren Leistungsfähigkeit von IT-Systemen immer breiter genutzt werden. Sie helfen Anwendern dabei, verflochtene Zusammenhänge abzubilden und besser zu verstehen. Besonders in der Energiewirtschaft sind Modelle und Systemsimulationen unverzichtbar, wenn es darum geht, komplexe Strukturen und Wechselwirkungen nachzuvollziehen, Rückschlüsse für künftige Szenarien zu ziehen und strategische Entscheidungen vorzubereiten oder abzusichern.

Energiesystemanalyse als strategisch orientierte Forschungsdisziplin

Im Energieforschungsprogramm hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Förderschwerpunkt „En:SYS Systemanalyse für die Energieforschung“ etabliert. Im Fokus der Forschungsförderung stehen methodische und analytische Arbeiten, die das Technologieprogramm flankieren und sich Szenarien zur künftigen Ausgestaltung des Energiesystems widmen. Eine wichtige Rolle spielen dabei quantitative Modelle, die potenzielle Entwicklungs-

pfade des Energiesystems simulieren und Technologien in ihrer Wechselwirkung gesamtwirtschaftlich bewerten. Die Bandbreite der Vorhaben deckt ein breites Spektrum ab und reicht von ingenieurwissenschaftlichen und ökonomischen über sozialwissenschaftliche bis zu mathematischen und informationstechnischen Forschungsansätzen. Gegenstand der Arbeiten sind themen- und technologiespezifische Analysen, aber auch methodische Weiter- und Neuentwicklungen von Energiemodellen sowie Datenbasis und Kohärenz der Modelle.

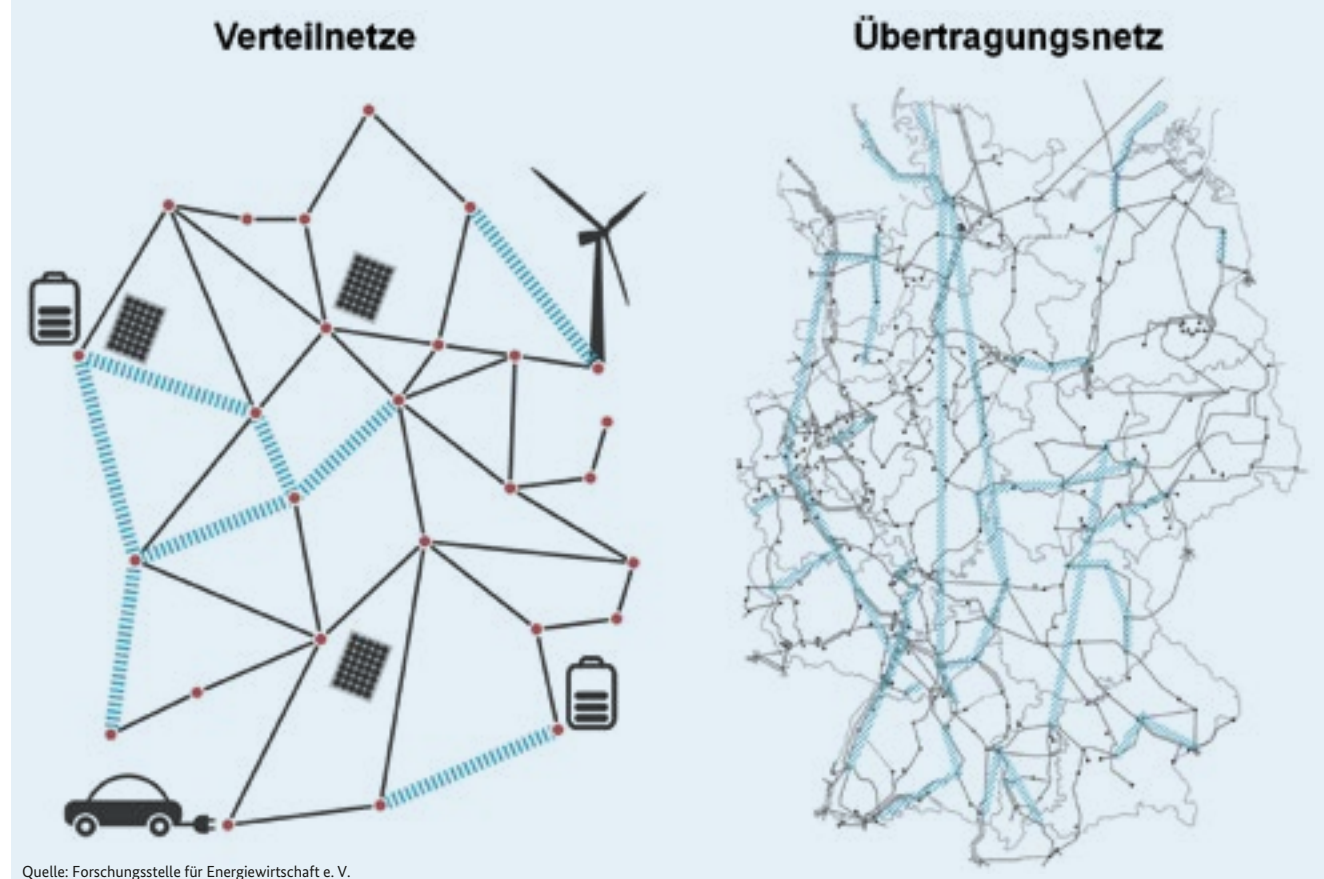
FORSCHUNGSNETZWERK ENERGIE SYSTEMANALYSE

Weitere Informationen abrufbar unter:

<https://www.forschungsnetzwerk-energie.de/systemanalyse>

Im März 2015 hat das BMWi die Neugründung des Forschungsnetzwerks Energiesystemanalyse mit einem umfassenden Förderaufruf flankiert. Auf diesen Aufruf hin haben Wissenschaftler etwa 60 Projektvorschläge eingereicht – mehr als ein Drittel davon konnte für die Förderung ausgewählt werden. Inzwischen sind daraus zahlreiche Forschungsprojekte hervorgegangen. Darunter befindet sich beispielsweise das kürzlich gestartete Vorhaben BEAM-ME (Förderkennzeichen: 03ET4023A bis F), koordiniert durch das Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). Innerhalb dieses Projekts entwickeln Wissenschaftler mehrerer Institute Beschleunigungsstrategien der anwendungsorientierten Mathematik und Informatik für optimierende Energiesystemmodelle. Das heißt sie entwickeln und implementieren mathematische Algorithmen, um Optimierungsprobleme in hochkomplexen systemanalytischen Modellen zu lösen. Mehr Informationen zu diesem und zu anderen Forschungsprojekten sind abrufbar in EnArgus, einem neuen Informationssystem der Energieforschungspolitik der Bundesregierung (www.enargus.de).

Abbildung 1: Im Forschungsprojekt MONA 2030 vergleichen Wissenschaftler Maßnahmen zur Netzentlastung in Verteilnetzen und im Übertragungsnetz



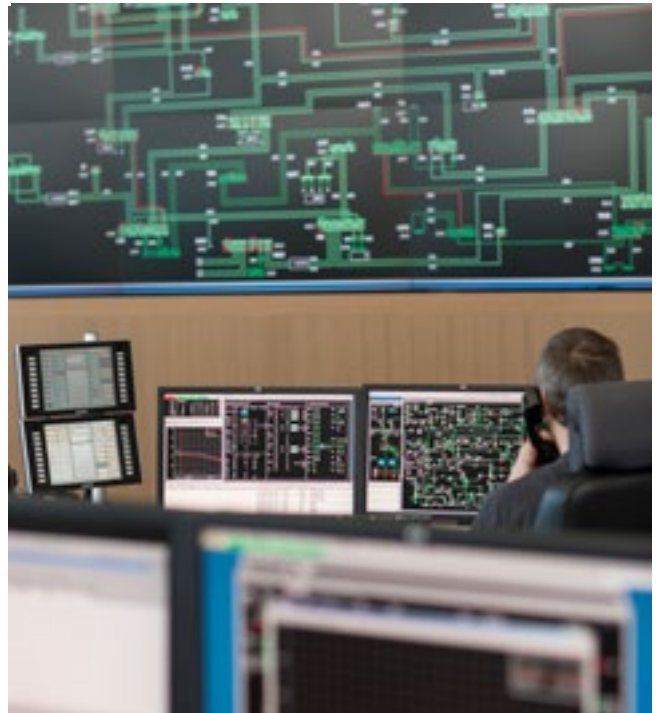
Forschungsförderung Energiesystemanalyse

Das BMWi unterstützt zahlreiche systemanalytische Forschungsvorhaben, die Aspekte der Transformation des Energiesystems im Zuge der Energiewende untersuchen, darunter auch das Vorhaben „**Merit Order Netzausbau 2030 (MONA 2030)**“ (Förderkennzeichen: 03ET4015). Wissenschaftler der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. (FfE) widmen sich in diesem Projekt der künftigen Netzinfrastruktur. Diese wird durch den volatilen und dezentralen Charakter der Einspeisung erneuerbarer Energien vor große Herausforderungen gestellt. Dabei fokussieren die Forschungsarbeiten auf die Entwicklung von Maßnahmen und Szenarien, die den Bedarf an Netzausbau verringern könnten. Ein Beirat mit 16 Partnern aus der Energiewirtschaft und der Industrie unterstützt die Wissenschaftler und gewährleistet einen hohen Praxisbezug.

Ein weiteres Forschungsprojekt der Systemanalyse, **NET-INES** (Förderkennzeichen: 03ET4005A bis C), koordiniert durch das Institut für Energie- und Klimaforschung – Systemforschung und Technologische Entwicklung des Forschungszentrums Jülich, beschäftigt sich mit dem Thema Elektromobilität und dem Vehicle-to-Grid-Ansatz. Untersucht werden die Zwischenspeicherung überschüssiger Energie aus dem Stromnetz in den Batterien von Elektroautos sowie die Rückspeisung ins Netz bei hoher Nachfrage. Das interdisziplinär zusammengesetzte Wissenschaftlerteam hat verschiedene Be- und Entladestrategien sowie Vermarktungsmöglichkeiten untersucht.

Forschungsnetzwerk für Transparenz und Austausch

Praxisrelevanz, Realitätsnähe sowie Glaubwürdigkeit und Nachvollziehbarkeit sind gerade für die Systemanalyse mit ihren komplexen Modellen und Szenarien des Energieversorgungssystems unverzichtbar. Hierfür ist der intensive Austausch und die Kooperation zwischen den Wissenschaftlern dieses Forschungsfelds, aber auch der offene Dialog zwischen Forschung, energiewirtschaftlicher Praxis und der Politik eine entscheidende Grundlage. Genau darauf zielt das neue Forschungsnetzwerk Energiesystemanalyse ab und setzt die förderpolitische Strategie des BMWi um, relevante Akteure eines wissenschaftlichen Themengebiets zusammenzuführen und sie in einem breiten Konsultationsprozess zu beteiligen. Der Startschuss dazu fiel im März 2015.



Das Forschungsnetzwerk Energiesystemanalyse verfolgt in erster Linie das Ziel, die Vernetzung zwischen den Akteuren voranzutreiben und die sehr heterogene Forschungslandschaft unter einem Dach zu bündeln. Gemeint sind damit Akteure und Disziplinen, aber auch die Modellierungswerkzeuge und die Datengrundlagen, die zum Einsatz kommen. Denn gerade das weite Feld der Energiesystemanalyse ist von einer Vielzahl unterschiedlichster Analyseinstrumente und Lösungswege geprägt. Die neue Netzwerkstruktur soll daher die Basis bilden, um die Transparenz und Vergleichbarkeit der Modellierungstools voranzutreiben und um Schnittstellen zwischen den verschiedenen Werkzeugen und Methoden zu schaffen – ähnlich dem Baukastenprinzip. Auf diese Weise kann das Forschungsnetzwerk einen essentiellen Beitrag zur Verbesserung des wissenschaftlichen Qualitätsmanagements leisten. Dies kann beispielsweise durch die gemeinsame Festlegung von Standards und Benchmarks oder durch eine gemeinschaftlich genutzte und gepflegte Datenbasis geschehen.

Rund 150 Akteure haben sich bis heute als Mitglieder des Forschungsnetzwerks Energiesystemanalyse registriert. Sie umfassen ein breites Spektrum von universitären Einrichtungen, außeruniversitären Forschungszentren und -institutionen sowie Unternehmen. Die Forschungs- und Kompetenzprofile sind ebenso breit gefächert wie die Themenfelder der Systemanalyse. Sie adressieren die Themenbereiche ökonomische, technologische und regulatorische Rahmenbedingungen, sektorübergreifende Modellierung, grenz-

übergreifende und internationale Wechselwirkungen sowie sozioökonomische Aspekte. Als methodische Schwerpunkte des Forschungsnetzwerks kristallisierten sich unter anderem Vergleichbarkeit und Transparenz, Komplexitätsreduktion durch Mathematik, Informatik und die Nutzung von (Super-)Computing sowie Sensitivitätsanalysen heraus.

Mit der Koordination der Netzwerkaktivitäten und dem Mitgliedermanagement hat das BMWi den Projektträger Jülich (PtJ) beauftragt.

Auftaktkonferenz des Forschungsnetzwerks

Die erste Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerks Energiesystemanalyse hat am 7. Dezember 2015 in Berlin stattgefunden. Im Konferenzzentrum des BMWi haben rund 120 Teilnehmer in einem offenen Forum an mehreren Themenständen über die Ausgestaltung und Struktur des Forschungsnetzwerks diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass ein großes Interesse daran bestand, sich im Netzwerk zu engagieren und an den gemeinsamen Themenstellungen mitzuwirken. Der Projektträger Jülich wird diesen Prozess weiter moderieren und nach der raschen Auswertung der Beiträge Strukturvorschläge ausarbeiten und zeitnah zur Abstimmung im Netzwerk stellen.



Auftaktkonferenz des Forschungsnetzwerks Energiesystemanalyse am 7. Dezember 2015 in der Aula des BMWi.

Es zeichnet sich jedoch heute schon ab, dass die Organisation in themenspezifischen Arbeitsgruppen am besten dazu geeignet ist, Expertendiskurse zu befördern und den Transfer von Maßnahmen in die wissenschaftliche Praxis zu beschleunigen. Zudem bietet die Einbettung des Forschungsnetzwerks im Kontext der Energiewende-Plattform Forschung und Innovation eine Basis für den Dialog der Energieforschungspolitik mit Multiplikatoren aus Wirtschaft und Wissenschaft zu übergreifenden Themen und Zielsetzungen der Förderpolitik.

Transparenzbaustein

Die Bundesregierung hat im 6. Energieforschungsprogramm Transparenz als ein wichtiges Element für den Erfolg von Förderstrategien definiert. Gerade der fortschreitende Transformationsprozess im Energiesystem und der Ausbau der Energieforschung als strategisches Instrument der Energiepolitik lassen die Zahl der beteiligten Akteure stark ansteigen. Dies schafft neue Herausforderungen bei der Abstimmung und Koordination von Fördermaßnahmen, aber auch Chancen, wenn es um die Beschleunigung des Ergebnistransfers geht. Mit dem neuen Forschungsnetzwerk Energiesystemanalyse hat das BMWi einen wichtigen Baustein geliefert, um die Transparenz und Effizienz seiner Förderpolitik in diesem Bereich zu erhöhen.

Kontakt: Dr.-Ing. Rodoula Tryfonidou
Referat: Energieforschung – Technologieförderung und Internationales

9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen

Am 18. und 19. November trafen auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel rund 1.100 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zum 9. Nationalen IT-Gipfel in der Arena Berlin zusammen. Unter dem Motto „Digitale Zukunft gestalten – innovativ_sicher_leistungsstark“ diskutierten sie auf Grundlage der Ergebnisse der Gipfel-Plattformen und -Foren zentrale Herausforderungen der Digitalisierung für Wirtschaft und Beschäftigung, neueste Entwicklungen bei digitalen Netzen, Mobilität, digitalem Staat und IT-Sicherheit.



Der Gipfel fungiert als zentrale Umsetzungsplattform, Beschleuniger und Impulsgeber für die Umsetzung und Fortentwicklung der Digitalen Agenda. Im zweiten Jahr der Umsetzung der Digitalen Agenda 2014 – 2017 und der Neuausrichtung des Gipfels auf deren Handlungsfelder zeigte der IT-Gipfel wichtige bereits erreichte Meilensteine.

Neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nahmen Arbeitsministerin Andrea Nahles, Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Innenminister Dr. Thomas de Maizière, Verkehrsminister Alexander Dobrindt, Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller an dem diesjährigen Spitzentreffen teil.

Die Bundesregierung bekräftigte auf dem Gipfel, dass sie die innovative Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin fördern und aktiv begleiten werde. Ziel ist es, Industrie 4.0 und die Digitalisierung wichtiger Wirtschaftszweige weiter voranzubringen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel startete das Programm „Technologien für die Digitale Wirtschaft“. Es soll dazu beitragen, kreative Ideen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse besser und schneller in die Anwendung zu überführen. Damit ist es ein wichtiger Schlüssel für Innovationskraft und die Sicherung technologischer Souveränität.

In der „Berliner Erklärung“ verständigten sich die Gipfelteilnehmer auf die entschlossene und verantwortungsvolle Fortsetzung der Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den kommenden Jahren.

Gastland Berlin

Das diesjährige Gastland Berlin präsentierte sich unter dem Motto „Smart.Digital.Capital“ als europaweiter Hotspot der IT- und Digitalwirtschaft und gewährte Einblicke in die einzigartige Vielfalt des digitalen Wandels in der Hauptstadt. Mit Thementouren – von der Smart City über Industrie 4.0 bis zur Digitalen Vernetzung – durch Labs, Inkubatoren, universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Start-ups und mittelständische Unternehmen wurde der digitale Wandel in vielen Beispielen präsentiert.

Auftaktprogramm

Am ersten Gipfeltag stellten die neun Plattformen und zwei Foren, die die Handlungsfelder der Digitalen Agenda der Bundesregierung widerspiegeln, aktuelle Ergebnisse und neue Projekte vor.

Die Plattform Innovative Digitalisierung der Wirtschaft legte ein Positionspapier zu „Leitplanken Digitaler Souveränität“ vor, startete eine Kampagne zur Sensibilisierung von mittelständischen Unternehmen für die Chancen der Digitalisierung und veröffentlichte Eckpunkte und Empfehlungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung in Handel, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Fokusgruppe „Intelligente Vernetzung“ legte mit dem Status- und Fortschrittsbericht „Deutschland intelligent vernetzt“ eine fundierte Analyse zum Stand der Entwicklung der Intelligenten Vernetzung vor.

Die Plattform Industrie 4.0 präsentierte sich als – auch international stark nachgefragter – zentraler Anlaufpunkt und Motor für die Digitalisierung der Industrie in Deutschland. Auf einer Online-Landkarte „Industrie 4.0“ wurden weit über 100 konkrete Anwendungsbeispiele aus der Industrie 4.0-Praxis gezeigt. Im Fokus steht dabei der Nutzen für die Anwender. Die Landkarte demonstriert, dass Industrie 4.0 in der Praxis in Deutschland angekommen ist. Im Fachforum der Plattform Industrie 4.0 wurde über den Stand der Umsetzung von Industrie 4.0 in Deutschland berichtet und über die nächsten Schritte auf dem Weg in die vernetzte Industrie von morgen diskutiert.

Standortanalyse: Deutschland liegt im Mittelfeld

Laut dem im Vorfeld des IT-Gipfels präsentierten Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2015 liegt Deutschland im internationalen Zehn-Länder-Vergleich führender Volkswirtschaften auf dem sechsten Platz. Innovationsfähigkeit und Marktzugang gehören laut Studie zu den Stärken des deutschen Wirtschaftsstandortes, während Schwächen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und beim Export von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) liegen. Laut Bericht liegt dabei die deutsche IKT-Branche mit einem Anteil von 4,6 Prozent an der gewerblichen Wertschöpfung vor der deutschen Traditionsbranche Maschinenbau (4,4 Prozent) und knapp hinter dem deutschen Fahrzeugbau (5,3 Prozent). Mit über 92.000 Unternehmen und über einer Million Erwerbstätigen ist die IKT-Branche ein bedeutender Zweig der deutschen Wirtschaft und trägt maßgeblich zum langfristigen Wachstum der Gesamtwirtschaft Deutschlands bei. Die deutsche Internetwirtschaft hat im Jahr 2014 internetbasierte Güter und Dienstleistungen im Wert von knapp über 100 Milliarden Euro umgesetzt.

Erstmals bildet das Monitoring auch den Digitalisierungsgrad der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland differenziert nach Branchen ab. Mit nur 49 Punkten von 100 möglichen Indexpunkten im Wirtschaftsindex DIGITAL ist Deutschland noch weit entfernt vom Ideal einer vollständig digitalisierten Wirtschaft.

Umfangreiche Informationen zu den Arbeitsgruppen und Ergebnissen des IT-Gipfels 2015 finden sich auf der Gipfel-Webseite: www.it-gipfel.de

Termine für den IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken und 2017 in Rheinland-Pfalz werden derzeit abgestimmt. Die Gipfelplattformen und -foren werden ihre Arbeit im Januar wieder aufnehmen.

Kontakt: Dr. Ulrike Engels
Referat: Digitale Agenda, Digitale Wirtschaft,
Nationaler IT-Gipfel

Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung

Ergebnisse des Workshops „Beschäftigungs- und Strukturwirkungen des digitalen Wandels“

In einem Workshop im BMWi am 29. September 2015 diskutierten Experten über Beschäftigungs- und Strukturwirkungen des digitalen Wandels. Die Fachleute prognostizieren einerseits, dass technologische Neuerungen zu erheblichen Veränderungen bei Güterangebot und -erstellung führen. Andererseits rechnen die Experten nicht damit, dass die Veränderungen „disruptiv“ sein werden. Demnach wird sich nicht auf „einen Schlag“ die komplette Beschäftigungsstruktur verändern. Vielmehr handelt es sich um einen kontinuierlichen, evolutorischen Prozess, bei dem im Ergebnis nicht mit Beschäftigungsverlusten zu rechnen sei. Zwar könne die Digitalisierung zwölf Prozent der bestehenden Jobs gefährden, zugleich entstünden aber viele neue Jobs.



Die Diskussion im Workshop „Beschäftigungs- und Strukturwirkungen des digitalen Wandels“ erfolgte nach einem einführenden Referat von Spermann (Institut zur Zukunft der Arbeit, IZA) in drei thematischen Blöcken. Im ersten Block wurde unter dem Titel „Die technologische Diskontinuitätshypothese“ der Rahmen der technischen Entwicklungen erörtert. Im zweiten Block diskutierten die Experten unter dem Titel „Polarisierung am deutschen Arbeitsmarkt“ über Erfahrungen aus vergangenen technologischen Umbrüchen und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Schließlich wurden im dritten Block „Gesamtbeschäftigungseffekte des digitalen Wandels“ Studien vorgestellt, die die Effekte der digitalen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt quantifizieren.

Die technologische Diskontinuitätshypothese

Die jüngere populärwissenschaftliche Diskussion verweist darauf, dass technologische Entwicklungen zu Diskontinuitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch auf dem Arbeitsmarkt führen können und dass diese im Bereich der digitalen Entwicklungen mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auftreten. Eine der Ursachen ist das sogenannte Mooresche Gesetz: Danach ist in der IT-Technologie zu beobachten, dass sich die Rechnerleistung etwa alle zwei Jahre verdoppelt. Dass ein solches exponentielles Wachstum unerwartete Ereignisse produzieren kann, bei denen Quantität in Qualität umschlägt, wird gern am Beispiel des Schachbretts veranschaulicht (siehe Kasten 1).



Kasten 1: **Die zweite Hälfte des Schachbretts**

Ein berühmtes Beispiel für exponentielles Wachstum ist das so genannte Schachbrettbeispiel. Auf das erste Quadrat wird ein Reiskorn gelegt und auf jedem weiteren Feld wird die Anzahl der Körner des vorangegangenen Feldes verdoppelt. Intuitiv erwartet man, dass am Ende des Schachbretts die Menge der Reiskörner schon nicht mehr auf das Feld passt. Das tatsächliche Ausmaß übersteigt diese Erwartungen aber um ein Vielfaches: Auf der zweiten Hälfte des Schachbretts würde das erste Feld bereits über 4 Milliarden Reiskörner aufnehmen (rund 100.000 kg) und auf dem letzten Feld würde die Menge des Reises den Mount Everest übersteigen (9.223.372.036.854.775.808 Körner). Das Beispiel veranschaulicht, dass bei exponentiellem Wachstum Dinge möglich werden, die man sich kaum vorzustellen vermag.

Beispiele für technologische Entwicklungen mit potenziell tiefgreifenden Beschäftigungswirkungen sind neben dem selbstfahrenden Auto auch besonders lernfähige Roboter (z. B. Baxter). Wilke (Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation) präsentierte die Datenbrille als Beispiel dafür, dass Technologien auch komplementär zu geringqualifizierten Arbeitnehmern eingesetzt werden können.

Nach Einschätzung von Kolaric (Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung) sind die Entwicklungen in der Sensorik (Bildererkennung, Versprachlichung) sehr dynamisch und somit sei eine „kambrische Explosion“ (siehe Kasten 2) denkbar. Allerdings sind in anderen Bereichen nach Einschätzung von Kolaric auch Verlangsamungen beim Innovationstempo zu erkennen. Vollzöge sich bei der Entwicklung der Robotik tatsächlich eine solche Explosion, wäre aber mutmaßlich mit gravierenden Auswirkungen auf den Einsatz von Beschäftigten in vielen Bereichen – beispielsweise der Industrieproduktion – zu rechnen.

Kasten 2: **Die kambrische Explosion**

Das Bild der kambrischen Explosion (Pratt, 2015) wird im Zusammenhang mit möglichen Entwicklungen in der Robotik verwendet. Bei der kambrischen Explosion handelt es sich um eine erdgeschichtliche Entwicklungsphase (vor ca. 500 Millionen Jahren), in welcher innerhalb kurzer Zeit (25 Millionen Jahre) sehr viele neue Lebensformen entstanden. Als möglicher Grund hierfür wird die Entwicklung des Sehens genannt. Mit Entwicklungen in der Sensorik sind auch Roboter in der Lage, immer besser zu sehen, und damit möglicherweise in der Lage, viele neue Aufgaben zu übernehmen.

Die Koreferenten Blien (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB) und Aretz (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) wiesen darauf hin, dass der ausschließliche Blick auf technische Möglichkeiten der Digitalisierung zu falschen Schlussfolgerungen verleiten könne. Bisherige Studien zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung wiesen zum Teil deutliche Mängel auf. Beispielsweise beruhten sie auf einer verschwindend geringen Stichprobengröße oder lediglich auf der Meinung einiger weniger Experten. Nach Einschätzung von Aretz vollziehen sich Arbeitsmarktentwicklungen auch infolge technischer Diskontinuitäten eher langsam. Blien wies zudem darauf hin, dass das deutsche Ausbildungssystem gut geeignet sei, auf technologische Entwicklungen zu reagieren.

Polarisierung am deutschen Arbeitsmarkt

Der Block „Polarisierung am deutschen Arbeitsmarkt“ nahm vergangene technologische Umbrüche und deren beschäftigungspolitische Auswirkungen in den Blick: Auch zu früheren Zeiten existierten Befürchtungen, dass technischer Wandel den Menschen verdrängen könne (siehe Kasten 3). Diese Befürchtungen stellten sich aber letztendlich immer als übertrieben heraus (Autor, 2015).

Kasten 3: Maschinenstürmer

Schon im Zuge der industriellen Revolution im beginnenden 19. Jahrhundert entwickelten sich Befürchtungen, dass die neuen Maschinen den Menschen die Arbeitsplätze wegnehmen könnten, zu einer ausgeprägten Protestbewegung, den Maschinenstürmern. Auch die so genannten Weberaufstände können dieser Bewegung zugerechnet werden.

Die Maschinenstürmer setzten darauf, neu errichtete Fabriken oder Maschinen zu zerstören, um deren Konkurrenz zu entgehen. Im Gegensatz zu heutigen technischen Entwicklungen waren damals vor allem qualifizierte Arbeitskräfte negativ durch technologische Entwicklungen betroffen, weil für den Betrieb der neuen Fabriken und Maschinen vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten, während die qualifizierten Handwerkskräfte weniger gebraucht wurden.



Die Polarisierungshypothese besagt, dass die Lohn- und/oder Beschäftigungsentwicklung im hohen und im niedrigen Qualifikationsbereich besonders günstig, bei mittleren Qualifikationen besonders ungünstig ausfällt (siehe Kasten 4).

Kasten 4: Polarisierung und Routine-Tätigkeiten

Der so genannten Polarisierungshypothese liegt die Einsicht zugrunde, dass der letzte große Technologieschub (die Computerisierung) vor allem Jobs im mittleren Qualifikationsbereich (Bsp.: Buchhaltung) negativ (vor allem im Hinblick auf Lohn und Beschäftigung) betroffen hat, während Jobs im oberen Qualifikationsbereich (Bsp.: Designer) direkt von der Computernutzung profitieren und Jobs im niedrigen Qualifikationssegment (Bsp.: Kellner) gar nicht oder kaum betroffen sind.

Hintergrund dieser Interpretation sind Analysen, die Tätigkeiten (an Stelle von Berufen) in den Blick nehmen. Diese verweisen darauf, dass Computer insbesondere bei regelbasierten, repetitiven, nicht-manuellen Routinetätigkeiten leistungsfähig sind, während sie bei manuellen, interaktiven Nicht-Routine-Tätigkeiten, auch wenn diese repetitiv sind, deutlich leistungsschwächer sind. Dabei bestimmt die Leistungsfähigkeit bei einer bestimmten Aufgabe maßgeblich, inwieweit Computer die menschliche Arbeitskraft ersetzen können, und damit den Effekt auf Lohn und Beschäftigung.

Für die Vereinigten Staaten und andere Länder ist Polarisation ein gut nachgewiesenes Phänomen. Vor der Jahrtausendwende gibt es dort am unteren und oberen Rand der Qualifikationsverteilung eine auffällig günstigere Entwicklung im Hinblick auf Löhne und Beschäftigung als im mittleren Bereich.



Fitzenberger (Humboldt-Universität zu Berlin) und Blien (IAB) skizzierten die Auswirkungen der technologischen Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre auf die deutsche Lohn- und Beschäftigungsstruktur. Für Deutschland zeigt sich bei der Lohnstruktur keine Polarisierung, sondern eine Spreizung: Je besser die Qualifikation, desto besser entwickelt sich der Lohn. Bei der Beschäftigungsstruktur ergibt sich aus Sicht von Fitzenberger, Blien und dem Koreferenten Lehmer (IAB) ein gemischteres Bild. Lehmer zeigte, dass in den 1980er und 1990er Jahren in Deutschland kaum Polarisierungstendenzen erkennbar waren. Blien wies darauf hin, dass Polarisierung vor allem ein Phänomen der Städte sei.

Insgesamt scheinen die Polarisierungstendenzen in Deutschland weniger stark ausgeprägt als beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Dies ist aber nicht unbedingt als positiv zu werten, denn Polarisierung impliziert im Gegensatz zur Spreizung eine positive Entwicklung von Löhnen bzw. Beschäftigung am unteren Ende der Qualifikationsverteilung. In Deutschland war die Lohnentwicklung bei den gering Qualifizierten unterdurchschnittlich. Im Ergebnis vertrat Fitzenberger die Ansicht, dass die Arbeit zwar nicht „ausgehe“, dass aber unterschiedliche Qualifikationsniveaus von technologischen Entwicklungen unterschiedlich betroffen seien und strukturelle Arbeitslosigkeit aufgrund der

technologischen Entwicklungen in bestimmten Qualifikationssegmenten durchaus möglich sei. Er plädierte dafür, sicherzustellen, dass Berufswechsel gut möglich seien und die Anpassungsfähigkeit des deutschen Berufsausbildungssystems gestärkt werde. Blien wies darauf hin, dass die ungünstige Entwicklung der Löhne und günstige Entwicklung der Beschäftigung am unteren Ende der Qualifikationsstruktur auch mit den Hartz-Reformen zusammenhängen könne und nicht unbedingt auf technologische Entwicklungen zurückgehen müsse.

Gesamtbeschäftigungseffekte des digitalen Wandels

Im letzten Diskussionsblock präsentierten Weber (IAB) und Gregory (Zentrum für Europäischen Wirtschaftsforschung, ZEW) Schätzungen zu den quantitativen Auswirkungen der derzeitigen technologischen Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt. Einen Schwerpunkt bildete die Frage, wie viele Jobs durch digitale Technologien wegfallen und wie viele auf der anderen Seite entstehen könnten und bei welchen Jobs dies geschieht.

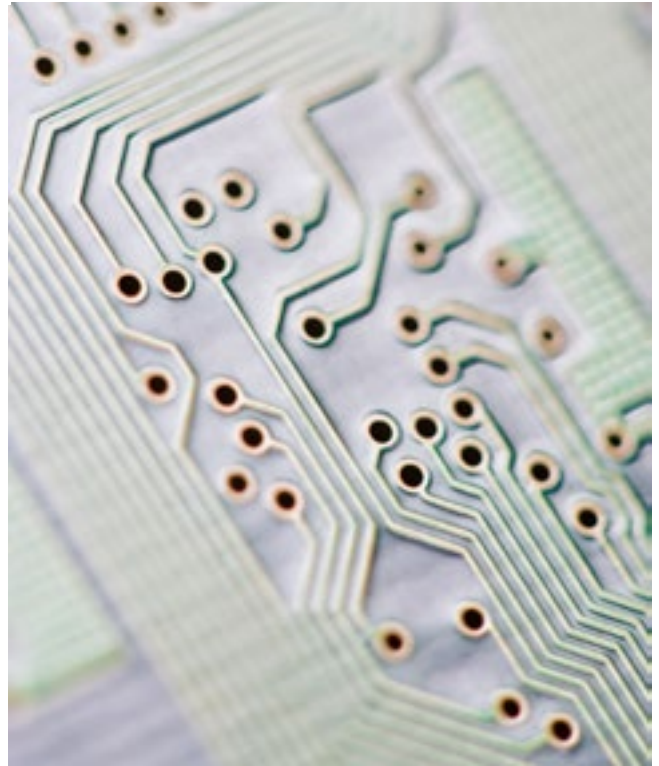
Das IAB (Wolter et al., 2015) nahm dabei die Trends Demografie und Digitalisierung gemeinsam in den Blick und zeigte in einem Industrie 4.0-Szenario¹ innerhalb eines

1 Dabei wird das Industrie 4.0-Szenario dadurch charakterisiert, dass gegenüber einem Referenzszenario einerseits mehr in Sensorik, IT-Dienstleistungen und schnelles Internet investiert wird und dass mehr für Digitalisierung, Beratung und Weiterbildung ausgegeben wird. Andererseits verschiebt sich die Berufsstruktur und steigt die Arbeitsproduktivität. Schließlich sind Nachfragesteigerungen aus dem Ausland und von privaten Haushalten mitberücksichtigt.

makroökonomischen Modells, dass gegenüber einem Szenario ohne Digitalisierung bis 2030 etwa genauso viele neue Jobs entstehen, wie alte Jobs verloren gehen. Darüber hinaus wird der Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungen beschleunigt und die Nachfrage nach höher Qualifizierten wird steigen. Eine verzögerte Digitalisierung würde sich dagegen nach Ansicht der Autoren ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auswirken.

In seinem Koreferat wies Zierahn (ZEW) darauf hin, dass der besondere Wert der IAB-Studie darin liege, dass Anpassungsmechanismen, wie die Schaffung neuer Jobs durch Nachfrageeffekte, berücksichtigt werden könnten. Diese blieben beim Blick auf die Risiken der Digitalisierung häufig unberücksichtigt.

Im Schlussvortrag stellte Gregory eine deutsche Adaption der Studien von Frey und Osborne (2013) für Deutschland vor (Bonin et al., 2015). Die Studie ist für das Ergebnis bekannt, dass 47 Prozent der US-amerikanischen Beschäftigten in Jobs arbeiten, die in den nächsten Jahrzehnten durch Digitalisierung bedroht sind. Die Chancen durch Digitalisierung bleiben darin aber unberücksichtigt. Auch die Tatsache, dass Beschäftigte einer Berufsgruppe sehr unterschiedliche Tätigkeiten ausüben, findet keinen Niederschlag. Für Deutschland zeigen Bonin et al. (2015) auf Basis der Tätigkeiten, dass lediglich zwölf Prozent der Jobs in der kommenden Dekade durch Digitalisierung gefährdet sind und zugleich viele neue Jobs entstehen. Um diese zwölf Prozent richtig zu interpretieren, ist ferner zu beachten, dass bereits aufgrund normaler Beschäftigungsveränderungen jedes Jahr drei Prozent aller Beschäftigten den Beruf wechseln, was nicht zu großer Sorge Anlass gibt. Zu bedenken ist außerdem, dass die Studie von Frey und Osborne auf der subjektiven Einschätzung von Robotikexperten beruht, die eher das technisch machbare als das tatsächlich umgesetzte Potenzial im Auge haben und damit im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten von Robotern tendenziell eher optimistisch sein dürften. Im Koreferat wies Lehmer darauf hin, dass die Einschätzung der Automatisierungswahrscheinlichkeiten auf Basis amerikanischer Berufsdaten erfolgt sei. Eine Studie des IAB (Dengler/Matthes, 2015) komme auf Basis deutscher Berufsdaten aber zu ähnlichen Größenordnungen wie die Studie des ZEW. Auch wurde nochmals betont, dass vermutlich innerhalb von Berufen große Anpassungsbedarfe bestehen, sodass die Anpassung von Ausbildungsordnungen und Studieninhalten sowie Weiterbildung wichtig seien.



Schwarze Schwäne: Es gibt sie, aber sie sind selten!

Im Ergebnis waren sich die Experten des Workshops einig, dass bisherige Erfahrungen mit schnellen technologischen Entwicklungen nicht darauf hinweisen, dass die Arbeit „ausgehe“. Es bleibe aber ein Restrisiko. Darauf hatte auch Sperrmann in seinem Eingangsstatement schon hingewiesen, als er dies mit der Entdeckung von schwarzen Schwänen im 17. Jahrhundert verglich. Die Experten des Workshops prognostizierten höhere Zu- und Abgänge in die/aus der Arbeitslosigkeit durch beschleunigten technologischen Wandel. Die Arbeitsmarktpolitik müsse sich darauf einstellen.

Mit Blick auf das Thema Aus- und Weiterbildung wurde diskutiert, ob in Deutschland eine zu starke Akademisierung stattgefunden habe. Die Berufsorientierung in Gymnasien wurde kritisiert. Insgesamt habe sich die Verzahnung von Theorie und Praxis im dualen System zwar bewährt, es müsse aber darauf geachtet werden, dass die Anpassungsfähigkeit an zukünftige Anforderungen erhalten bleibe. Einig war man sich bei der Einschätzung, dass Weiterbildung und lebenslanges Lernen stärker als bisher institutionalisiert werden müssen.

Literatur

Autor, David (2015): Why are there still so many jobs?
The history and future of workplace automation,
Journal of economic perspectives, 29(3), S. 3 – 30.

Bonin, Holger; Terry, Gregory; Zierahn, Ulrich (2015):
Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf
Deutschland, Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
Mannheim.

Dengler, Katharina; Matthes, Britta (2015): In kaum einem
Beruf ist der Mensch vollständig ersetzbar; IAB-Kurzbericht
24/2015, Nürnberg.

Frey, C.; Osborne, M. A. (2013): The Future of Employment:
How Susceptible are Jobs to Computerization?, University
of Oxford.

Pratt, Gill (2015): Is a cambrian explosion coming for
robotics?, Journal of economic perspectives, 29(3), S. 51 – 60.

Wolter, Marc Ingo; Mönning, Anke; Hummel, Markus;
Schneemann, Christian; Weber, Enzo; Zika, Gerd;
Helmrich, Robert; Maier, Tobias; Neuber-Pohl, Caroline (2015):
Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und
Wirtschaft. Szenario-Rechnungen im Rahmen der
BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen.
IAB-Forschungsbericht, 08/2015, Nürnberg.

Kontakt: Dr. Alfred Garloff
Referat: Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarktes
und der Sozialordnung

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Heterogenes Bild.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich im Jahr 2015 weniger dynamisch als erwartet.¹ Dies lag vor allem an der langsameren Expansion in den Schwellenländern. Die Schwellenländer Asiens waren von der Wachstumsverlangsamung in China betroffen. Rohstoffexportierende Länder wie Russland oder Brasilien wurden durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise belastet. In den Industrieländern war dagegen das Wirtschaftswachstum in den ersten drei Quartalen relativ robust. In den Vereinigten Staaten fiel das Wachstum im dritten Quartal nach dem sehr starken zweiten Quartal etwas geringer aus. Im Euroraum setzte sich die moderate konjunkturelle Erholung im dritten Quartal fort. Die japanische Wirtschaft erholte sich etwas. In China scheint sich die Verlangsamung des Wachstums fortzusetzen. Die Konjunktur in Russland zeigt erste Ansätze einer Stabilisierung.

Im September ist die weltweite Industrieproduktion etwas gestiegen. Dabei kamen die Zuwächse aus den Schwellenländern. Gleichzeitig erhöhte sich der weltweite Composite Einkaufsmanager Index von Markit im November den zweiten Monat in Folge leicht. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima schwächte sich im vierten Quartal dagegen weiter ab. Insgesamt dürfte sich das globale

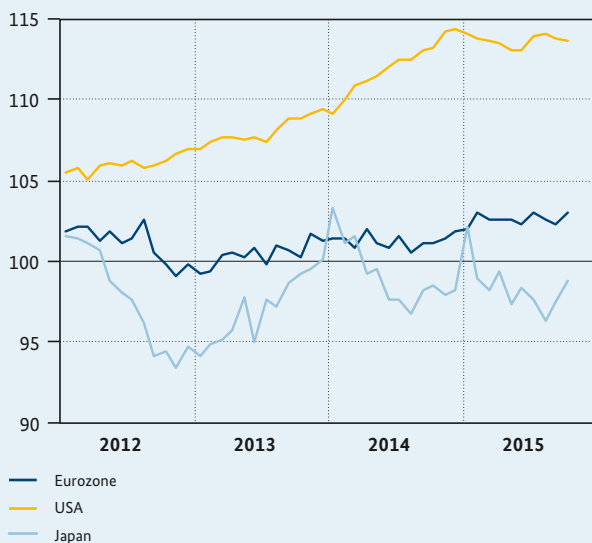
Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf nur wenig und allmählich beschleunigen. Die OECD hat angesichts der globalen Entwicklungen ihre Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2015 im Economic Outlook vom November um 0,2 Prozentpunkte auf 2,9% und für das Jahr 2016 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,3% nach unten korrigiert.

USA: Mit verlangsamtem Wachstum.

Im dritten Quartal 2015 schwächte sich die Wachstumsdynamik der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten erwartungsgemäß etwas ab und blieb nach der zweiten Schätzung mit einem Anstieg von 0,5% hinter der hohen Wachstumsrate des zweiten Quartals (+1,0%) zurück. Die Wachstumsverlangsamung ist auf eine schwächere Entwicklung in nahezu allen Verwendungsbereichen zurückzuführen. Wachstumstreiber bleibt die Nachfrage der privaten Haushalte.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief im zweiten Halbjahr 2015 bisher verhalten. Die Industrieproduktion ging im September und Oktober zurück. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im November zum fünften Mal in Folge gesunken. Der konsolidierte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen nahm im November dagegen etwas zu. Die Verschlechterung der Frühindikatoren für die Industrie wird mit den eingetrübten Geschäftsaussichten der Rohstoffproduzenten in Verbindung gebracht. Der anhaltend starke Dollar dürfte die Exportwirtschaft belasten. Die Beschäftigung nahm im November dagegen weiter deutlich zu. Im Gesamtbild erscheint der Aufschwung in den USA gegenwärtig zwar etwas gebremst. Angesichts der weiter guten Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die Amerikanische Zentralbank Mitte Dezember die Leitzinsen jedoch erstmals wieder geringfügig angehoben. Die OECD bestätigte im aktuellen Economic Outlook vom November ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 in Höhe von 2,4%. Für das Jahr 2016 geht die OECD von einer leichten Beschleunigung auf 2,5% aus.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Dezember 2015 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3
Euroraum	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3
USA	1,1	0,5	0,2	1,0	0,5
Japan	-0,7	0,5	1,1	-0,1	0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Euroraum	10,9	10,8	10,8	10,7	-
USA	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0
Japan	3,3	3,4	3,4	3,1	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Euroraum	0,2	0,1	-0,1	0,1	0,1
USA	0,2	0,2	0,0	0,2	-
Japan	0,3	0,2	0,0	0,3	-

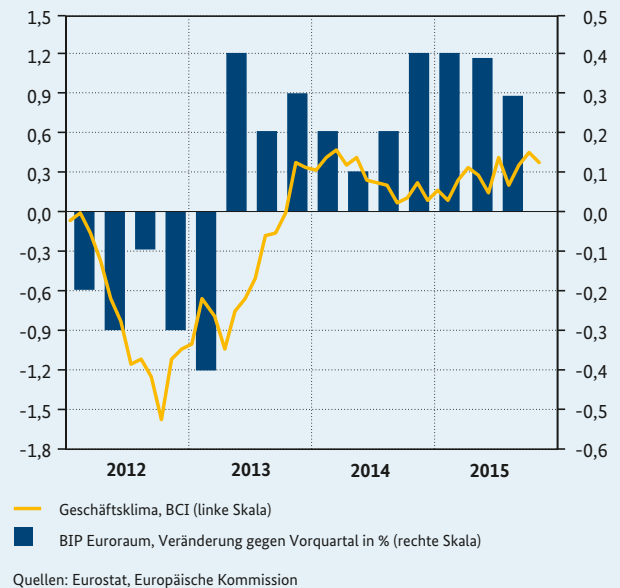
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Schwach Wachstumsdynamik.

Das BIP Japans nahm im dritten Quartal nach der zweiten Schätzung doch um 0,3 % zu. Nach der leichten Abschwächung im zweiten Quartal wurde eine technische Rezession vermieden. Zuvor war die japanische Wirtschaft im Winterhalbjahr 2014/2015 recht kräftig expandiert. Die Aufwärtsrevision im dritten Quartal war auf etwas höhere private Konsumausgaben und einen geringeren Lagerabbau zurückzuführen. Die Industrieproduktion und die Auftragseingänge konnten sich zuletzt erholen, bewegen sich seit Jahresbeginn jedoch sehr volatil seitwärts.

Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich seit Mai oberhalb der Expansionschwelle und stieg im November erneut. Auch die Beschäftigung erhöhte sich im Oktober weiter gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Verbraucherpreise weisen allerdings nach wie vor wenig Dynamik auf. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft ist angesichts der geschwächten Exportnachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere Chinas verhalten. In ihrem Economic Outlook vom November geht die OECD von einem Wirtschaftswachstum von 0,6 % für das Jahr 2015 und 1,0 % für das Jahr 2016 aus. Diese Einschätzung deckt sich mit der des IWF in dessen letztem Update vom Oktober 2015.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzte sich die moderate Erholung fort. Das BIP stieg im dritten Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,3 %, nach einem etwas stärkeren Anstieg um 0,5 % im ersten und 0,4 % im zweiten Quartal. Von den großen Mitgliedstaaten wuchs vor allem die spanische Wirtschaft mit Wachstumsraten von 0,8 % bis 1,0 % zu den vorangegangenen Quartalen dynamisch. Frankreich erzielte ein Wachstum von 0,3 % nach Stagnation im zweiten Quartal und einem sehr guten Jahresstart. In Italien war das Wirtschaftswachstum nach der Rezession mit +0,2 % das dritte Quartal in Folge positiv.

Die Industrieproduktion im Euroraum ist im Oktober wieder angestiegen und hat die Rückgänge von August und September nahezu kompensiert. Der Economic Business Climate Indicator war im November unverändert und liegt aktuell auf dem höchsten Wert seit Juli 2011. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote nahm im Oktober auf 10,7 % ab. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich weiter festigen, was durch den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs unterstützt wird. Die OECD erwartet für das Jahr 2015 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5 %. Für das Jahr 2016 geht sie von einer Beschleunigung auf 1,8 % aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem gemäßigten, aber soliden Aufschwung.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Expansionskurs.² Die Industrie startete positiv in das Jahresschlussquartal und hat begonnen, ihre Schwächephase des dritten Quartals zu überwinden. Die Bauproduktion entwickelte sich nach dem starken Jahresbeginn bisher seitwärts. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist weiter stabil aufwärtsgerichtet. Eine zentrale Rolle für die robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung spielt dabei nach wie vor die anhaltend positive Lage des Arbeitsmarktes. Weitere Stützen der Konjunktur bleiben der niedrige Ölpreis und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Weitere wirtschaftliche Impulse, wenn auch in begrenztem Umfang, gehen von der zusätzlichen Nachfrage durch die Flüchtlingsmigration aus. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland daher auch im Schlussquartal ausgeweitet werden.

2. Produzierendes Gewerbe

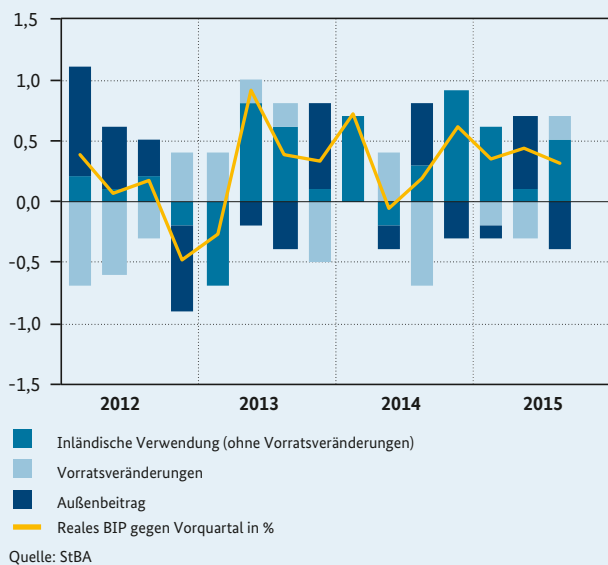
Die Industrie startet leicht positiv ins Schlussquartal.

Das Geschäftsklima im Bau steigt auf Rekordniveau.

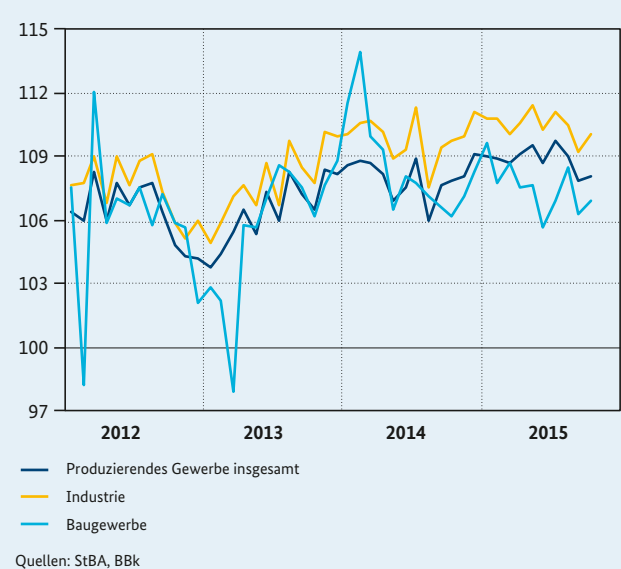
Nach einem Rückgang der Produktion im Produzierenden Gewerbe um 0,3% im dritten Quartal gab es im Oktober erste Signale für eine Überwindung der Schwächephase. Die Erzeugung stieg im Oktober leicht um 0,2% gegenüber dem Vormonat an. Die spürbaren Produktionssteigerungen in der Industrie und im Baugewerbe überkompensierten den starken Rückgang der Energieproduktion. Das Geschäftsklima des ifo Konjunkturtests in der gewerblichen Wirtschaft hellte sich zuletzt ebenfalls auf.

Die Industrieproduktion ist positiv ins vierte Quartal gestartet und nahm nach zweimaligem Rückgang im Oktober wieder spürbar um 0,7% zu. Für den Zuwachs war die gute Entwicklung bei den Investitionsgütern verantwortlich (+2,7%). Hier konnten die Kfz-Produktion und der Maschi-

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



nenbau nach mehrmonatigen Rückgängen ein deutliches Produktionsplus verzeichnen (jeweils +3,5%). Bei den Vorleistungsgütern (-1,1%) und Konsumgütern (-0,1%) war das Produktionsergebnis jedoch rückläufig. Im Dreimonatsvergleich lag das Produktionsvolumen in der Industrie weiterhin 0,9% unter dem der Vorperiode.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

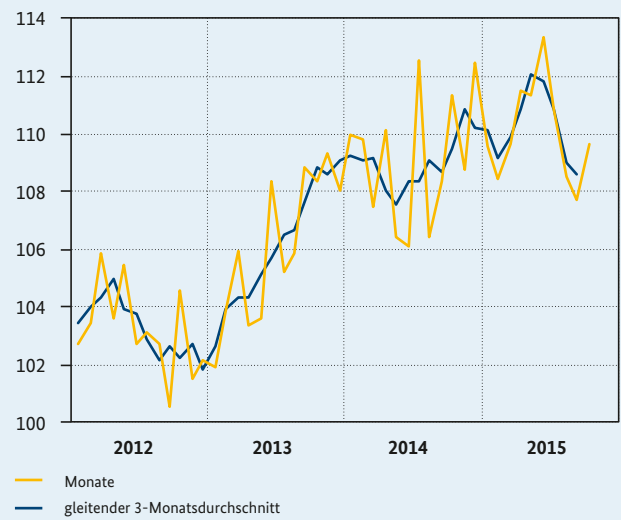
	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Produktion					
Insgesamt	0,2	-0,5	-0,6	-1,1	0,7
Vorleistungsgüter	-0,3	-0,7	0,4	0,1	-1,1
Investitionsgüter	0,4	-0,1	-1,8	-1,2	2,7
Konsumgüter	0,9	-1,0	-0,2	-3,4	-0,1
Umsätze					
Insgesamt	0,8	-0,6	-0,9	-1,3	2,1
Inland	0,1	-0,6	-0,6	-1,2	2,8
Ausland	1,5	-0,6	-1,3	-1,4	1,6
Auftragseingänge					
Insgesamt	2,6	-2,7	-2,1	-0,7	1,8
Inland	-0,7	0,3	-2,4	-0,4	1,7
Ausland	5,1	-4,8	-1,7	-1,1	1,8
Vorleistungsgüter	0,2	-1,1	-0,3	0,2	0,1
Investitionsgüter	4,1	-3,6	-3,5	-1,5	2,7
Konsumgüter	2,8	-3,3	-0,2	-0,7	3,8

Quellen: StBA, BBk

Die Umsätze fielen im Oktober ebenfalls wieder günstiger aus. Auch hier waren die Investitionsgüterproduzenten die größten Impulsgeber. Insgesamt konnte die Industrie steigende Umsätze sowohl im Inland als auch im Nicht-Euroraum verzeichnen. Im Dreimonatsvergleich blieben die Industriumsätze aber noch leicht rückläufig.

Nach dreimaligem Rückgang gingen im Oktober wieder mehr Aufträge bei den Industrieunternehmen ein. Über alle Güterbereiche hinweg nahm die Bestelltätigkeit zu. Insgesamt konnte sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland ein Auftragsplus erzielt werden. Insbesondere die Bestelltätigkeit aus dem Nicht-Euroraum hatte sich im dritten Vierteljahr empfindlich abgeschwächt. Die hiervon betroffene Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen zog nach drei schwachen Monaten wieder kräftig an (Oktober: +9,7%). Auch hier entwickelten sich die Aufträge aus dem In- und Ausland gleichermaßen positiv.

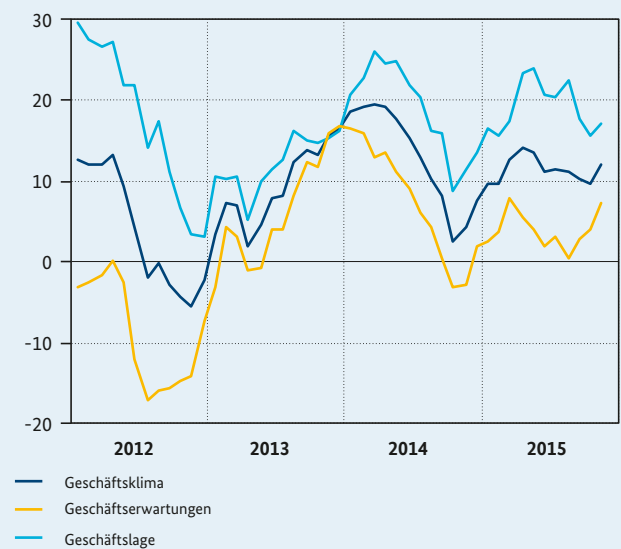
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Reichweite der Auftragsbestände in der Industrie nahm im Oktober erneut leicht ab, u. a. im Bereich Kfz, Werkzeugmaschinenbau und Metallerzeugung. Der Auftragsbestand der gesamten Industrie ist – bei tendenziell sinkenden Abständen – höher als vor Jahresfrist, von wenigen Bereichen wie der Metallerzeugung abgesehen.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe hellte sich nach drei Rückgängen in Folge wieder auf. Im November lag das Geschäftsklima mit 12,1 Punkten weiterhin sehr deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 2,7 Saldenpunkten. Zusammen mit der wieder verbesserten Nachfrageentwicklung begründet dies einen positiven Ausblick auf das vierte Quartal.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Insgesamt	-1,6	0,3	1,4	-2,0	0,7
Bauhauptgewerbe	-0,7	-0,7	-0,2	1,1	2,0
Ausbaugewerbe	-2,7	1,3	3,1	-5,5	-0,8

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	-4,6	0,2	-1,0	0,0	7,2
Hochbau	-2,8	3,0	2,4	-3,1	12,5
Wohnungsbau*	-4,9	11,5	13,3	-10,6	23,0
Gewerblicher*	0,4	-3,2	-6,9	1,9	8,9
Öffentlicher*	-7,4	-0,7	3,1	5,7	-7,4
Tiefbau	-6,7	-3,1	-5,0	3,8	1,3
Straßenbau*	-6,1	1,2	-4,6	11,4	-3,9
Gewerblicher*	-5,5	-4,3	1,9	-0,2	-0,8
Öffentlicher*	-9,1	-7,1	-13,9	-1,7	13,0
Öffentlicher Bau insg.	-7,4	-2,0	-6,5	6,0	0,6

Quellen: StBA, BBk

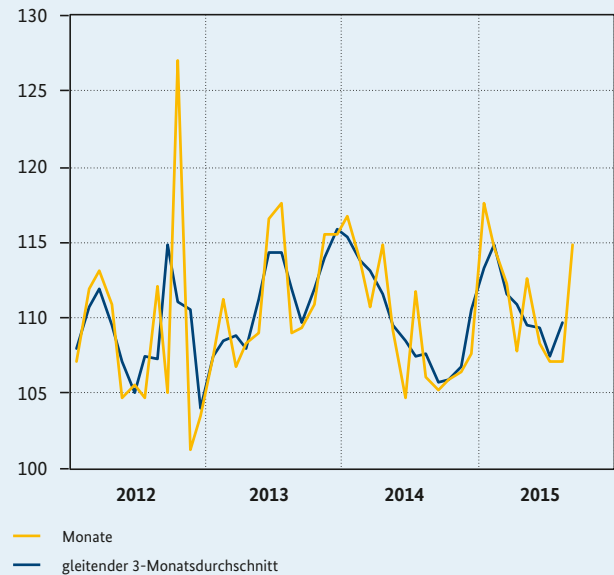
* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauproduktion hat im Oktober wieder etwas zugenommen. Im dritten Quartal hatte die Baubranche trotz des Rückgangs im September ein leicht positives Ergebnis verzeichnen können. Die Impulse gingen im Oktober vom Bauhauptgewerbe aus. Die Erzeugung wurde sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau ausgeweitet.

Im Berichtsmontat September stiegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe kräftig an. Eine zunehmende Auftragsvergabe wurde vor allem im Wohnungsbau registriert. Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude blieb im Trend merklich aufwärtsgerichtet.

Die Stimmung in den Bauunternehmen hat sich gemäß des ifo Konjunkturtests in den letzten Monaten deutlich verbessert. Nach einem weiteren kräftigen Anstieg im November stieg der Klimaindex für das Bauhauptgewerbe auf den höch-

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

ten Wert seit der Wiedervereinigung. Insbesondere die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate zeigen steil nach oben. Das niedrige Zinsumfeld, die positiven Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen für eine absehbar sehr günstige Entwicklung insbesondere des Wohnungsbau. Der im Zuge der Flüchtlingsmigration deutlich angestiegene Wohnraumbedarf dürfte hier ebenfalls eine Rolle spielen. Insgesamt wird daher eine spürbare Belebung der in den Sommermonaten etwas zurückhaltenden Bauproduktion erwartet.

3. Privater Konsum

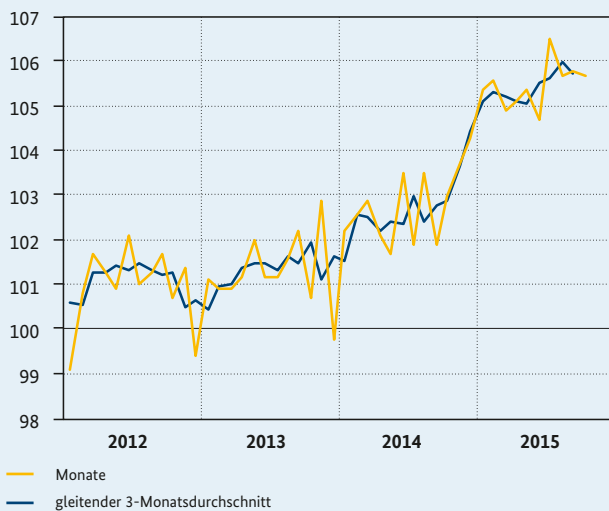
Der private Konsum legte im dritten Quartal kräftig zu.

Die Stimmung im Einzelhandel und unter den Verbrauchern bewegt sich auf hohem Niveau.

Der private Konsum wurde im dritten Quartal wieder kräftig ausgeweitet. Das Statistische Bundesamt meldete einen Anstieg der privaten Konsumausgaben um preisbereinigt 0,6%. Grundlage war ein spürbarer Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die im dritten Quartal bei praktisch unverändertem Preisniveau um 0,9% gestiegen waren.

Die Umsätze im Einzelhandel befinden sich auf einem hohen Niveau, sind zuletzt aber nicht mehr gestiegen. Im Oktober gingen die Erlöse um 0,1% zurück. Dagegen wurden die Umsätze im Kfz-Handel nach einem schwachen Vormonat im September um 0,5% ausgeweitet. Gleichwohl hat sich der langanhaltende, starke Aufwärtstrend bei den Kfz-Umsätzen seit dem letzten Sommer nicht fortgesetzt. Auch die Zahl der privaten Kfz-Neuzulassungen bewegt sich in der Tendenz eher seitwärts.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

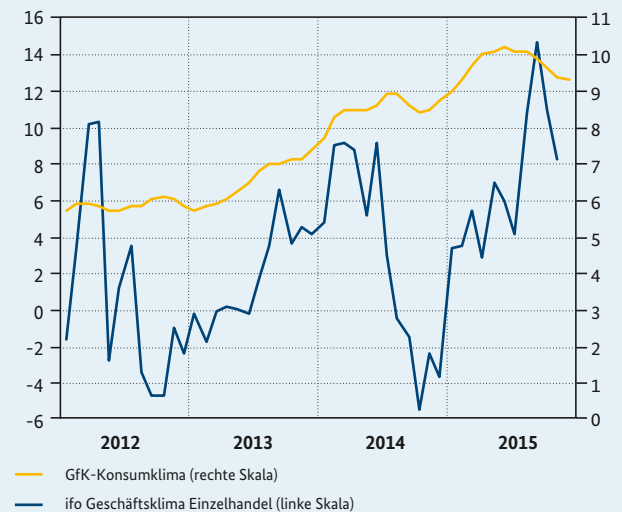


Quellen: StBA, BBk

Die Stimmung unter den Einzelhändlern ist weiterhin gut. Nachdem das vom ifo Institut erhobene Geschäftsklima im September seinen höchsten Wert seit über vier Jahren erreichte, haben sich die Umfragewerte im Oktober und November wieder etwas eingetrübt. Auch das GfK-Konsumklima der Verbraucher befindet sich trotz der jüngsten Eintrübung auf einem hohen Niveau.

Angesichts der positiven Beschäftigungsentwicklung und den damit verbundenen Einkommenszuwächsen dürften die privaten Konsumausgaben auch in den kommenden Monaten eine Stütze der Konjunktur bleiben. Zudem sind positive Nachfrageimpulse durch die aktuelle Flüchtlingsmigration zu erwarten.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

Gegenwärtig liefert der Außenhandel keine rechnerischen Wachstumsimpulse.

Die Exportaussichten bleiben zurückhaltend.

Angesichts der schwachen Dynamik des Welthandels und der Weltwirtschaft nahm auch die Aufwärtsdynamik des deutschen Außenhandels ab.³ Im Oktober 2015 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 123,3 Mrd. Euro ausgeführt. Dies waren 2,3% mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gegenüber dem Vormonat sind die Ausfuhren insgesamt jedoch saisonbereinigt um 1,7% gefallen, nach einem leichten Anstieg von 0,3% im dritten Quartal. Die Ausfuhrpreise nahmen auch im Oktober ab, sodass bei Fortsetzung der Entwicklung preisbereinigt ein etwas günstigeres Ergebnis zu verzeichnen sein dürfte. Im bisherigen Jahresverlauf bis einschließlich September entwickelten sich die Ausfuhren an Waren in Länder außerhalb der Eurozone etwas dynamischer (+8,0%) als die Ausfuhren in die Eurozone (+5,4%). Deutlich rückläufig waren die Exporte nach Russland (-27,9%). Die Ausfuhren nach China schwächten sich um 2,6% ab.

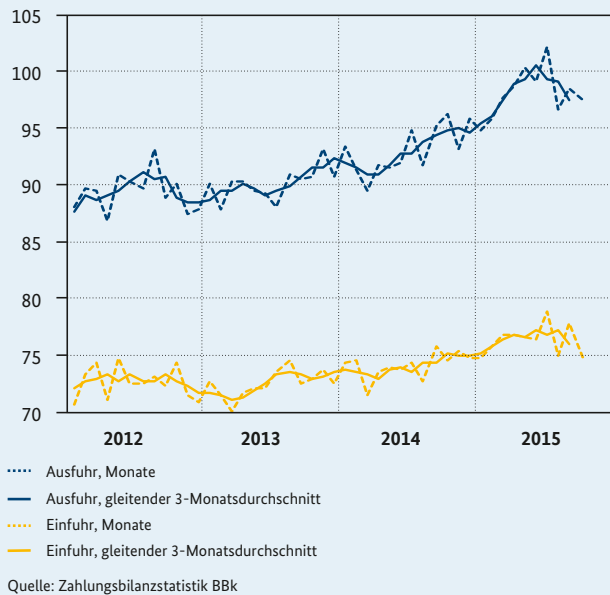
Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen verringerten sich in jeweiligen Preisen im Oktober saisonbereinigt um 4,5%. Die Einfuhrpreise gingen auch im Oktober um 0,3% zurück. Daher dürften die Wareneinfuhren in preisbereinigter Rechnung etwas weniger stark gefallen sein.

In jeweiligen Preisen ergab sich im Oktober beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein Überschuss von saisonbereinigt 19,8 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 22,7 Mrd. Euro. Für das Jahr 2015 kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Ursprungszahlen bis Oktober auf 199,5 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+18,2%) ist maßgeblich auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Die Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine zaghafte Verbesserung der Exportentwicklung im vierten Quartal 2015 hin. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im Oktober leicht erholt. Die Auslandsumsätze haben sich zuletzt ebenfalls gesteigert. Auch die ifo-Export-erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich im November etwas verbessert.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



5. Arbeitsmarkt

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich, unterstützt durch den moderaten wirtschaftlichen Aufschwung, weiterhin positiv. Die Erwerbstätigkeit nahm im Oktober saisonbereinigt erneut deutlich zu. Die Arbeitslosigkeit ging im November saisonbereinigt ebenso wie die Unterbeschäftigung weiter

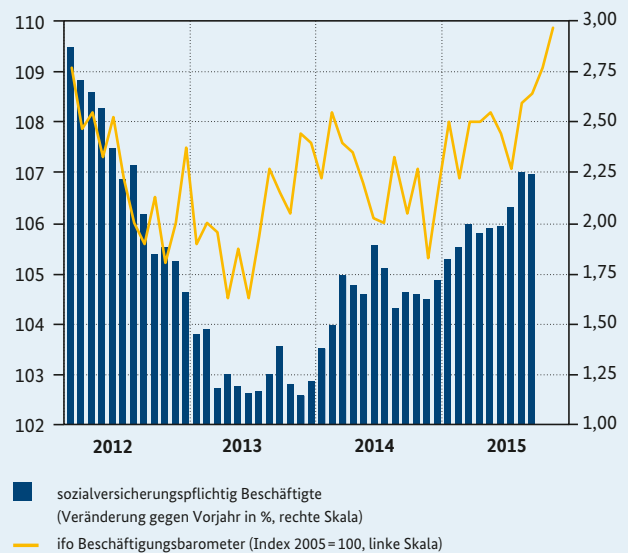
Außenhandel*

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	3,2	0,3	-4,8	2,1	-1,7
Einfuhr	1,5	1,3	-4,3	4,2	-4,5
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	9,1	5,8	5,9	4,3	3,3
Eurozone	7,4	6,2	3,8	6,9	5,8
EU Nicht-Eurozone	10,9	8,0	7,4	8,0	7,4
Drittländer	9,6	4,3	7,0	0,3	-0,9
Einfuhr	4,8	5,1	4,5	4,0	3,0
Eurozone	4,1	5,9	3,4	6,5	2,4
EU Nicht-Eurozone	6,3	7,7	8,7	7,2	5,3
Drittländer	4,9	2,7	3,4	-1,0	2,3

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

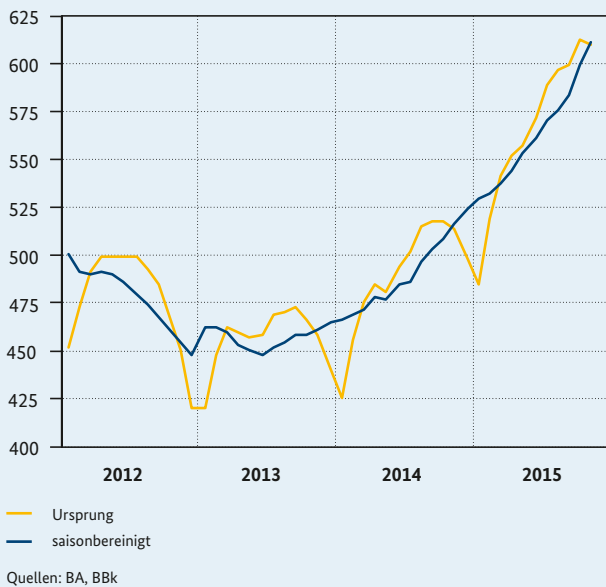
ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



zurück. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiterhin zu. All das spricht für eine Fortsetzung der günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

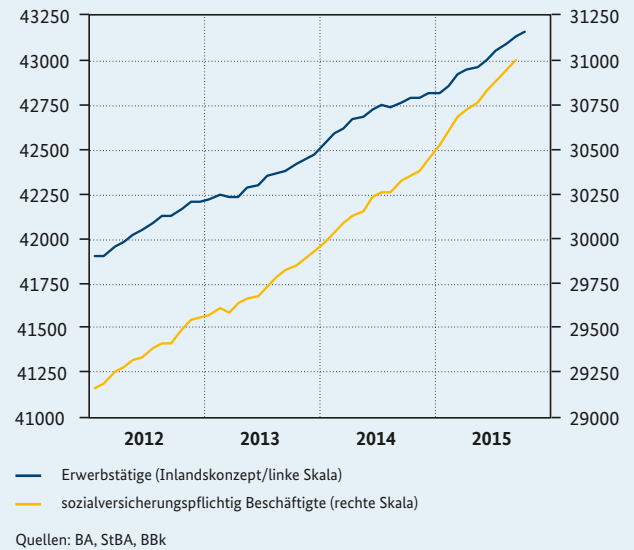
Die Frühindikatoren senden weiterhin günstige Signale. Der Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers seit dem Sommer setzte sich fort. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert, dass die Arbeitsagenturen einen geringfügigen Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit über die nächsten drei Monate erwarten. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, stieg auf ein neues Höchstniveau.

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich im Oktober der positive Trend fort. Im Monatsverlauf erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt um 27.000 Personen. Der Zuwachs war geringer als in den Vormonaten. Den Ursprungszahlen zufolge wurden im Inland 43,5 Mio. Erwerbstätige gezählt, somit 385.000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Der Anstieg bei der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf die gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Sie nahm im September saisonbereinigt um 60.000 Personen zu. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Zuwachs von 688.000 Beschäftigten (Ursprungszahl).

Diese Zuwächse verteilten sich auf nahezu alle Branchen. Den absolut stärksten Anstieg an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verbuchten im Vorjahresvergleich Stand September die Dienstleistungsbereiche Pflege und Soziales (+90.000 Personen), der Handel (+80.000 Personen), die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+74.000) und die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+70.000).

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit haben gegenüber dem Vorjahr überwiegend abgenommen. Die Zahl der Selbständigen ist im dritten Quartal 2015 weiter deutlich auf 4,31 Mio. Personen gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren im Oktober 88.000 ALG-II-Empfänger beschäftigt, 17% weniger als im vor einem Jahr. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat sich ersten Hochrechnungen zufolge auf 4,82 Mio. Personen im September verringert (-194.000). Insgesamt 2,56 Mio. Personen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, 66.000 mehr als vor einem Jahr.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,772	2,759	2,708	2,649	2,633
gg. Vorjahr in 1.000	-114	-102	-100	-83	-84
gg. Vorperiode in 1.000*	-26	2	1	-7	-13
Arbeitslosenquote	6,3	6,3	6,2	6,0	6,0

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio.	42,9	43,2	43,2	43,4	43,5
gg. Vorjahr in 1.000	276	343	346	381	385
gg. Vorperiode in 1.000*	105	119	38	51	27

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

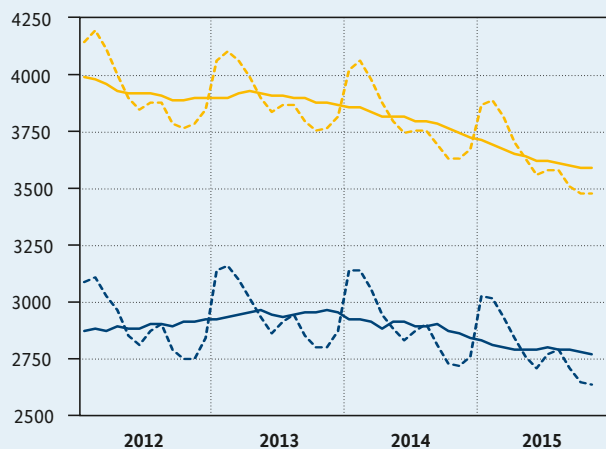
	2.Q.	3.Q.	Juli	Aug.	Sep.
in Mio.	30,7	31,0	30,7	31,0	31,4
gg. Vorjahr in 1.000	330	319	625	682	688
gg. Vorperiode in 1.000*	165	174	55	57	60

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im November saisonbereinigt um 13.000 Personen, nach einem Rückgang um 6.000 im Vormonat. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,633 Mio. Personen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im November auf 1,01 Mio. Personen gesunken, 28.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



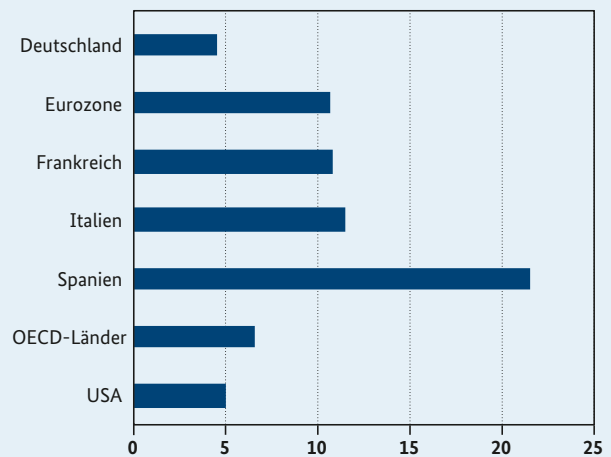
..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung
 — Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt
 Arbeitslose, Ursprung
 — Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im Oktober weiterhin 4,5 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Oktober 2015)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, betrug im November wie im Oktober 3,48 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging sie um 154.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 8.000 Personen ab; die günstige Entwicklung der Vormonate setzte sich somit fort.

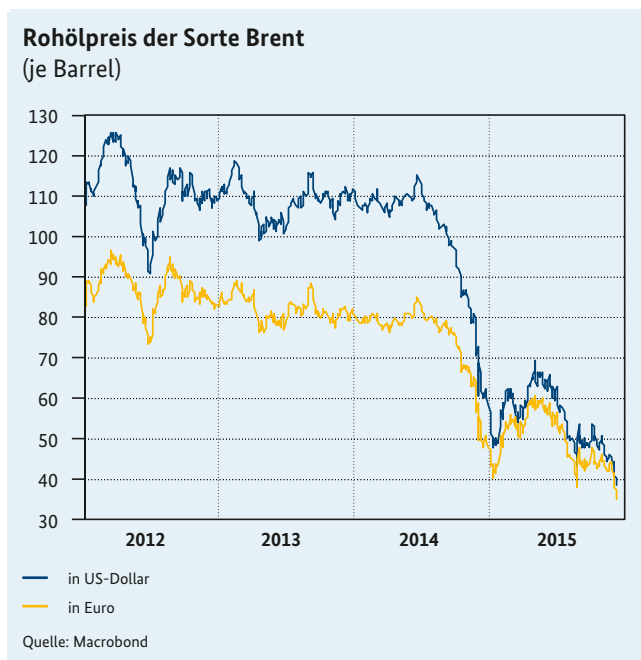
6. Preise

Der Rohölpreis erreicht Mitte Dezember 2015 den tiefsten Stand seit fast sieben Jahren.

Die Verbraucherpreise ziehen im November nur geringfügig an.

Die Preisentwicklung in Deutschland verlief in der zweiten Jahreshälfte 2015 in sehr ruhigen Bahnen. Das Verbraucherpreisniveau blieb nahezu konstant. Dabei wurden leichte Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen durch anhaltend sinkende Energiepreise kompensiert.

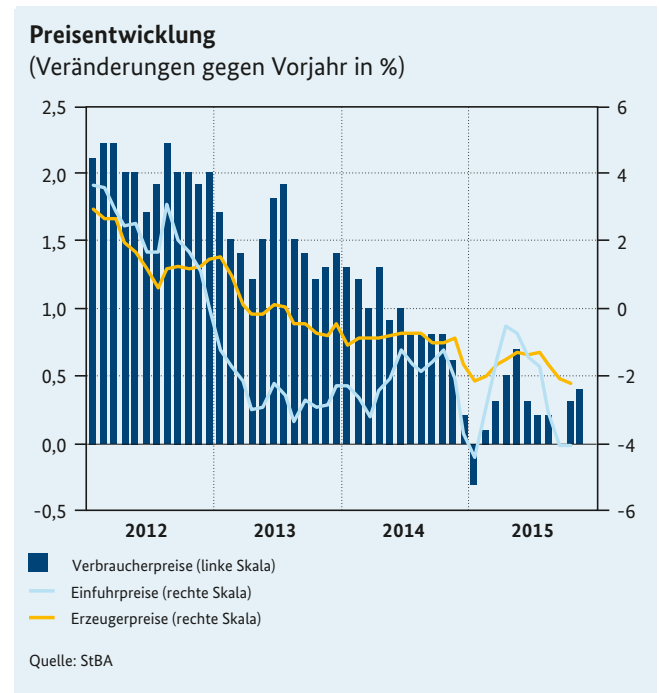
Der Rohölpreis setzte zum Jahresende 2015 seinen Abwärtstrend fort. Mitte Dezember fiel er erstmals seit Februar 2009 wieder unter die Marke von 40 US-Dollar je Barrel. Seit Jahresanfang 2015 ist der Ölpreis in Euro gerechnet damit um etwa ein Viertel gesunken. Im Verlauf des Jahres 2016 ist mit einem sich spürbar verstärkenden Preisanstieg zu rechnen, da die dämpfenden Effekte des Rohölpreistrückgangs allmählich auslaufen. Die Bundesbank rechnet in ihrer aktuellen Dezemberprognose mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland von 0,2% im Jahr 2015, der sich im Jahr 2016 auf 1,1% und im Jahr 2017 auf 2,0% erhöht.



Die Einfuhrpreise gingen im Oktober gegenüber dem Vormonat bereits den sechsten Monat in Folge zurück (-0,3%). Vor allem Rohstoffe und Halbwaren sowie Vorerzeugnisse konnten im Zuge der gedämpften Weltwirtschaftsentwicklung günstiger importiert werden. Die seit Juni 2014 rückläufigen Preise für Erdöl und Erdgas verbilligten sich weiter, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Monaten zuvor. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren die Einfuhrpreise um 4,1% günstiger. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente lagen die Preise für Importwaren dagegen um 0,3% über dem Vorjahresniveau.

Die Ausführpreise reduzierten sich im Oktober gegenüber dem Vormonat den dritten Monat in Folge. Sie fielen leicht um 0,2%. Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Export-

teure ihre Preise um 0,2% erhöhen. Preiserhöhungen gab es im Vorjahresvergleich in erster Linie bei Investitionsgütern. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich im Oktober mit +4,4% gegenüber dem Vorjahreswert etwas weniger stark als zuvor.



Die industriellen Erzeugerpreise sanken von September auf Oktober um 0,4%. Während die Preise der Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterproduzenten stabil blieben, gaben die Preise der Energie-, Verbrauchsgüter- und Vorleistungs-güterproduzenten nach. Mineralölerzeugnisse verbilligten sich den fünften Monat in Folge. Auf Jahressicht verringerten sich die Preise für Industrieprodukte um 2,3%. Ausschlaggebend blieb die rückläufige Entwicklung der Energiepreise. Moderate Preiserhöhungen binnen Jahresfrist gab es lediglich bei Verbrauchs- und Investitionsgütern.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im November nach einer Stagnation im Vormonat geringfügig um 0,1%. Die Energiepreise sowie die Preise für Nahrungsmittel verteuerten sich etwas. Bei Bekleidung und Schuhen gab es dagegen erste Preissenkungen. Die jährliche Teuerungsrate stieg im November um 0,1 Prozentpunkte auf 0,4%. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Preise für Nahrungsmittel und nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns auch die Preise für Dienstleistungen. Etwas weniger stark dämpfend als in den Vor-

monaten wirkte der Rückgang der Energiepreise (-7,5%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) war im Vorjahresvergleich mit einer Preissteigerung von 1,2% etwas geringer als im Oktober.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Insgesamt	0,0	0,1	0,3	0,4
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,1	0,0	1,4	1,2
Nahrungsmittel	0,5	0,2	1,6	2,3
Bekleidung und Schuhe	0,4	-0,9	2,0	1,4
Energie	-0,8	0,1	-8,6	-7,5
Haushaltsenergie	-0,4	-0,1	-6,5	-6,3
Strom	-0,1	-0,1	-1,1	-1,2
Gas	0,0	0,0	-1,9	-1,7
Heizöl	-1,4	0,3	-24,5	-23,0
Kraftstoffe	-1,6	0,7	-13,1	-9,9
Dienstleistungen	-0,1	0,2	1,2	1,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBk

7. Monetäre Entwicklung

Perspektive auf weitere Zinserhöhungen in den USA.

Niedrigere Einlagezinsen in Europa.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05%. Die Einlagenfazilität wurde auf -0,30% abgesenkt. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis März 2017 fortgesetzt werden. Vor den traditionell schwächeren Umsätzen zum Jahresende hat die EZB in den letzten Wochen verstärkt Staatsanleihen erworben. Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit vergangem Dezember von 2,03 auf 2,71 Bio. Euro ausgeweitet.

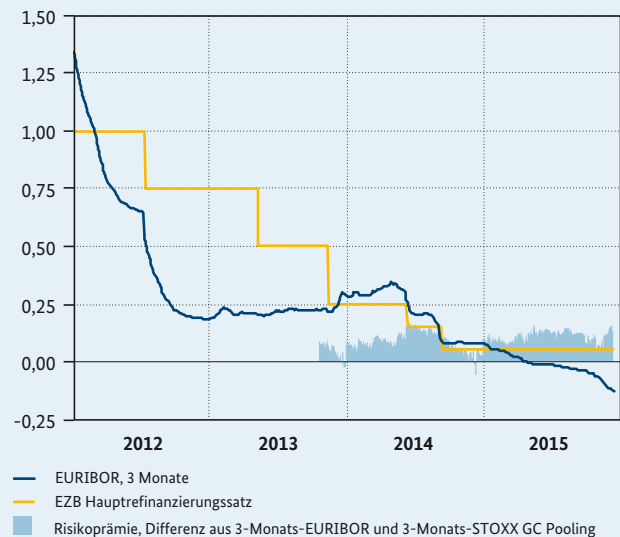
EZB Bilanzsumme (in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25%. Angesichts der weiter positiven Arbeitsmarktdaten und im Hinblick auf eine Gewährleistung der Preisstabilität hat die FED den Leitzins mit Entscheidung vom 16. Dezember um einen viertel Prozentpunkt auf 0,25 bis 0,50% angehoben. Außerdem wurden weitere, allmähliche Zinsanpassungen in Aussicht gestellt. Die amerikanische Geldpolitik ist damit auf dem Weg der Normalisierung, bleibt aber expansiv ausgerichtet. Die Kapitalmärkte haben dies weltweit positiv aufge-

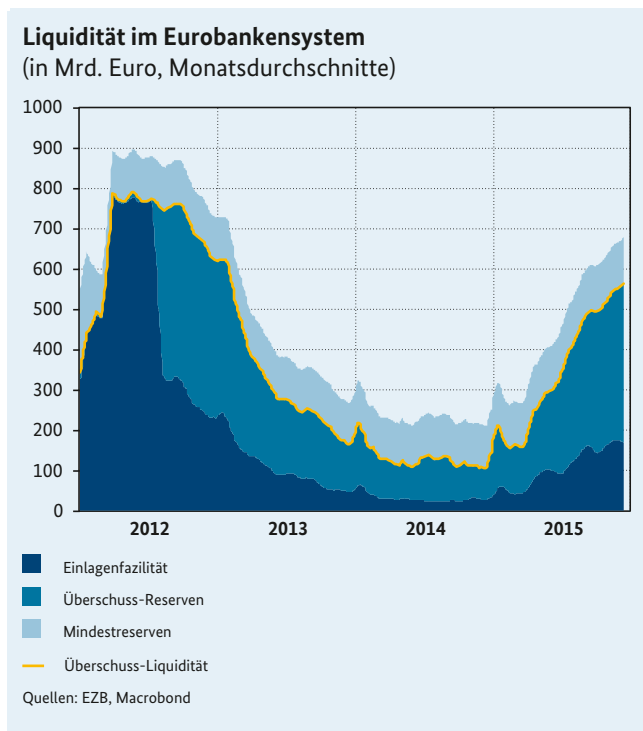
Geldmarktsätze in der Eurozone (in %)



Quelle: Macrobond

nommen. Im Vorfeld der erwarteten Zinserhöhung hatten die Anleihen amerikanischer Unternehmen mit geringer Bonität Kursverluste erlitten. Im Umfeld allgemein steigender Zinsen verlieren riskantere Anleihen an Attraktivität. Internationale Institutionen und Vertreter von Schwellenländern warnen vor den weltwirtschaftlichen Konsequenzen einer Zinserhöhungsphase in den Vereinigten Staaten. Die chinesische Zentralbank hat angesichts der konjunkturellen Verlangsamung im Oktober den Leitzins für einjährige Kredite von 1,75 % auf 1,5 % gesenkt.

Die Absenkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität durch die EZB zeigt sich auch am Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins liegt nahe -0,3%. Der unbesicherte Interbankenzins liegt etwas höher bei -0,12%. Trotz der negativen Einlagezinsen steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im Oktober bei 551 Mrd. Euro.

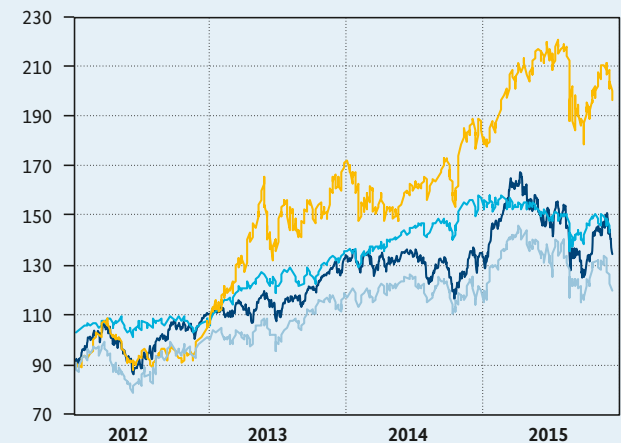


Der Euro hat in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar etwas aufgewertet und liegt Mitte Dezember bei 1,10 US-Dollar, 2,5 % höher als vor einem Monat. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat⁴ um

1,6% auf. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Gegenüber dem Euro hat der Yuan um 3,2% im Vergleich zum Vormonat abgewertet. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern lag im November 1,7% niedriger und damit günstiger als vor einem Jahr.

Aktienindizes

(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)

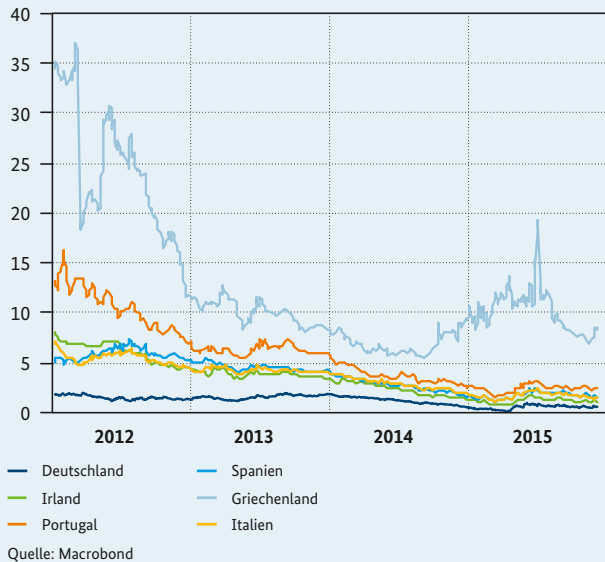


- Deutschland Dax 30
- Eurozone STOXX 50
- US Dow Jones
- Japan Nikkei 225

Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07 % erreicht. Im Juni erzielten die zehnjährigen Bundesanleihen ein Zinsniveau von bis zu 1,0%. Im Zuge fallender Ölpreise, sinkender Inflationserwartungen und der Ankündigung über eine Ausweitung des Anleihekaufprogramms der EZB liegen die Renditen wieder nahe 0,6%. Andere Staaten aus dem Euroraum mussten höhere Zinsen für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten. Die Rendite zehnjähriger Anleihen betrug für portugiesische Anleihen 2,4%, für spanische und italienische 1,6%. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen im Euroraum gingen gegenüber dem Vormonat leicht zurück.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)

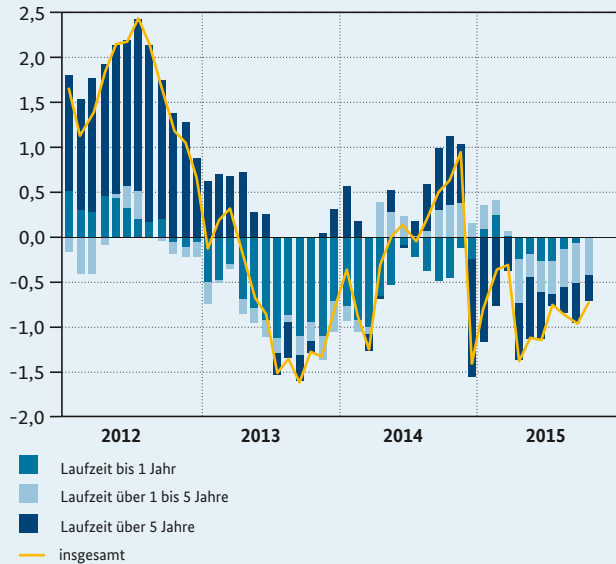


Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Oktober 0,7% unter dem Niveau des Vorjahres. Mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,5% zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,7%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich erholen. Im Oktober war das Kreditvolumen für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften 0,6% höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,2%. Im aktuellen Bank Lending Survey der EZB gehen die befragten Banken von einer weiter steigenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,5 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,5 Prozentpunkten. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten auch leichter Zugang zu Krediten. In einer Befragung der EZB teilten nur 11% der befragten Firmen mit, dass sie Schwierigkeiten beim Kreditzugang hätten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Seit April 2014 steigt die Geldmenge M3 des Euroraums im Dreimonatsdurchschnitt kontinuierlich an. Die Jahresrate liegt nun im September bei 5,1%. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand Oktober angesichts des EAPP der EZB um 11,8% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

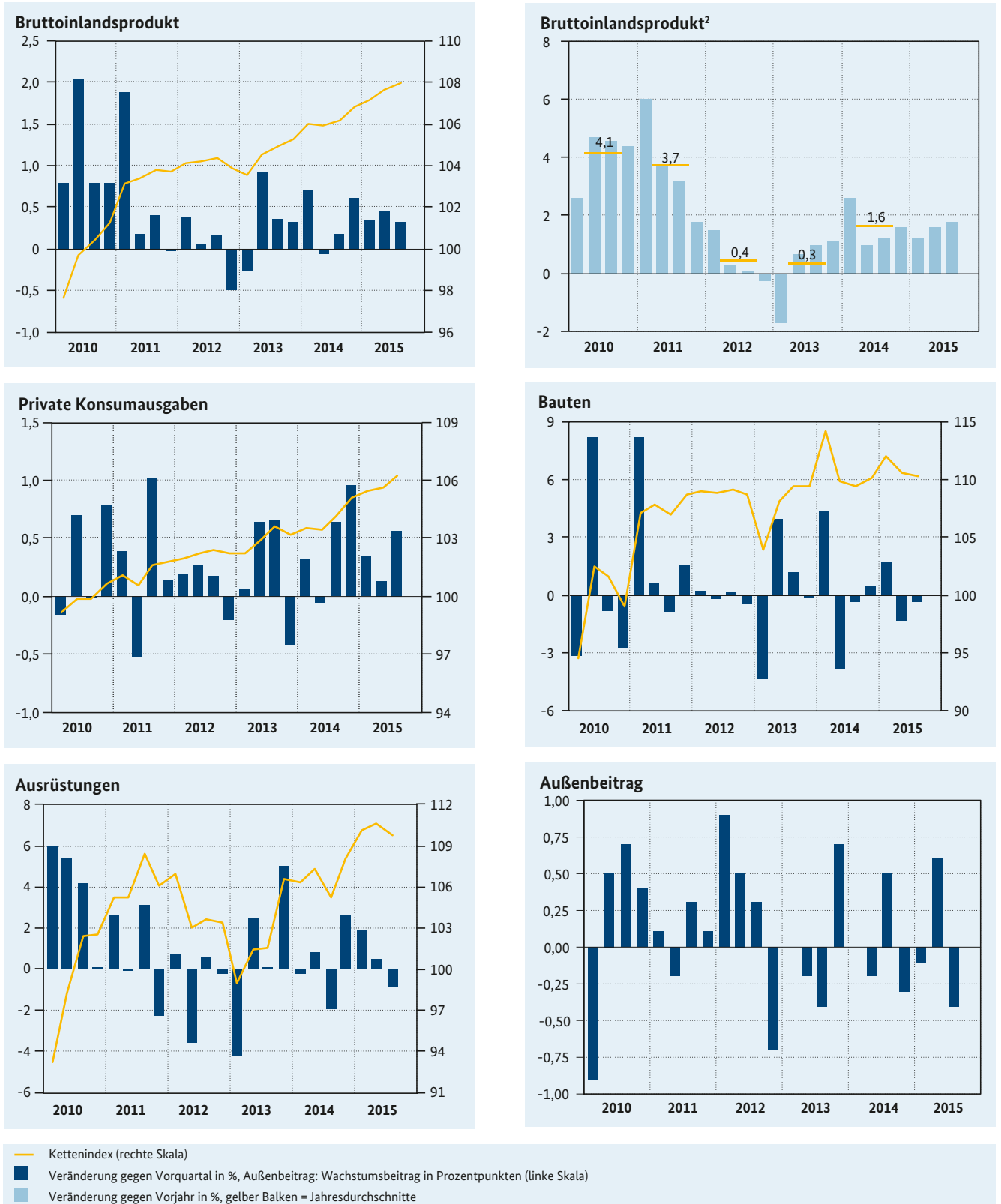
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013			2014				2015			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 3,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4	- 0,3
Ausrüstungen	- 4,2	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,5	- 0,8
Bauten	- 4,4	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	- 0,3
Sonstige Anlagen	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
Exporte	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2
Importe	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,1
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,1
Ausrüstungen	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1
Bauten	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Außenbeitrag	0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,4

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2014		2015		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	0,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,9
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,2
Ausrüstungen	-22,2	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,4	+ 4,2
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	0,0	+ 1,1	- 1,8	+ 0,7	+ 0,8
Sonstige Anlagen	+ 0,5	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,1
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 2,4	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013			2014				2015			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1
Baugewerbe	- 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,3	- 1,0	- 0,7
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 2,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,5	- 0,6
Unternehmensdienstleister	0,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	- 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,4	+ 0,2

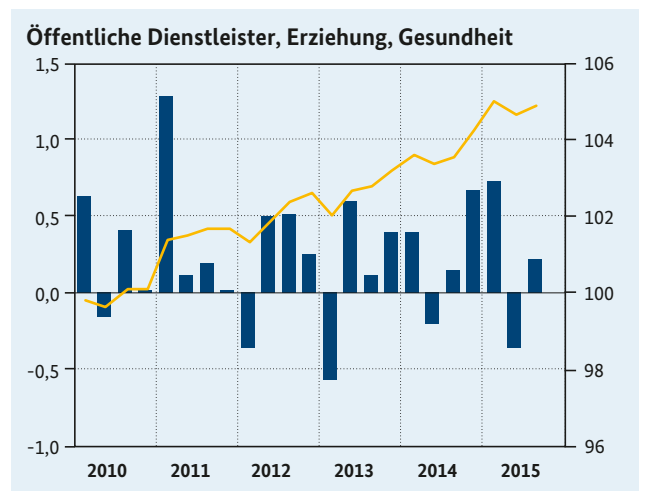
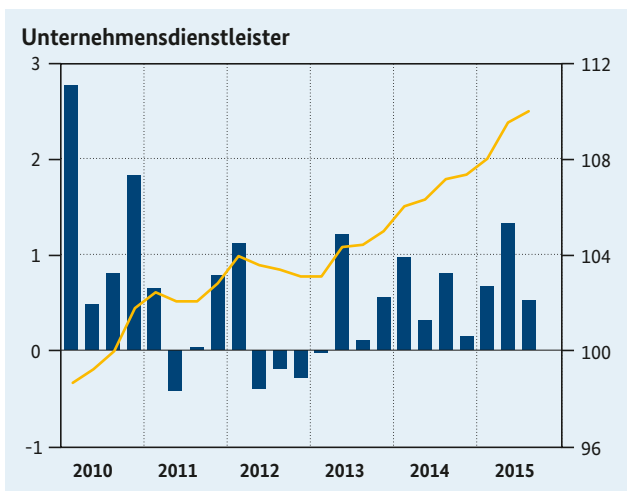
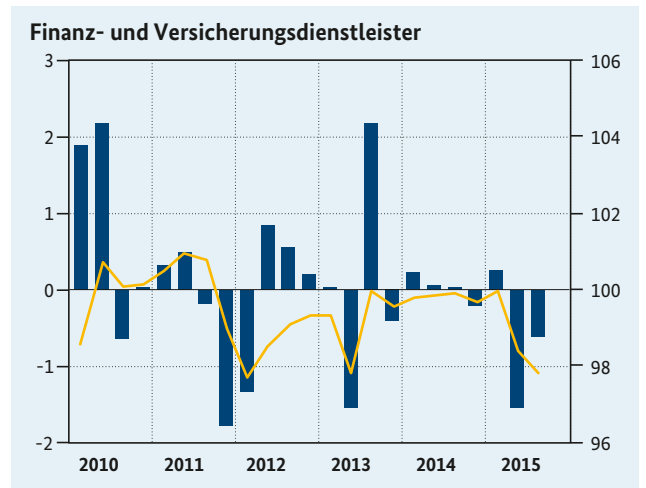
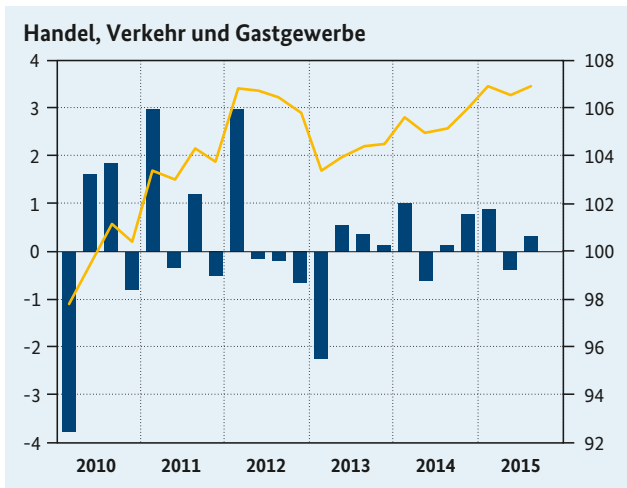
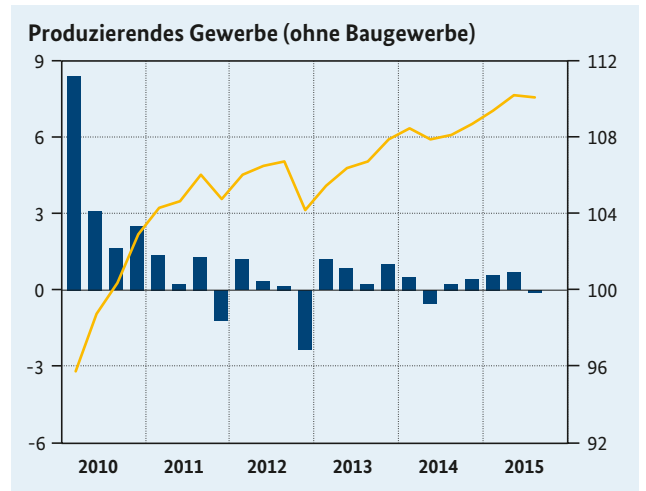
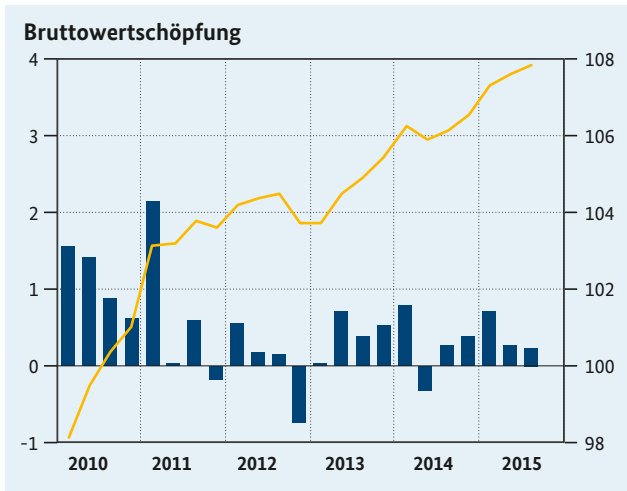
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2014						2015				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,2	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,7	+ 1,7
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2015	+ 1,7	+ 1,7
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,7	+ 1,9
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2015	+ 1,8	+ 2,2
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	12/2015	+ 1,7	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,7	+ 1,8
EU	Europäische Kommission	11/2015	+ 1,7	+ 1,9
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2015	+ 1,8	+ 1,9
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2015	+ 1,7	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2015	(+ 1,5) ^a	(+ 1,6) ^a

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
 a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



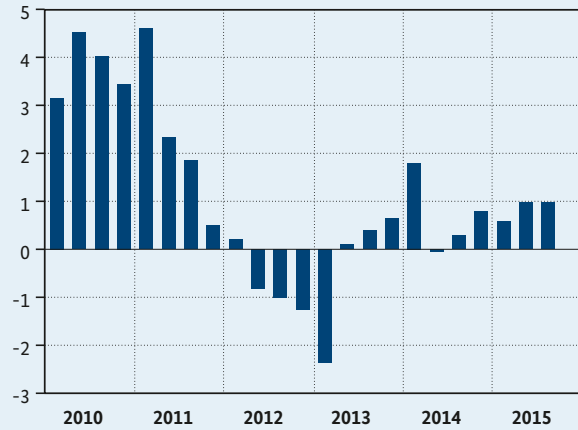
— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

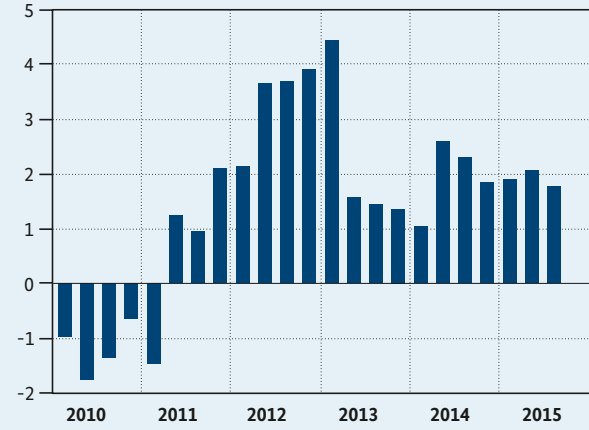
¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

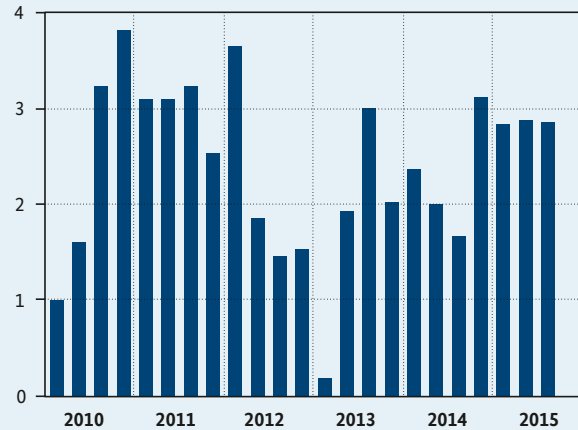
Arbeitsproduktivität²



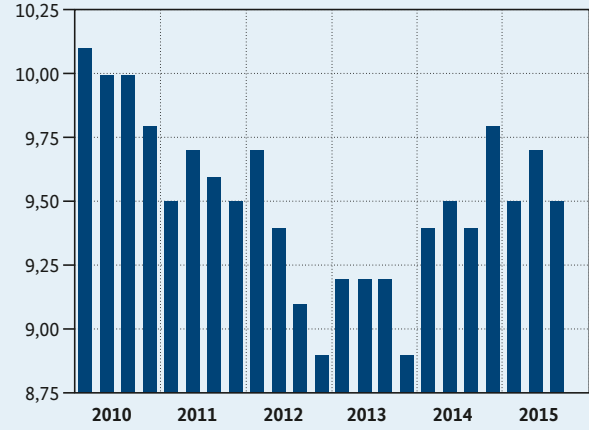
Lohnstückkosten³



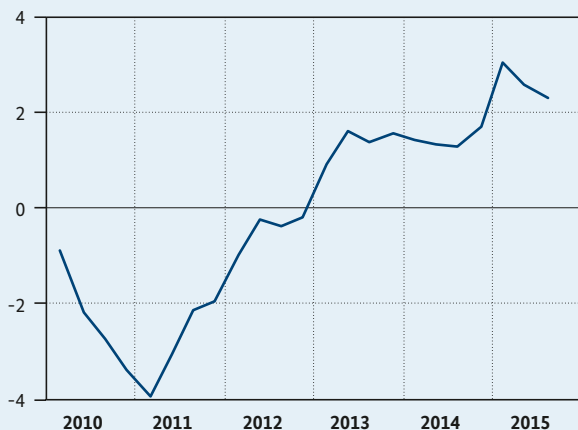
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁴



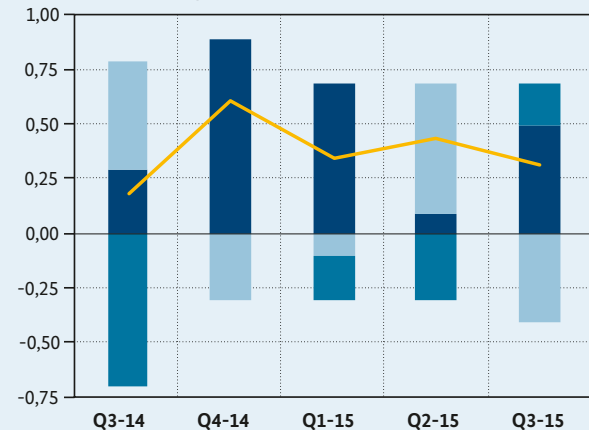
Sparquote⁵



Terms of Trade⁴



Wachstumsbeiträge⁶



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012		2013			2014				2015		
	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,8	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	- 0,3	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,7	+ 1,4	0,0	- 0,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 1,2	- 1,9	- 0,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3
USA	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,5	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,4	+ 5,8	+ 7,5	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,1	+ 8,2	+ 8,8
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,8
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,6	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,4	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4

				2014		2015										
	2012	2013	2014	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,4	12,0	11,6	11,5	11,4	11,2	11,2	11,1	11,1	11,0	11,0	10,9	10,8	10,8	10,7	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,0	9,9	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,3	9,3	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,1	-
USA	8,1	7,4	6,2	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	-
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

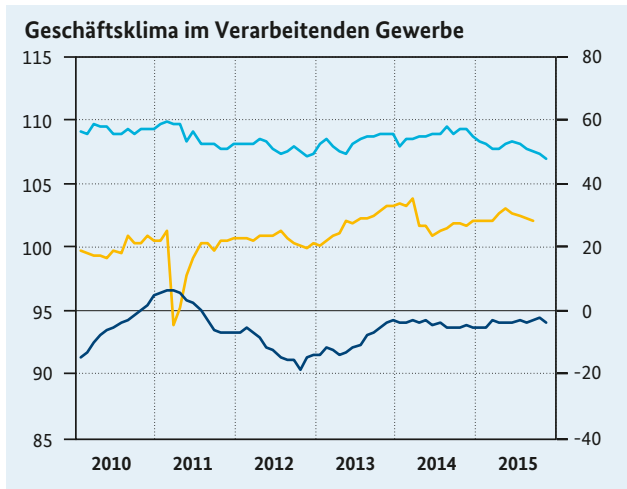
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015				2015					
	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,1	-	99,8	99,7	99,5	-	99,5	99,5	99,4	99,5	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,7	125,7	-	127,5	127,7	128,3	-	128,2	128,2	128,6	-	-	-
CPB Welthandel ²	131,9	136,2	-	137,8	136,3	137,9	-	138,2	137,4	138,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	-	3047	3203	2742	-	2771	2779	2604	2610	2376	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,1	- 3,9	-	- 4,0	- 3,2	- 3,0	-	- 2,9	- 3,7	- 2,3	- 2,0	- 3,2	-
Industrieproduktion ⁴	101,3	103,1	-	104,3	104,6	104,8	-	105,1	104,9	104,5	105,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	-	1,0	1,3	1,4	-	1,3	1,4	1,4	1,2	1,2	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,5	-10,0	-	- 6,2	- 5,1	- 6,9	-	- 7,0	- 6,7	- 7,0	- 7,5	- 5,9	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,7	-	52,6	52,6	51,3	-	52,7	51,1	50,2	50,1	48,6	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	105,7	-	107,4	106,8	107,5	-	107,5	107,6	107,4	107,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	-	2,0	2,2	2,2	-	2,3	2,2	2,2	2,1	2,3	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	-	101,3	96,2	98,3	-	91,0	101,3	102,6	99,1	90,4	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	-	102,2	102,9	102,3	-	102,5	102,4	102,1	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	-	99,8	98,3	97,0	-	97,6	96,2	97,3	98,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	-	40,7	41,5	40,9	-	40,3	41,7	40,6	41,5	42,6	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	-	49,9	50,2	49,8	-	50,0	49,7	49,8	49,8	49,6	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	-	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,9	-	+ 6,0	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,6	+ 6,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	-	3,5	3,5	3,4	-	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	-	107,5	107,7	104,7	-	104,5	104,0	105,6	103,8	104,1	-

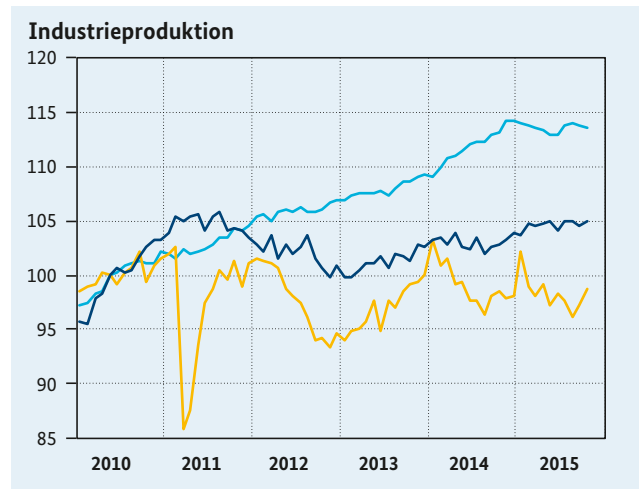
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

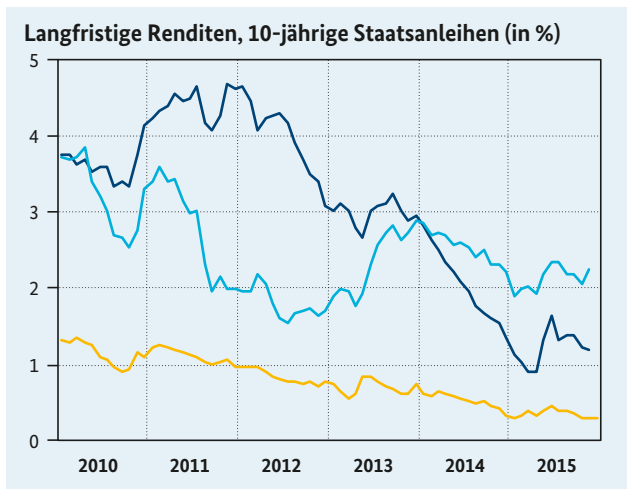
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



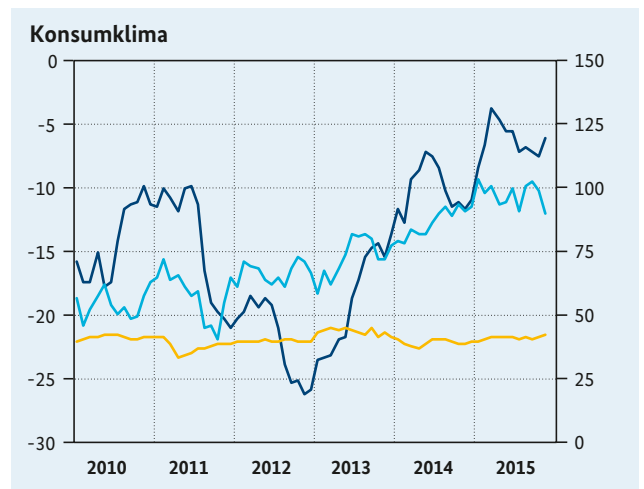
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

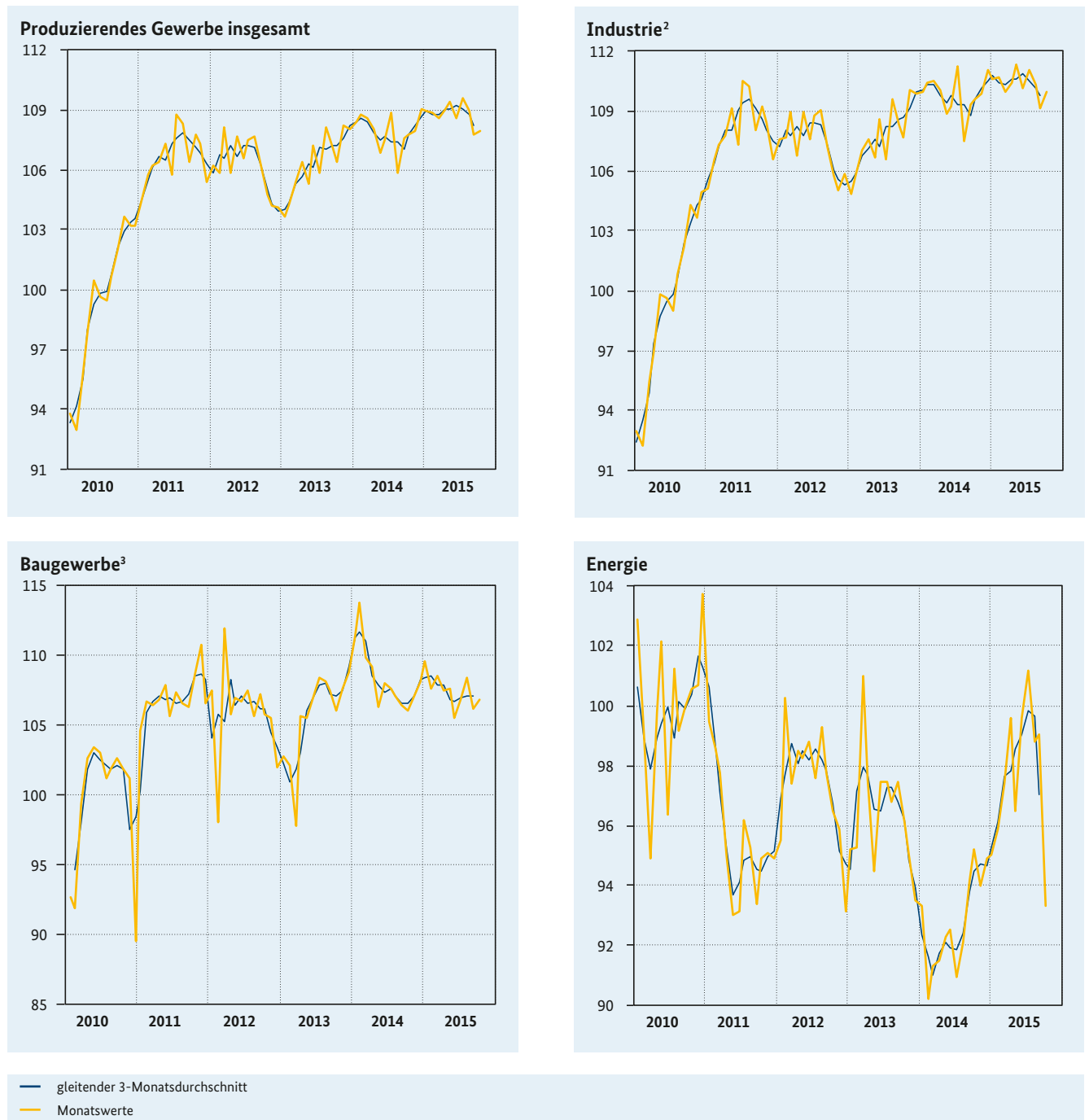
Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015						
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	106,3	106,4	108,0	108,3	108,8	109,1	108,8	109,5	108,6	109,7	109,0	107,8	108,0
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	0,7	0,5	0,3	-0,3	0,4	-0,8	1,0	-0,6	-1,1	0,2	
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	0,5	0,2	1,4	1,3	2,5	1,0	0,8	2,7	0,4	0,0	
Industrie²		Index	107,5	107,8	109,9	110,2	110,5	110,7	110,2	111,4	110,2	111,1	110,4	109,2	110,0
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	0,7	0,3	0,2	-0,5	0,8	-1,1	0,8	-0,6	-1,1	0,7	
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	0,8	0,1	1,2	0,7	2,3	0,8	0,0	2,5	-0,1	0,1	
Vorleistungsgüter		Index	104,6	104,4	106,3	106,3	106,6	106,3	105,6	106,3	106,1	105,3	105,7	105,8	104,6
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,7	0,3	-0,3	-0,7	-0,1	-0,2	-0,8	0,4	0,1	-1,1	
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,0	-0,6	0,2	0,0	1,1	0,5	-0,9	0,6	0,4	-1,1	
Investitionsgüter		Index	113,4	113,9	116,6	117,3	117,7	118,2	118,1	119,6	116,7	120,0	117,9	116,5	119,6
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	0,9	0,3	0,4	-0,1	1,1	-2,4	2,8	-1,8	-1,2	2,7	
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,5	0,9	1,9	1,6	2,9	0,7	0,4	4,9	-0,1	2,2	
Konsumgüter		Index	99,9	100,6	101,9	102,2	102,0	102,9	101,9	103,6	103,8	103,2	103,0	99,5	99,4
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	0,7	-0,2	0,9	-1,0	2,2	0,2	-0,6	-0,2	-3,4	-0,1	
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	0,5	-0,3	1,0	0,3	3,1	1,8	1,2	1,1	-1,1	-2,6	
Baugewerbe		Index	105,9	105,6	108,5	107,1	108,6	106,9	107,2	107,6	105,6	106,9	108,4	106,2	106,9
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	0,0	1,4	-1,6	0,3	0,1	-1,9	1,2	1,4	-2,0	0,7	
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	-0,3	-3,4	-1,0	0,1	1,1	-2,3	-0,6	1,1	-0,3	0,6	
Bauhauptgewerbe ³		Index	111,5	113,8	119,8	119,7	121,1	120,3	119,5	121,1	119,1	119,2	119,0	120,3	122,7
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	1,2	1,2	-0,7	-0,7	0,3	-1,7	0,1	-0,2	1,1	2,0	
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	1,8	-2,4	2,0	1,0	4,7	-0,2	0,4	1,4	1,0	3,2	
Ausbaugewerbe		Index	100,9	98,2	98,2	95,7	97,3	94,7	95,9	95,4	93,3	95,7	98,7	93,3	92,6
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,7	0,0	-1,3	1,7	-2,7	1,3	-0,1	-2,2	2,6	3,1	-5,5	-0,8	
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	-2,3	-4,5	-4,6	-1,1	-3,2	-4,8	-1,7	0,6	-2,0	-2,5	
Energie⁴		Index	97,4	96,5	92,7	94,7	96,1	98,6	99,7	96,5	99,6	101,2	98,8	99,1	93,3
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	2,5	1,5	2,6	1,1	-3,1	3,2	1,6	-2,4	0,3	-5,9	
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-0,1	4,7	7,1	7,9	4,4	7,8	11,2	7,1	5,3	-1,8	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	105,9	105,8	108,6	109,4	110,1	111,0	110,3	112,0	109,8	111,4	110,4	109,0	111,3
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	1,2	0,6	0,8	-0,6	0,8	-2,0	1,5	-0,9	-1,3	2,1	
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	1,7	1,0	2,8	1,9	4,6	1,4	1,8	3,4	0,6	1,9	
Inland		Index	104,8	103,2	104,5	104,3	105,1	105,2	104,6	105,8	105,1	105,4	104,8	103,5	106,4
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,5	0,8	0,1	-0,6	1,0	-0,7	0,3	-0,6	-1,2	2,8	
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,1	-0,4	0,8	0,8	2,6	0,6	-0,1	2,6	-0,1	2,2	
darunter: Investitionsgüter		Index	109,5	107,6	111,0	112,2	113,0	113,5	112,4	114,2	113,8	114,0	112,5	110,8	120,0
	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	1,5	0,7	0,4	-1,0	1,5	-0,4	0,2	-1,3	-1,5	8,3	
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	2,9	1,7	3,0	1,6	4,3	3,1	0,7	4,1	0,5	7,7	
Ausland		Index	107,0	108,5	113,0	114,9	115,4	117,1	116,4	118,6	114,8	117,9	116,4	114,8	116,6
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	4,1	2,0	0,4	1,5	-0,6	0,6	-3,2	2,7	-1,3	-1,4	1,6	
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	3,5	2,5	4,7	3,0	6,3	2,2	3,8	4,1	1,2	1,5	
darunter: Eurozone		Index	98,9	97,1	102,0	103,8	105,4	107,2	107,5	106,8	107,8	108,9	106,2	107,3	105,7
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	1,7	1,5	1,7	0,3	-0,1	0,9	1,0	-2,5	1,0	-1,5	
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	4,2	4,4	5,8	5,2	6,0	6,8	6,5	3,6	5,1	1,8	
			2012	2013	2014			2015							
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵			4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe		in %	81,9	82,4	81,7	83,0	83,7	84,0	83,9	83,9	84,1	84,5	84,3	84,2	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2012	2013	2014	2014	2015				2015				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	110,8	109,2	112,0	109,0	111,3	113,3	110,8	108,5	107,7	109,6
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	1,6	-1,4	2,6	-2,7	-0,2	1,8	-2,2	-2,1	-0,7	1,8
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,1	0,2	4,3	-0,2	4,5	7,0	-1,3	1,7	-0,7	-1,4
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	104,0	105,0	104,3	104,6	104,7	102,7	106,5	103,9	103,5	105,3
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	2,1	1,0	-0,7	0,3	-0,9	-1,9	3,7	-2,4	-0,4	1,7
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	1,0	0,7	1,1	2,7	1,9	1,1	2,7	2,1	3,3	-0,5
Ausland	Index	105,1	109,4	113,7	116,3	112,6	118,3	112,6	116,6	122,0	114,3	112,3	111,1	113,1
	gg. Vp. in %	-2,3	4,1	3,9	1,2	-3,2	5,1	-4,8	0,3	4,6	-6,3	-1,7	-1,1	1,8
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	2,8	-0,1	6,7	-2,3	6,6	11,4	-4,3	1,4	-3,6	-2,2
Eurozone	Index	95,5	98,9	101,6	105,2	101,3	108,0	109,2	107,1	109,4	109,6	111,6	106,4	109,0
	gg. Vp. in %	-10,4	3,6	2,7	2,8	-3,7	6,6	1,1	-0,5	2,1	0,2	1,8	-4,7	2,4
	gg. Vj. in %	-10,4	3,7	2,7	1,8	1,2	9,0	6,2	9,0	11,8	3,5	12,9	3,6	5,9
Nicht-Eurozone	Index	111,8	116,8	122,1	124,0	120,4	125,5	114,9	123,3	130,8	117,6	112,8	114,3	115,9
	gg. Vp. in %	3,2	4,5	4,5	0,2	-2,9	4,2	-8,4	0,8	6,1	-10,1	-4,1	1,3	1,4
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	3,5	-0,8	5,4	-7,2	5,2	11,0	-8,8	-4,8	-7,6	-7,0
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	103,0	101,3	101,5	100,4	102,1	101,7	100,5	100,2	100,4	100,5
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	1,8	-1,7	0,2	-1,1	1,3	-0,4	-1,2	-0,3	0,2	0,1
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	0,6	-1,1	0,2	-0,9	2,1	0,4	-1,5	-0,1	-1,0	-2,9
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	99,2	98,6	99,0	98,4	100,1	98,3	97,8	98,9	98,5	97,8
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	0,8	-0,6	0,4	-0,6	1,5	-1,8	-0,5	1,1	-0,4	-0,7
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,5	-2,5	-1,3	-0,1	0,5	-1,2	-2,1	1,1	1,0	-1,0
Ausland	Index	100,6	101,0	104,7	107,4	104,4	104,5	102,7	104,4	105,8	103,6	101,7	102,7	103,7
	gg. Vp. in %	-3,6	0,4	3,7	2,9	-2,8	0,1	-1,7	1,0	1,3	-2,1	-1,8	1,0	1,0
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	2,9	0,4	1,7	-1,9	4,0	2,0	-0,9	-1,6	-3,2	-4,8
Investitionsgüter	Index	105,8	110,5	114,3	116,8	114,9	119,6	115,3	117,7	122,0	118,6	114,5	112,8	115,8
	gg. Vp. in %	-3,6	4,4	3,4	1,7	-1,6	4,1	-3,6	-1,1	3,7	-2,8	-3,5	-1,5	2,7
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	3,2	1,0	7,0	0,1	6,1	11,8	-1,7	3,2	-0,8	-1,3
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	109,5	112,1	110,1	111,6	109,5	107,3	116,2	109,4	109,1	113,7
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	3,5	2,4	-1,8	1,4	-3,4	-2,0	8,3	-5,9	-0,3	4,2
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	3,5	3,2	3,0	5,5	2,6	3,2	7,7	3,0	5,6	-0,2
Ausland	Index	107,3	114,0	118,4	121,3	116,6	125,4	117,6	122,8	131,0	120,0	117,7	115,1	117,1
	gg. Vp. in %	-2,3	6,2	3,9	0,7	-3,9	7,5	-6,2	0,3	6,7	-8,4	-1,9	-2,2	1,7
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	3,1	-0,3	9,4	-2,9	8,2	16,3	-6,7	3,5	-4,1	-1,9
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	107,2	108,3	111,3	107,6	111,5	110,6	108,0	107,8	107,0	111,1
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	0,2	1,0	2,8	-3,3	-0,4	-0,8	-2,4	-0,2	-0,7	3,8
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,6	0,7	0,5	3,9	0,6	4,8	3,9	2,4	-0,8	-0,1	4,2
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,5	100,6	101,7	100,4	103,0	101,2	100,7	101,2	99,3	99,9
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	0,6	1,1	1,1	-1,3	2,0	-1,7	-0,5	0,5	-1,9	0,6
	gg. Vj. in %	-5,2	0,9	1,5	0,9	1,3	2,3	1,5	5,4	0,8	0,6	2,6	1,1	1,0
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	113,7	114,8	119,6	113,8	118,8	118,6	114,2	113,5	113,6	120,6
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	-0,2	1,0	4,2	-4,8	-2,1	-0,2	-3,7	-0,6	0,1	6,2
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	0,7	0,0	5,0	-0,1	4,3	6,1	4,0	-3,3	-1,0	6,5
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,5	105,0	108,4	110,5	109,2	111,5	108,5	111,3	111,7	110,0	107,8	107,6	109,8
	gg. Vp. in %	-2,7	1,4	3,2	2,6	-1,2	2,1	-2,7	-0,3	0,4	-1,5	-2,0	-0,2	2,0
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	3,5	0,6	4,3	0,5	5,7	4,3	0,8	1,0	-0,2	-0,7

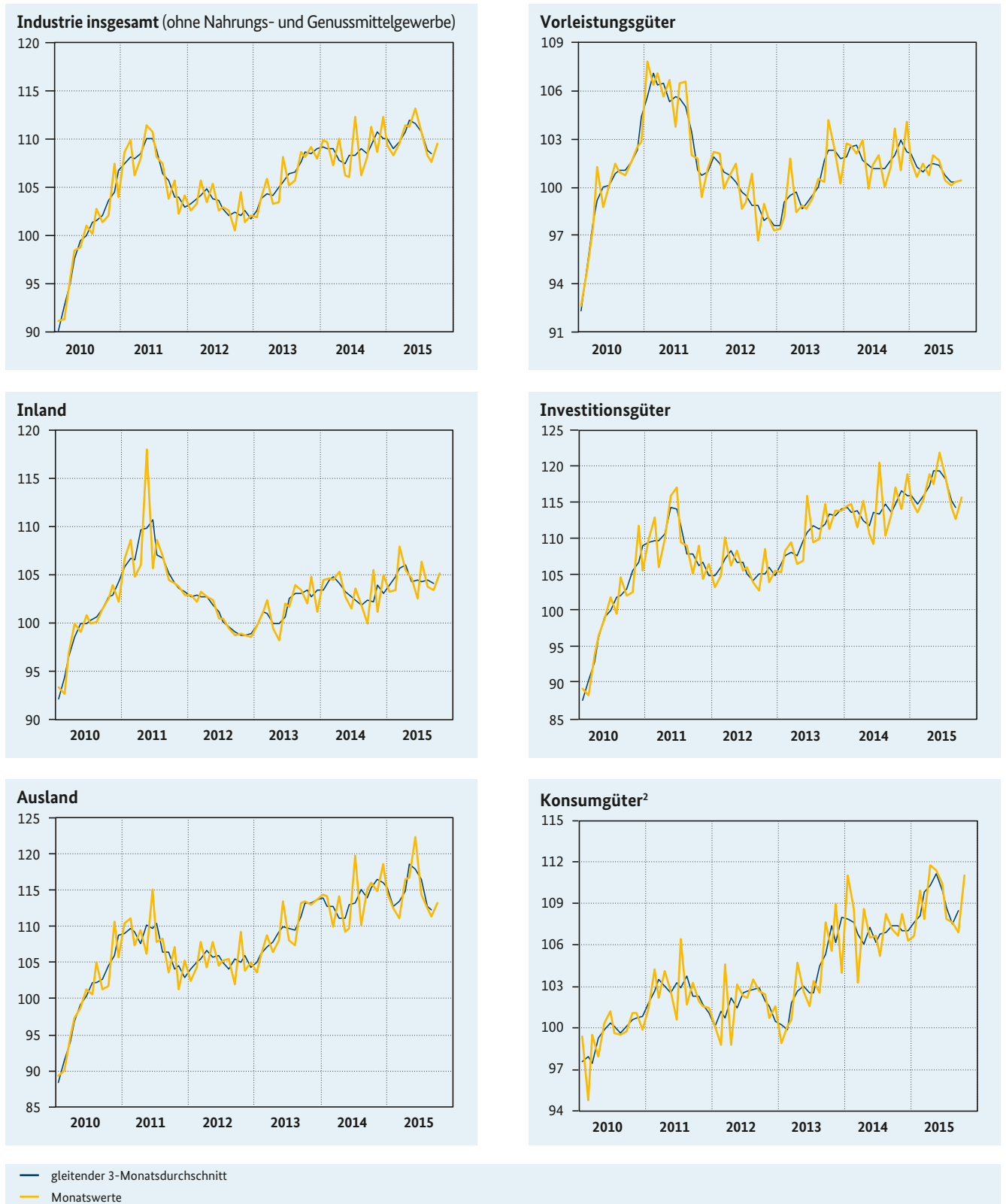
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

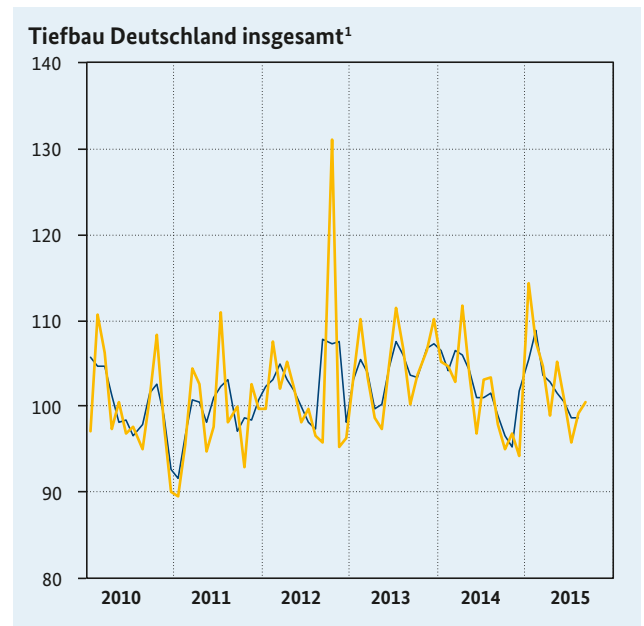
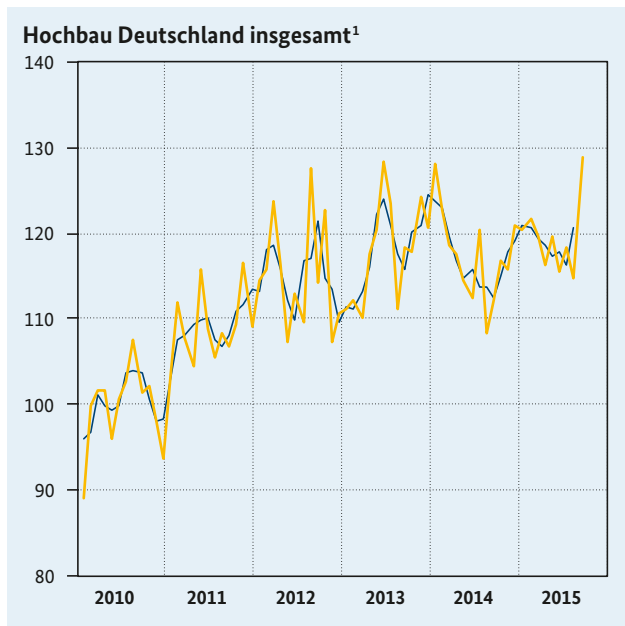
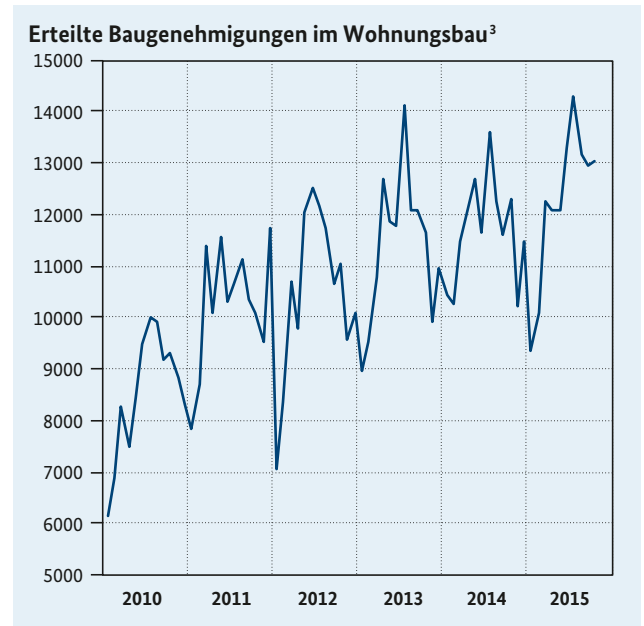
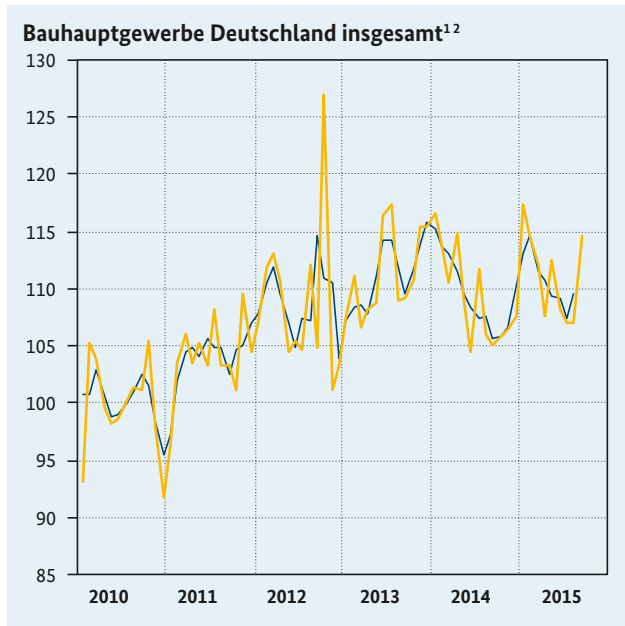
					2014	2015			2015						
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,9	111,4	109,4	106,6	114,8	109,5	109,7	112,5	108,2	107,1	107,1	114,8	-
	gg. Vp. in %	4,7	2,3	-1,8	-0,9	7,7	-4,6	0,2		4,5	-3,8	-1,0	0,0	7,2	-
	gg. Vj. in %	4,5	2,2	-2,0	-6,2	1,6	-0,1	1,6		3,1	3,1	-4,4	0,9	9,1	-
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	118,0	120,7	117,3	120,8	119,8	115,7	118,5	114,8	129,1	-
	gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	3,8	2,3	-2,8	3,0		2,8	-3,4	2,4	-3,1	12,5	-
	gg. Vj. in %	5,9	2,4	-0,9	-2,5	-1,2	1,9	5,9		4,3	2,7	-1,6	4,9	14,9	-
Wohnungsbau		Index	126,0	131,0	135,0	141,2	148,5	141,2	157,4	143,3	139,2	157,7	141,0	173,4	-
	gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	15,0	5,2	-4,9	11,5		1,5	-2,9	13,3	-10,6	23,0	-
	gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	7,3	7,8	3,6	27,8		5,4	5,9	26,3	22,5	34,0	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,7	108,8	106,5	106,9	105,5	102,7	108,2	104,1	99,1	101,8	107,1	-
	gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-2,4	0,4	-1,3	-2,7		3,8	-3,8	-4,8	2,7	5,2	-
	gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-8,0	-6,5	0,9	-6,0		3,7	0,7	-15,9	-4,2	3,4	-
Tiefbau		Index	102,5	104,7	101,3	95,3	108,9	101,6	98,5	105,1	100,7	95,7	99,3	100,6	-
	gg. Vp. in %	3,5	2,1	-3,2	-6,1	14,3	-6,7	-3,1		6,2	-4,2	-5,0	3,8	1,3	-
	gg. Vj. in %	3,0	1,9	-3,0	-10,9	4,9	-2,3	-3,0		1,6	3,7	-7,3	-3,2	2,4	-
Straßenbau		Index	98,6	103,7	99,3	92,8	105,4	99,0	100,2	101,8	98,9	94,4	105,2	101,1	-
	gg. Vp. in %	2,6	5,2	-4,2	-4,3	13,6	-6,1	1,2		5,7	-2,8	-4,6	11,4	-3,9	-
	gg. Vj. in %	2,7	3,6	-3,4	-13,0	-1,0	-1,4	2,5		-1,7	5,0	-9,8	13,0	7,2	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,8	105,3	102,5	96,8	111,0	103,2	97,5	107,1	101,8	96,5	95,8	100,3	-
	gg. Vp. in %	4,0	0,5	-2,7	-7,1	14,7	-7,0	-5,5		6,5	-4,9	-5,2	-0,7	4,7	-
	gg. Vj. in %	3,3	0,9	-2,7	-9,7	8,1	-2,8	-6,3		3,8	2,9	-5,7	-12,6	-0,4	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,8	114,2	112,9	109,5	112,9	110,6	106,5	116,7	107,8	104,0	105,1	110,4	-
	gg. Vp. in %	2,8	1,2	-1,1	-3,2	3,1	-2,0	-3,7		8,9	-7,6	-3,5	1,1	5,0	-
	gg. Vj. in %	3,1	1,2	-1,4	-8,1	-4,7	0,5	-6,0		7,6	0,8	-14,3	-5,3	3,0	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	98,1	100,6	95,5	89,9	103,2	95,6	93,7	95,9	96,2	89,9	95,3	95,9	-
	gg. Vp. in %	5,5	2,5	-5,1	-6,2	14,8	-7,4	-2,0		1,4	0,3	-6,5	6,0	0,6	-
	gg. Vj. in %	4,8	2,2	-4,7	-11,5	6,2	-2,6	-2,3		-3,0	4,4	-7,1	-1,6	2,6	-
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	19330	17937	20491	22345	6528	7294	7567	7370	7408	7778
	gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	3,4	0,6	1,4	6,4		-5,7	14,0	-2,8	7,4	16,4	10,2
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	11443	10703	12681	13829	4092	4502	4813	4518	4498	4923
	gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	7,4	2,8	4,8	10,6		-2,3	13,8	7,2	10,3	14,7	19,7
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	7887	7234	7810	8516	2436	2791	2755	2852	2910	2855
	gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-1,9	-2,5	-3,7	0,2		-10,9	14,3	-16,4	3,2	19,1	-3,0
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	5868	5088	6050	6505	1931	2107	2165	2071	2269	2151
	gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	-1,6	-10,6	-0,2	-0,3		-9,3	14,3	-15,9	1,3	18,9	-6,5
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	2019	2146	1760	2011	506	684	590	781	640	704
	gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-2,8	24,0	-13,9	1,8		-16,7	14,4	-18,2	8,5	19,7	9,6
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	34,1	31,8	37,6	40,6	12,1	13,3	14,3	13,2	13,0	13,1
	gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	4,5	-1,4	2,6	7,8		-4,6	14,0	4,8	7,5	11,5	6,2
	gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	0,1	1,4	1,4	4,4		-1,0	5,0	-0,4	2,4	0,6	-1,0
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	77,7	62,5	73,4	79,3	77,2	78,8	79,6	79,5	78,9	78,6
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	4,0	38,3	12,3	1,3	2,0	1,0	1,0	2,0	2,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	-	7,5	9,5	9,6	-	9,1	9,7	10,1	9,4	10,9	-
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	-	12,9	16,8	17,3	-	16,7	18,4	16,8	14,2	15,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	-	2,3	2,5	2,2	-	1,7	1,4	3,5	4,7	6,3	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	-	10,6	13,0	10,8	-	11,4	11,0	10,1	9,7	12,1	-
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	-	16,6	22,6	20,1	-	20,2	22,3	17,8	15,7	17,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	-	4,7	3,7	2,0	-	3,0	0,3	2,7	3,9	7,1	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	-	12,0	13,6	13,3	-	14,3	13,4	12,1	8,1	12,0	-
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	-	16,7	19,1	19,9	-	20,5	20,1	19,0	15,5	16,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	-	7,4	8,3	6,9	-	8,2	6,9	5,5	1,0	7,6	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	-	10,9	11,3	8,6	-	8,2	9,1	8,6	9,7	11,9	-
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	-	15,3	24,1	19,5	-	17,0	25,0	16,5	14,1	15,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	-	6,5	-0,8	-1,7	-	-0,3	-5,7	0,9	5,3	8,3	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	-	7,1	10,8	9,7	-	9,1	9,0	10,9	11,9	9,6	-
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	-	17,9	22,2	19,1	-	21,5	19,0	16,7	18,3	17,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	-	-3,1	0,1	0,8	-	-2,5	-0,5	5,3	5,8	1,6	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,1	-	-6,3	-4,5	-2,2	-	-4,2	-2,6	0,3	0,7	2,6	-
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-	-7,3	-4,7	-4,6	-	-7,0	-4,2	-2,6	-3,4	0,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,8	-	-5,4	-4,3	0,3	-	-1,4	-1,0	3,3	5,0	5,0	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,6	-	24,8	26,6	29,2	-	26,2	30,8	30,7	32,5	33,4	-
Geschäftslage	Salden	23,0	32,5	-	33,1	38,9	41,2	-	38,1	42,1	43,4	40,9	40,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	-	16,7	15,0	17,9	-	14,8	20,1	18,7	24,3	26,9	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	41,0	66,3	65,7	54,9	63,9	65,7	67,5	55,2	54,4	55,0
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	52,1	42,2	22,3	9,5	29,7	25,0	12,1	1,9	10,4	16,1

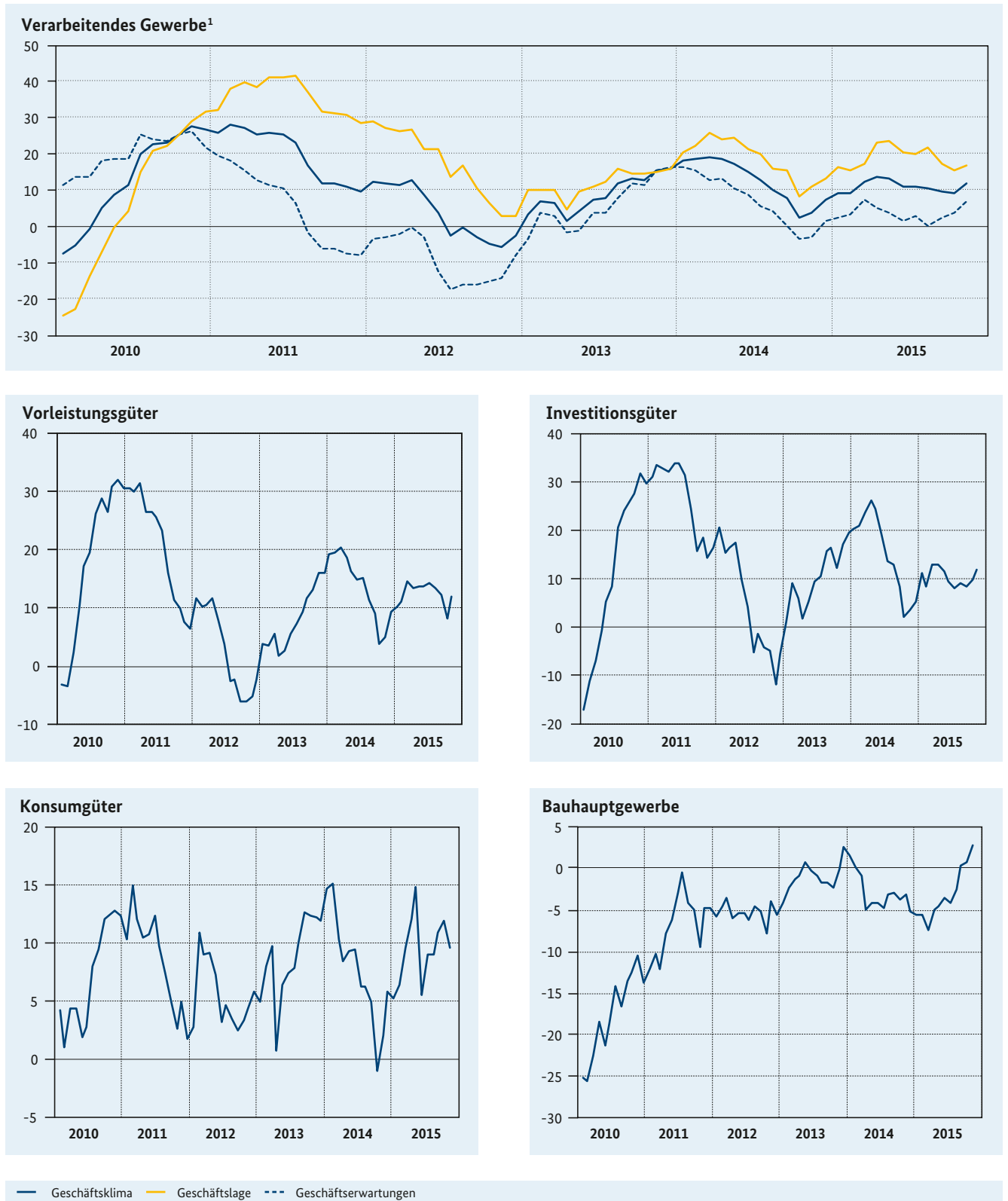
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2013			2014				2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	102,3	103,0	103,9	103,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,0	0,6	0,9	0,6	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6
	gg. Vj. in %	1,0	0,6	0,9	0,7	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1642	1672	1710	417	421	420	424	425	428	435	434	438	441
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,1	1,8	2,3	0,7	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,6
	gg. Vj. in %	2,1	1,8	2,3	1,9	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	2,9
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2014				2015					
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Einzelhandel	Index	101,3	102,8	-	105,3	105,1	106,0	-	106,5	105,7	105,8	105,7	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,3	1,5	-	1,5	-0,2	0,9	-	1,7	-0,8	0,1	-0,1	-	-
	gg. Vj. in %	0,4	1,5	-	2,8	2,6	3,5	-	4,4	2,2	3,6	2,5	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,5	-	104,1	104,6	106,1	-	104,9	107,6	105,8	104,1	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,2	-	0,8	0,5	1,4	-	1,5	2,6	-1,7	-1,6	-	-
	gg. Vj. in %	1,0	1,4	-	1,8	1,9	3,9	-	2,7	5,8	3,3	1,1	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	-	100,4	101,1	99,2	-	102,5	97,2	98,0	100,1	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	1,0	-	3,3	0,7	-1,9	-	-0,1	-5,2	0,8	2,1	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	0,9	-	-2,2	2,7	-1,0	-	4,7	-11,0	3,5	4,2	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	-	127,8	125,6	127,4	-	128,2	126,6	127,5	124,7	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	-	1,3	-1,7	1,4	-	1,7	-1,2	0,7	-2,2	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	-	9,4	3,3	4,0	-	4,3	5,1	2,8	-0,4	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	99,0	-	101,8	101,4	100,0	-	100,8	98,7	100,4	99,2	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,7	-	1,7	-0,4	-1,4	-	-0,5	-2,1	1,7	-1,2	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,6	-	1,7	3,4	2,1	-	3,6	-0,2	2,7	-0,3	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	-	110,2	111,8	111,6	-	112,3	110,9	111,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	-	3,9	1,5	-0,2	-	0,4	-1,2	0,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	-	5,7	8,5	6,9	-	8,2	5,7	6,6	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,8	-	102,1	103,4	104,2	-	104,5	104,5	103,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	1,0	-	-0,8	1,3	0,8	-	-0,9	0,0	-1,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	1,1	-	0,7	2,6	1,9	-	3,5	1,9	0,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	-	758	861	789	-	290	226	272	278	272	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	-	6,4	4,2	6,1	-	7,4	6,2	4,8	1,1	8,9	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	-	255	311	266	-	103	79	84	95	92	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-	-1,3	-0,6	-2,5	-	-0,2	-2,5	-5,2	-1,0	11,8	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	-	106,4	107,0	107,1	-	107,2	107,2	107,0	107,0	107,1	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	-	0,0	0,5	0,1	-	0,2	0,2	0,0	0,3	0,4	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	-	-0,6	1,2	0,8	-	0,4	0,8	1,1	1,6	2,3	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	-	1,3	1,3	1,2	-	1,2	1,1	1,2	1,1	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-	-4,8	-4,6	-6,4	-	-5,7	-6,7	-7,0	-6,5	-6,3	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-	-3,4	-1,8	-2,7	-	-1,8	-2,5	-3,9	-3,5	-2,5	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	-	4,1	5,2	9,9	-	4,1	10,8	14,7	10,9	8,2	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	-	11,9	13,1	20,3	-	16,0	19,9	25,0	18,6	18,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-	-3,3	-2,2	0,0	-	-7,1	2,2	5,0	3,5	-1,6	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,3	10,1	10,0	9,4	10,1	10,1	9,9	9,6	9,4	9,3
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	-	57,4	59,3	53,4	-	56,0	53,3	50,8	48,9	48,3	-

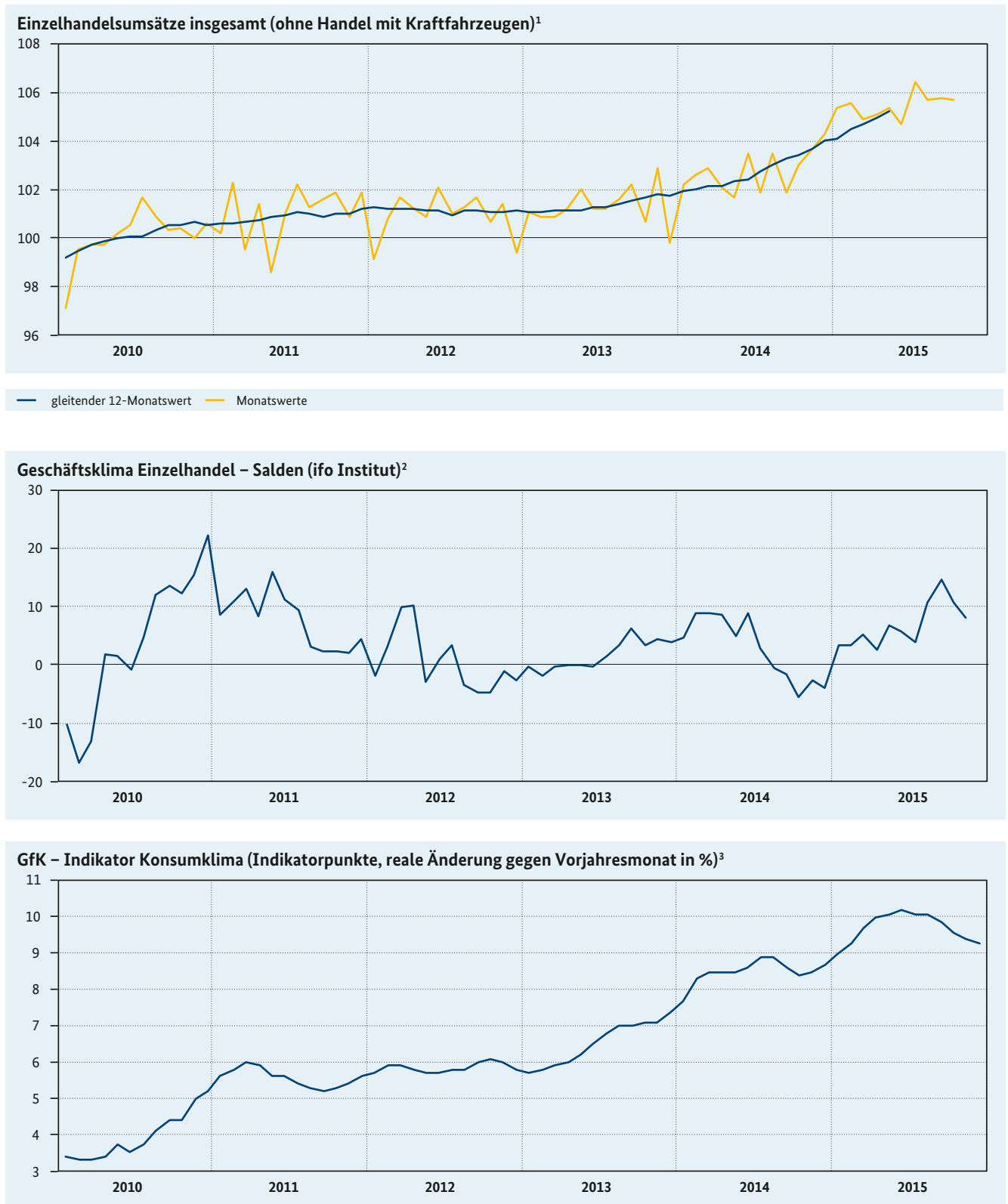
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	185	216	57	60	62	67	19,8	21,5	24,3	21,7	20,7	22,7
	gg. Vp. in %	17,9	-3,8	16,8	-0,8	5,7	2,9	7,3	-5,3	8,9	12,7	-10,4	-4,8	9,8
Warenhandel	in Mrd. €	201	213	228	61	61	68	66	23,8	22,8	23,3	21,7	20,7	22,7
	gg. Vp. in %	25,3	5,5	7,2	3,2	0,7	12,1	-4,1	9,0	-4,2	2,1	-6,8	-4,7	9,8
Ausfuhr	in Mrd. €	1074	1083	1118	286	289	298	298	100,5	99,2	102,2	96,8	98,7	97,5
	gg. Vp. in %	4,7	0,9	3,2	1,3	1,1	3,4	-0,3	1,8	-1,3	3,0	-5,3	1,9	-1,2
Einfuhr	in Mrd. €	872	870	890	225	228	230	232	76,7	76,4	78,9	75,1	78,0	74,8
	gg. Vp. in %	0,8	-0,2	2,2	0,9	1,2	1,1	0,8	-0,2	-0,4	3,3	-4,8	3,8	-4,1
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-12	-9	-9	-9	-2,9	-3,2	-3,0	-2,9	-3,5	-3,0
	gg. Vp. in %	9,9	26,8	-9,6	11,2	-25,7	10,1	-1,2	-11,7	10,2	-7,7	-4,0	23,4	-16,4
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	53	55	56	58	18,7	19,1	19,5	19,1	19,7	18,8
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	1,3	4,1	2,0	3,7	2,0	1,7	2,3	-2,1	2,9	-4,2
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	64	64	66	68	21,7	22,3	22,5	22,0	23,2	21,8
	gg. Vp. in %	7,6	7,9	1,7	3,0	-1,2	3,1	3,0	-0,1	2,9	0,8	-2,3	5,6	-6,0
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	17	18	16	18	4,0	5,3	6,7	5,5	5,7	6,1
	gg. Vp. in %	-4,9	-13,0	16,3	-3,5	3,3	-13,0	15,0	-35,7	33,9	25,0	-17,3	2,5	8,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-41	-39	-9	-10	-12	-7	-5,1	-3,4	-2,7	-2,6	-2,1	-3,1
	gg. Vp. in %	13,8	0,7	-5,1	6,3	7,7	25,0	-39,6	32,5	-33,3	-20,0	-3,3	-19,8	48,3

Außenhandel nach Ländern²

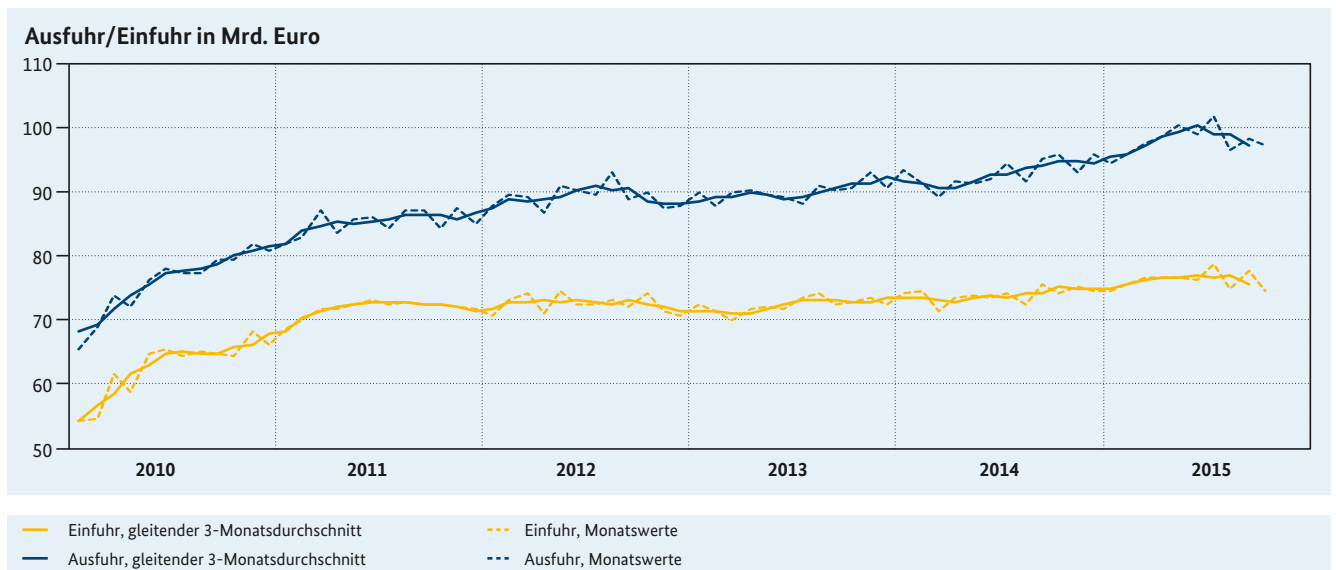
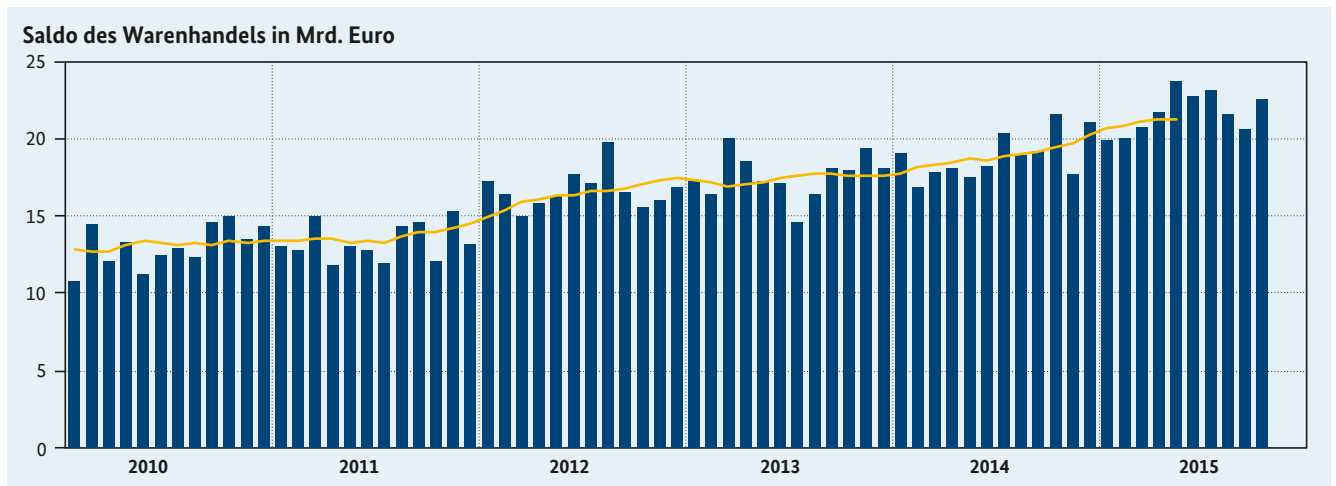
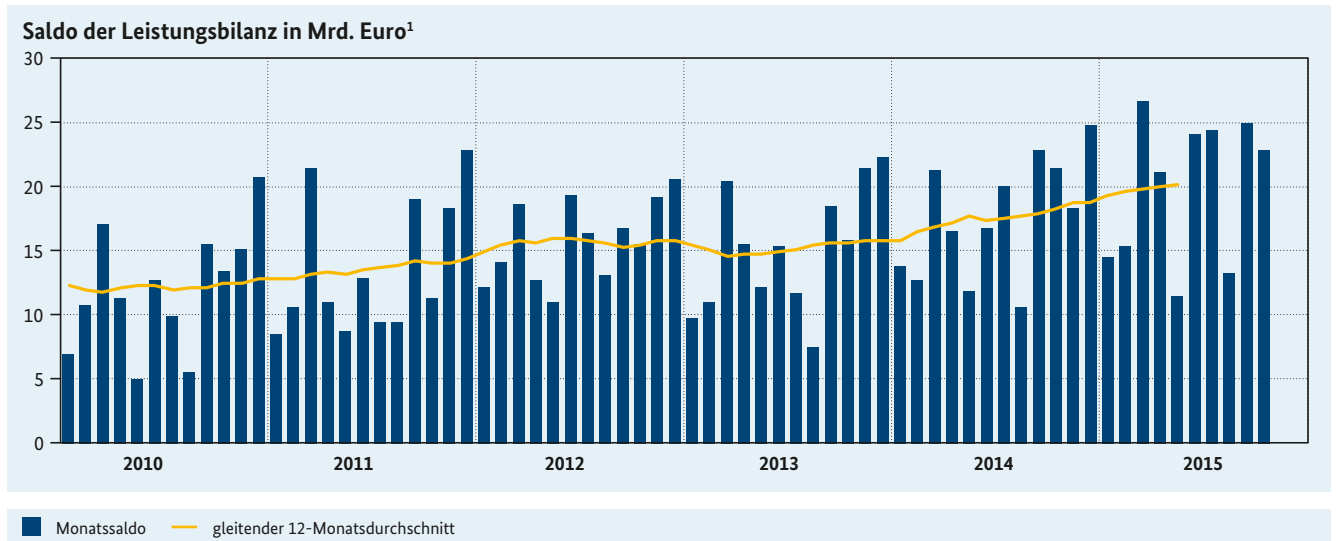
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1093	1088	1124	287	293	302	301	95,7	105,6	107,1	88,0	105,8	106,2
	gg. Vj. in %	3,0	-0,4	3,3	4,7	6,3	9,1	5,8	5,0	14,0	7,1	5,9	4,3	3,3
EU-Länder	in Mrd. €	620	619	649	164	172	175	172	56,4	61,3	60,5	49,4	62,2	62,7
	gg. Vj. in %	-	-0,2	4,8	5,6	6,1	8,7	6,9	7,3	13,1	7,8	5,2	7,4	6,4
Eurozone ¹	in Mrd. €	406	403	411	103	109	111	107	35,5	38,9	37,8	30,0	38,7	39,2
	gg. Vj. in %	-	-0,8	2,0	1,4	3,5	7,4	6,2	5,7	12,6	7,4	3,8	6,9	5,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	214	216	238	62	64	64	66	20,9	22,4	22,7	19,4	23,5	23,5
	gg. Vj. in %	-	1,2	10,1	13,3	10,9	10,9	8,0	10,2	13,9	8,6	7,4	8,0	7,4
Drittländer	in Mrd. €	473	469	475	122	121	127	129	39,3	44,3	46,6	38,7	43,7	43,5
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,2	3,6	6,4	9,6	4,3	1,9	15,3	6,1	7,0	0,3	-0,9
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	899	890	910	229	235	237	238	76,3	81,7	82,2	72,7	83,1	83,8
	gg. Vj. in %	-0,3	-1,0	2,2	2,4	2,7	4,8	5,1	3,6	6,7	6,9	4,5	4,0	3,0
EU-Länder	in Mrd. €	571	575	595	150	152	156	155	51,0	53,4	53,7	46,1	55,4	55,3
	gg. Vj. in %	-	0,7	3,4	2,4	2,0	4,8	6,5	6,0	5,3	7,4	5,1	6,7	3,3
Eurozone	in Mrd. €	401	401	411	103	105	108	106	35,0	36,8	37,0	31,3	37,9	37,4
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,3	1,1	1,0	4,1	5,9	5,6	3,9	7,5	3,4	6,5	2,4
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	170	174	184	47	47	49	49	16,0	16,6	16,8	14,8	17,5	17,9
	gg. Vj. in %	-	2,3	6,0	5,2	4,3	6,3	7,7	6,8	8,4	7,3	8,7	7,2	5,3
Drittländer	in Mrd. €	328	315	315	79	82	80	83	25,3	28,3	28,5	26,5	27,7	28,5
	gg. Vj. in %	-	-3,9	0,0	2,4	4,0	4,9	2,7	-1,0	9,6	6,0	3,4	-1,0	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

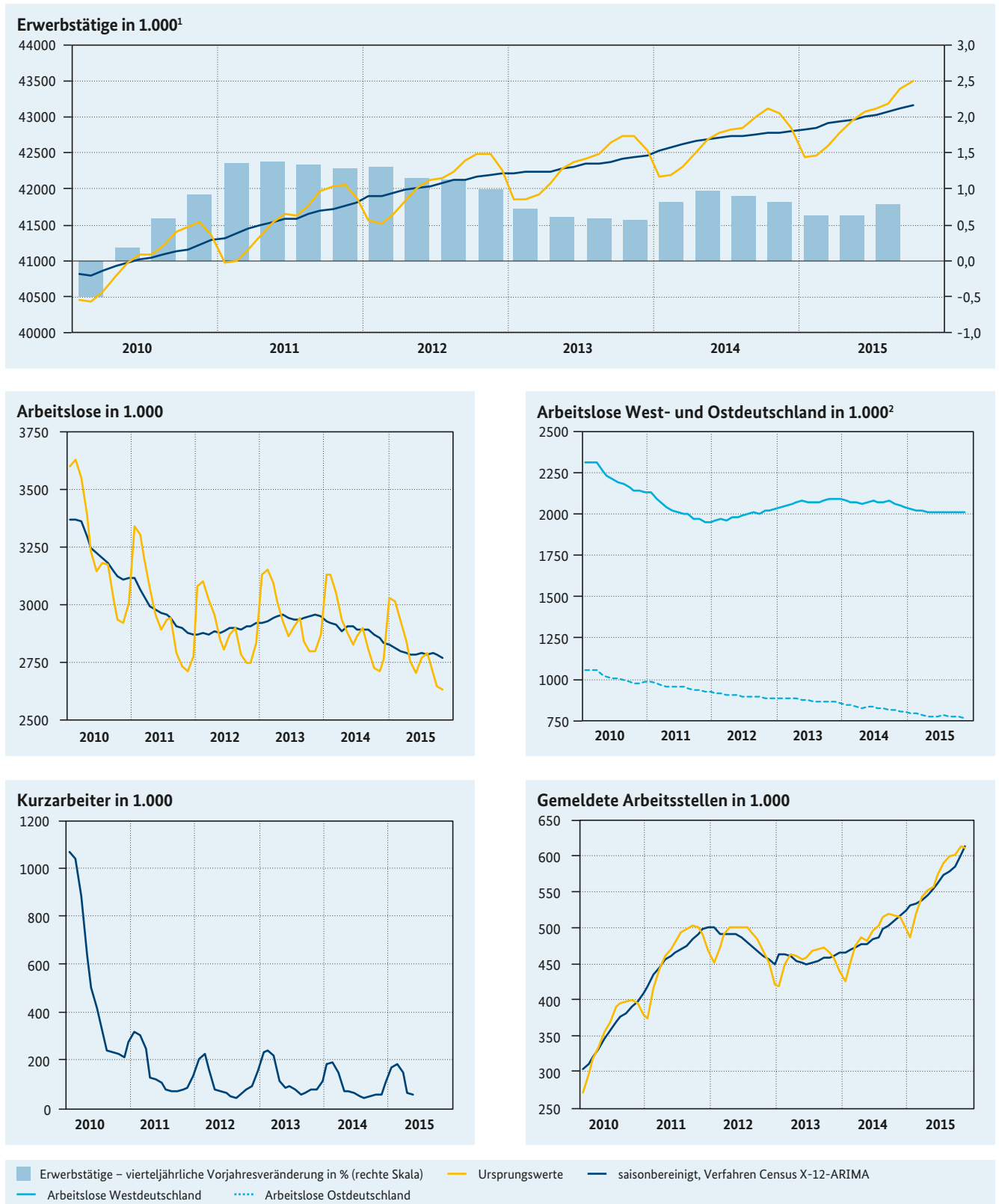
					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42060	42328	42703	43016	42504	42943	43246	43078	43135	43203	43401	43503	-
	gg. Vj. in Tsd.	+483	+268	+375	+349	+279	+276	+343	+283	+302	+346	+381	+385	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30218	30570	30382	30712	31030	30771	30747	30994	31350	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+490	+498	+564	+592	+665	+597	+625	+682	+688	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2012	2101	1953	1859	1934	1927	1829	1822	1860	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-61	-165	-95	-174	-74	-18	-281	-223	-157	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,8	5,0	4,7	4,4	4,6	4,6	4,4	4,3	4,4	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2738	2993	2772	2759	2711	2773	2796	2708	2649	2633
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-89	-116	-114	-102	-122	-99	-106	-100	-83	-84
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1892	1983	1950	1932	1929	1943	1945	1909	1885	1869
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-44	-49	-36	-19	-36	-20	-23	-14	-11	-13
SGB III	in Tsd.	902	970	933	846	1011	822	827	782	830	851	799	764	764
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-46	-67	-78	-83	-86	-79	-83	-86	-73	-70
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	1970	2137	2003	2013	1969	2019	2042	1979	1930	1916
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-39	-55	-60	-59	-65	-57	-63	-59	-45	-41
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	767	856	769	746	742	754	754	729	719	717
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-56	-42	-43	-41	-39	-43
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,3	6,9	6,3	6,3	6,2	6,3	6,4	6,2	6,0	6,0
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,6	6,1	5,7	5,7	5,6	5,7	5,8	5,6	5,5	5,4
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,1	10,1	9,1	8,9	8,8	9,0	9,0	8,7	8,6	8,5
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	635	679	597	629	588	600	645	643	596	613
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	649	623	670	630	638	538	622	731	655	629
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	46	51	47	32	45	35	26	36	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-14	-8	-9	-5	-7	-5	-6	-3	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3648	3854	3630	3557	3560	3583	3577	3510	3474	3482
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-129	-167	-177	-178	-186	-172	-180	-182	-163	-154
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	510	515	560	595	572	589	597	600	612	610
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+55	+63	+73	+83	+78	+87	+81	+81	+95	+96
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+484	+267	+375	+46	+70	+105	+119	+40	+43	+38	+51	+27	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+490	+114	+210	+165	+174	+71	+55	+57	+60	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-181	-42	-89	-35	-54	-36	-69	-23	-27	-23	-18	-12	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8	4,7	4,5	4,7	4,6	4,5	4,5	4,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-77	+53	-53	-38	-42	-26	+2	0	+8	-7	+1	-7	-13
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-13	-17	+1	+10	+8	+7	-6	+8	-2	-7
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+66	-37	-25	-26	-27	-8	-8	+1	-1	-7	-4	-7
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-25	-24	-13	+2	+2	+4	-4	+3	-2	-6
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-52	-27	-46	-13	-18	-13	0	-3	+5	-4	-2	-4	-7
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	6,0	5,9	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,5	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,1	9,0
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-46	-53	-50	-32	-18	-6	-12	-9	-5	-8
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+21	+17	+19	+24	+8	+10	+5	+8	+15	+12
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,4	107,6	108,0	108,0	107,8	107,1	108,4	108,6	109,1	109,9
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	101,0	100,8	100,3	100,8	100,7	100,8	101,0	100,6	100,5	100,5
BA-X Stellenindex	Index	166,1	159,1	169,1	177,0	182,3	187,7	194,7	190,0	192,0	195,0	197,0	202,0	206,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

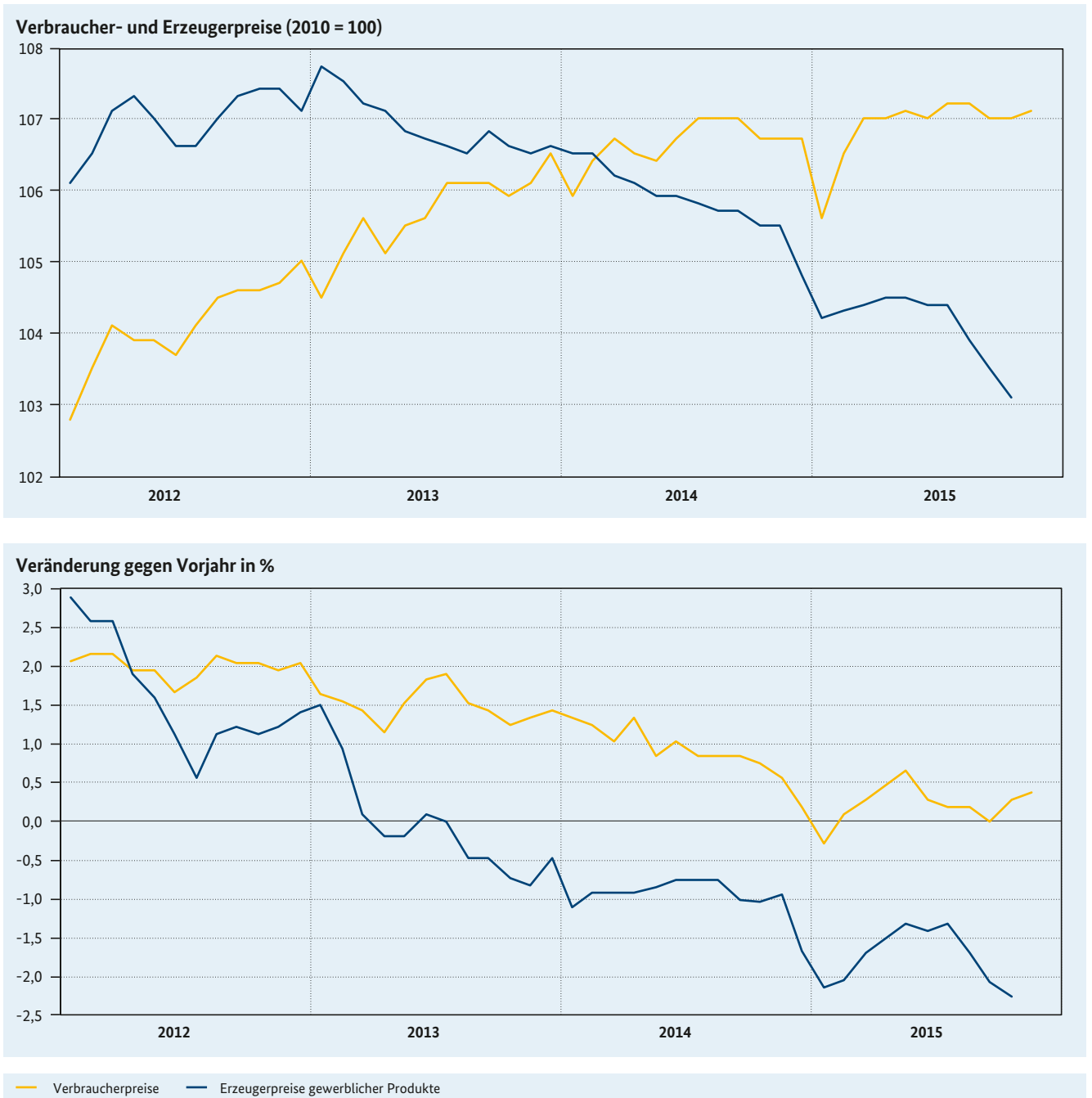
Bundesrepublik Deutschland

		2012	2013	2014	2014	2015	2015			2015				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	106,7	106,4	107,0	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0	107,0	107,1
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	0,0	+0,3	+0,4
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	107,5	106,4	107,8	106,9	107,6	107,0	106,7	107,0	107,1	107,1
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	-0,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,5	-0,7	-0,9	-1,3	-0,8	-0,6
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	110,8	109,7	111,1	110,0	111,1	110,8	109,9	109,4	109,3	109,4
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	-0,7	-2,1	-0,9	-1,9	-1,0	-1,2	-1,8	-2,4	-2,1	-1,5
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	110,7	112,0	113,0	111,8	112,6	111,8	111,5	112,1	112,7	112,9
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	-0,2	-0,5	+1,2	+0,8	+1,0	+0,4	+0,8	+1,1	+1,6	+2,3
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	117,6	114,4	114,5	112,2	114,2	113,1	112,0	111,6	111,1	111,0
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-2,2	-4,8	-4,7	-6,5	-4,9	-5,7	-6,7	-7,0	-6,5	-6,3
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	106,1	104,2	105,8	104,8	105,0	103,0	104,3	107,2	108,1	107,4
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,2	+0,5	+0,9	+0,6	+0,7	+1,2	+0,9	+1,9	+0,9
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,7	96,8	97,2	97,3	97,2	97,1	97,4	97,4	97,7	97,8
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,5	-0,2	+0,3	+0,4	+0,1	0,0	+0,4	+0,7	+1,1	+1,2
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	106,0	106,3	106,3	107,3	106,4	107,4	107,6	107,0	106,9	107,1
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,4	+1,2	+1,1	+0,9	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,9	106,2	106,5	106,8	106,6	106,7	106,8	106,9	107,0	107,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	106,0	106,2	106,6	107,0	106,6	106,9	107,1	107,1	107,3	107,3
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,4	+1,3
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	112,5	107,6	110,4	107,7	110,4	109,8	107,5	105,7	104,9	105,0
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-3,8	-7,3	-5,6	-7,6	-5,9	-6,2	-7,6	-9,3	-8,6	-7,5
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,4	107,1	107,0	107,1	107,1	107,0	107,0	107,1	107,1
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	0,0	+0,5	+0,1	+0,4	+0,3	+0,1	0,0	+0,3	+0,3
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,2	115,8	116,5	116,6	116,4	116,7	116,7	116,4	116,4	116,5
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+0,4	-0,1	+0,3	0,0	+0,1	+0,1	+0,1	-0,2	+0,2	+0,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	105,3	104,3	104,5	103,9	104,4	104,4	103,9	103,5	103,1	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-1,2	-2,0	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3	-1,7	-2,1	-2,3	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,4	102,5	102,9	102,6	103,0	103,0	102,6	102,2	101,6	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-0,4	-1,2	-0,6	-1,0	-0,4	-0,6	-1,0	-1,4	-1,9	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,7	103,9	104,1	104,3	104,2	104,3	104,3	104,3	104,3	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,6	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,8	+0,8	+0,7	+0,6	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	108,1	107,9	108,2	108,2	108,3	108,2	108,1	108,3	108,3	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	-0,8	-1,2	-1,1	-1,0	-1,0	-1,2	-1,2	-0,7	-0,2	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,9	106,6	107,0	107,3	107,1	107,2	107,3	107,3	107,3	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	108,4	108,1	108,4	108,3	108,4	108,3	108,2	108,5	108,4	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	-1,1	-1,5	-1,4	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-1,0	-0,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	107,0	104,3	104,1	102,3	103,8	103,5	102,3	101,2	100,3	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-3,9	-5,5	-4,3	-5,1	-4,4	-4,1	-5,0	-6,1	-6,5	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,8	110,6	110,9	111,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,8	111,1	111,3	111,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+0,5	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	91,9	69,2	76,7	64,4	77,2	70,2	61,5	61,5	61,7	57,8
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-24,9	-43,1	-38,2	-45,1	-38,6	-42,7	-47,6	-45,3	-39,9	-38,6
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	98,5	92,2	87,6	87,1	88,3	91,5	86,3	83,4	85,7	83,9
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-2,7	-14,7	-25,0	-13,3	-21,8	-11,8	-15,2	-12,7	-12,2	-15,7
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	84,5	76,2	74,2	67,5	73,4	69,2	66,5	66,7	65,1	61,2
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-9,1	-16,4	-17,5	-25,5	-17,4	-24,3	-27,3	-24,7	-24,4	-28,1
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	92,9	66,2	76,4	62,3	77,2	68,9	58,9	59,0	59,4	55,3
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-28,3	-48,5	-41,8	-49,7	-42,3	-47,0	-52,3	-50,1	-44,1	-42,1
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	102,4	101,5	102,9	100,6	102,5	101,8	100,3	99,6	99,3	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-2,4	-2,9	-0,9	-3,0	-1,4	-1,7	-3,1	-4,0	-4,1	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	111,3	113,6	113,7	111,6	113,0	111,9	111,2	111,7	112,1	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,3	+0,5	+1,3	+0,5	+1,4	+1,1	+0,1	+0,3	+0,7	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	101,5	100,2	101,8	99,4	101,4	100,8	99,2	98,3	98,0	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,5	-3,3	-1,2	-3,4	-1,8	-2,0	-3,4	-4,7	-4,6	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	101,6	91,5	95,8	86,4	94,4	90,9	85,1	83,2	82,6	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-11,9	-19,6	-14,1	-20,8	-15,7	-17,3	-21,6	-23,7	-22,7	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	101,5	102,9	103,7	103,5	103,6	103,9	103,5	103,1	102,7	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	+0,7	+2,4	+3,3	+2,5	+3,0	+3,2	+2,6	+1,9	+1,3	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	104,1	104,8	105,4	105,0	105,3	105,4	104,9	104,6	104,4	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	+0,2	+0,8	+1,4	+0,8	+1,3	+1,2	+0,8	+0,3	+0,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	101,7	103,3	102,4	104,4	102,7	103,5	104,6	105,0	105,1	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+2,7	+3,9	+2,4	+3,8	+2,7	+3,0	+4,0	+4,5	+4,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,25	1,13	1,10	1,11	1,12	1,10	1,11	1,12	1,12	1,07
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	-8,2	-17,7	-19,4	-16,1	-17,5	-18,8	-16,3	-13,0	-11,3	-13,9
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	143,0	134,2	134,1	135,9	138,7	135,7	137,1	134,9	134,8	131,6
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+4,6	-4,7	-4,2	-1,3	0,0	-1,5	0,0	-2,6	-1,5	-9,3
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,79	0,74	0,72	0,72	0,72	0,71	0,71	0,73	0,73	0,71
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-6,1	-10,2	-11,5	-9,6	-10,4	-10,9	-10,4	-7,6	-7,1	-10,6
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	97,7	101,2	101,8	99,0	93,0	91,2	92,7	92,3	91,3	93,0	93,8	93,6	91,1
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,6	+0,6	-3,6	-10,1	-11,9	-8,4	-10,1	-10,7	-8,4	-6,1	-5,5	-7,9
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,0	98,2	97,9	94,9	89,2	87,5	88,7	88,5	87,5	89,0	89,6	89,4	87,0
	gg. Vj. in %	-5,2	+3,3	-0,3	-4,4	-10,8	-12,1	-8,8	-10,3	-10,9	-8,7	-6,6	-5,9	-8,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,0	98,4	98,5	97,7	95,0	94,5	94,8	94,7	94,4	94,9	95,2	95,1	94,1
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,5	+0,1	-1,4	-4,1	-4,5	-3,6	-4,0	-4,3	-3,6	-3,0	-2,5	-3,7
56 Länder	Index	88,4	90,4	91,0	89,7	86,6	85,5	86,9	86,2	85,7	87,1	87,8	87,4	85,9
	gg. Vj. in %	-3,4	+2,3	+0,7	-1,9	-6,1	-6,8	-4,1	-5,6	-5,9	-4,0	-2,5	-2,4	-4,2

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

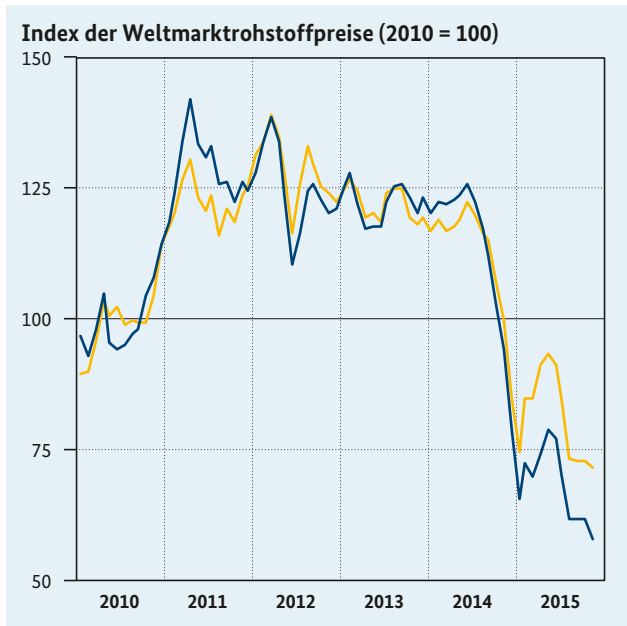
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

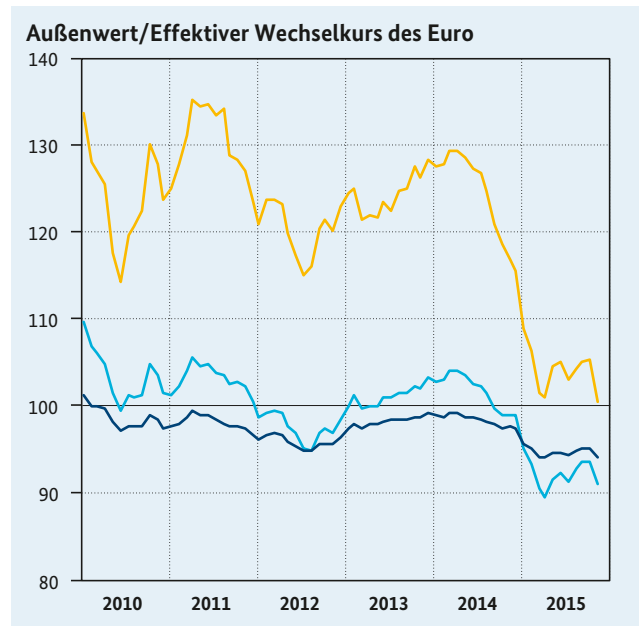
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

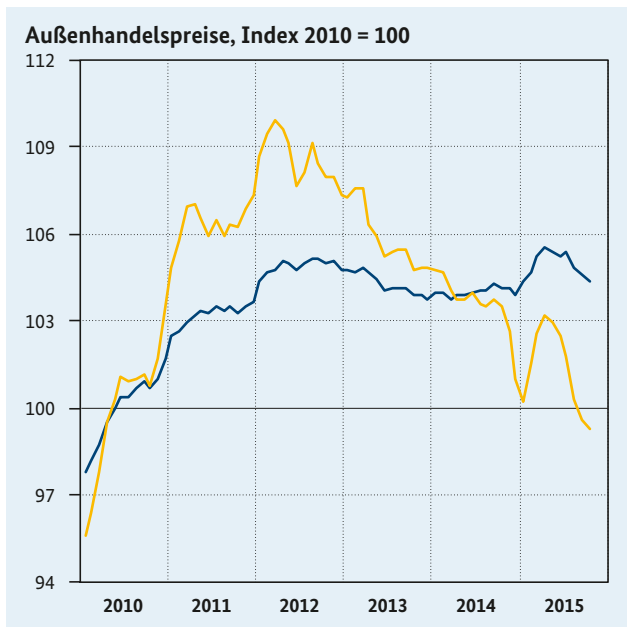
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



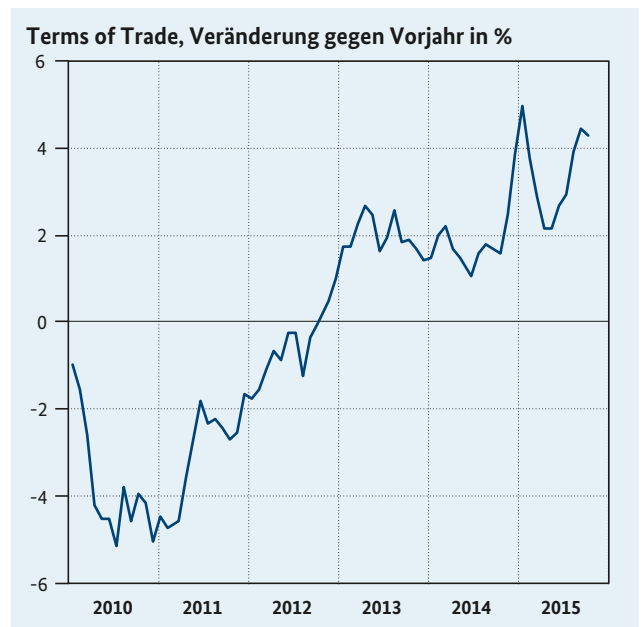
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2012	2013	2014	2014	2015	2015			2015				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,04	0,04	-0,05	-0,13	-0,04	-0,06	-0,10	-0,14	-0,15	-0,14
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,08	0,05	-0,01	-0,03	-0,01	-0,02	-0,03	-0,04	-0,05	-0,09
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,18	0,13	0,06	0,04	0,05	0,05	0,04	0,04	0,02	-0,02
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,33	0,26	0,17	0,16	0,16	0,17	0,16	0,15	0,13	0,08
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,04	0,01	0,04	0,10	0,03	0,04	0,08	0,10	0,09	0,06
Umlaufrendite														
3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,02	-0,14	-0,08	-0,09	-0,01	-0,06	-0,11	-0,09	-0,15	-0,22
Umlaufrendite														
5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,29	0,03	0,17	0,23	0,35	0,28	0,19	0,22	0,10	0,06
Umlaufrendite														
9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	0,70	0,31	0,49	0,66	0,79	0,71	0,61	0,65	0,52	0,52
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	7,1	9,4	11,3	11,8	11,8	12,2	11,5	11,7	11,8	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	3,3	4,3	5,1	5,2	5,2	5,4	5,1	5,2	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,2	5,1	5,0	4,9	5,2	4,9	4,9	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,3	5,1	5,0	5,1	5,0	5,0	5,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-1,3	-0,2	+0,4	+0,9	+0,3	+0,9	+1,1	+0,8	+1,1	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-0,8	+0,3	+0,8	+1,0	+0,8	+1,1	+1,1	+0,7	+1,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+1,0	+1,8	+2,5	+2,1	+2,9	+2,2	+2,9	+3,0	+2,7	+2,7	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,8	+1,5	+1,9	+1,9	+2,2	+2,1	+2,2	+2,3	+2,2	+2,5	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	+0,1	-0,5	-1,2	-0,9	-1,1	-0,7	-0,9	-1,0	-0,7	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-1,6	+0,7	-1,4	-0,9	-1,6	-1,7	-0,8	-0,3	0,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,1	+1,1	-2,6	-3,0	-2,4	-2,7	-3,1	-3,2	-3,0	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	0,0	-1,1	-0,9	-0,4	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	-0,4	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,4	+1,6	+1,9	+2,3	+2,0	+2,2	+2,3	+2,4	+2,5	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,5	+3,0	+3,2	+3,6	+3,4	+3,6	+3,5	+3,7	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9433	10962	11598	10686	11236	11288	10818	9953	10222	10986
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	-1,3	+16,2	+5,8	-7,9	-3,2	+0,5	-4,2	-8,0	+2,7	+7,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3106	3438	3624	3385	3522	3545	3444	3165	3275	3440
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	-2,1	+10,7	+5,4	-6,6	-2,7	+0,7	-2,8	-8,1	+3,5	+5,0
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	2013	2064	2102	2026	2099	2093	2040	1943	2025	2081
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+1,9	+2,5	+1,8	-3,6	-0,6	-0,3	-2,6	-4,7	+4,2	+2,8
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	16694	18173	20032	19422	20404	20385	19919	17961	18377	19553
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+7,3	+8,9	+10,2	-3,0	+2,5	-0,1	-2,3	-9,8	+2,3	+6,4

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

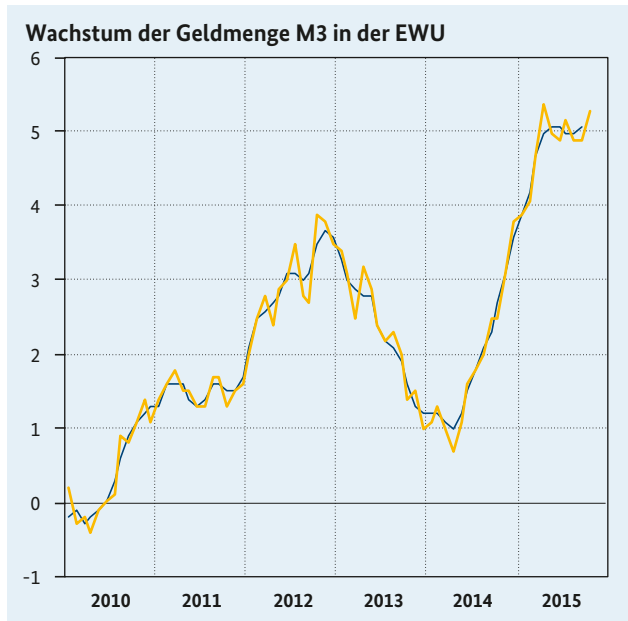
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

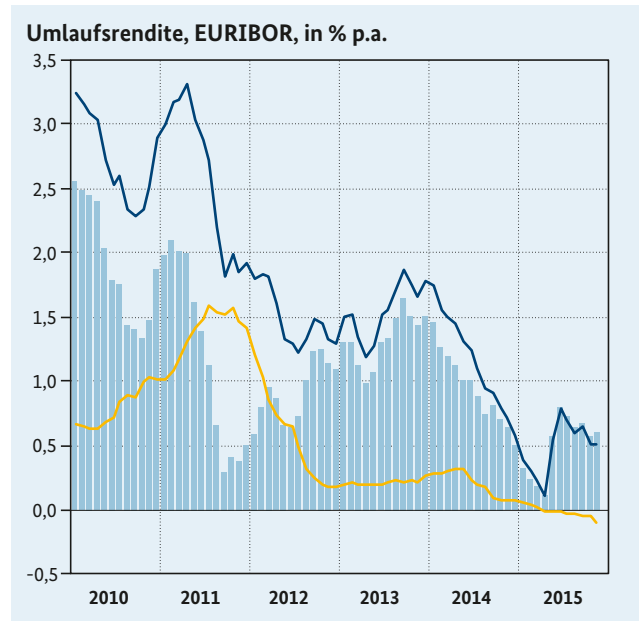
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

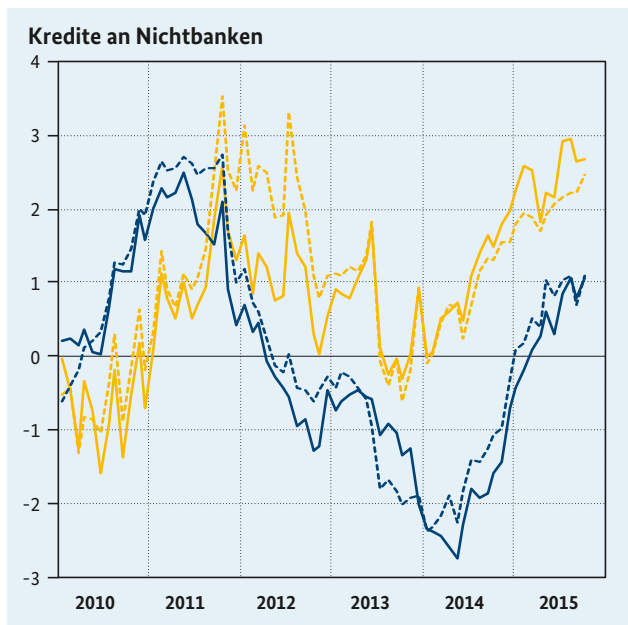
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



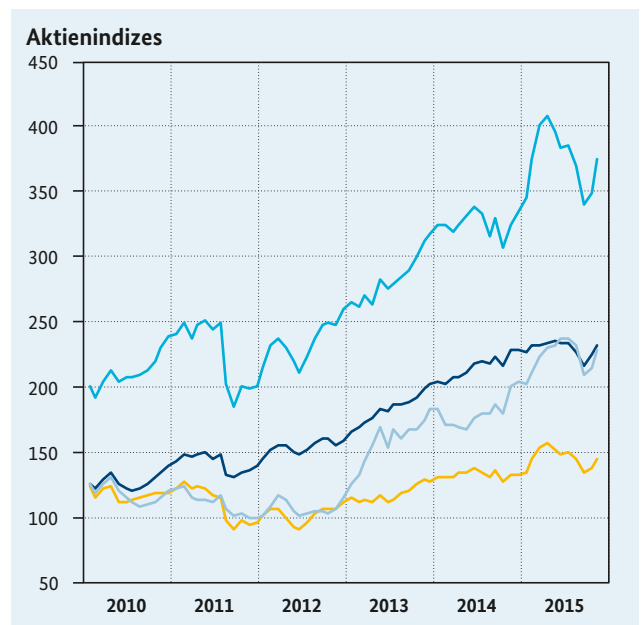
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Stefanie Greil und Johannes Thomas
(Energieeffizienzstrategie Gebäude)

Alexander Folz
(Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft)

Dr.-Ing. Rodoula Tryfonidou
(Modelle für das Energiesystem der Zukunft)

Dr. Ulrike Engels
(9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin:
Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen)

Dr. Alfred Garloff
(Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig

Ausgabe	Fachartikel
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
